

# Der Letzte macht das Licht aus

## Erlebnisse in meiner DDR

Hinrich Kuessner



Warum ist die Banane krumm?  
Weil sie 40 Jahre einen Bogen um die DDR machen musste.

Warum gab es in der DDR keine Terroristen?  
Weil sie 15 Jahr auf ein Fluchtauto warten mussten.

Warum stand in der DDR der Mensch im Mittelpunkt?  
Damit er von allen Seiten gleichmäßig ausgebeutet werden kann.

Was bedeutet die Bezeichnung 601 auf dem Trabant?  
600 haben ihn bestellt und einer hat ihn bekommen.

Einem Mann in der DDR ist der Papagei entfliegen.  
Er läuft sofort zur Stasi und versichert:  
„Ich möchte nur mitteilen, dass ich die politischen  
Ansichten meines Papageis nicht teile.“

|  |    |
|--|----|
| 1950 – 1987 Allerlei   | 3  |
| 1947 10 Jahre Zuchthaus  | 23 |
| 1949 – 1961 Aus meiner Schulzeit                                 | 35 |
| 1962 Ausländische Studenten in der DDR                           | 39 |
| 1970 Tod im Stasiknast Bautzen II                                | 43 |
| 1975 Ausreiseantrag in den Westen                                | 59 |
| 1979 Urlaub im Ausland, für einen DDR-Bürger nicht immer einfach | 65 |
| 1981 Greifswalder Körperbehindertentreff „Teilen macht reich“    | 72 |
| 1982 Jurafernstudium in Rostock                                  | 78 |
| 1984 Besuch im Westen  | 81 |
| 1989 Egon Krenz macht das Licht aus                              | 83 |
| 1990 Nachtrag: Untersuchungsausschuss der Stadt Greifswald       | 87 |



Solche Losungen konnte man überall in der DDR lesen.

Foto 1984 Hinrich Kuessner

Die DDR stand von Anfang an auf keinem festen Fundament. Ihr fehlte der Rückhalt in der eigenen Bevölkerung. Zwar gaben bei den Wahlen über 90 % der wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürger offen ihren Stimmzettel ab. Sie falteten ihn, steckten ihn in die Wahlurne und stimmten damit für die Vertreter der Nationalen Front. Auf dem DDR-Stimmzettel musste man nichts ankreuzen. Die offene Abgabe war erwünscht und wurde vor Wahlen in allen Zeitungen propagiert. Damit alles gut klappte, gingen manche Betriebskollektive und Hausgemeinschaften geschlossen zur Wahl. Wenn man mit NEIN stimmen wollte, musste man jeden Namen einzeln durchstreichen. Dazu ging man in eine Wahlkabine, wenn sie da war. Ich habe einmal erlebt, dass keine aufgestellt war. Wenn man sich bis zum frühen Nachmittag nicht an der Wahl beteiligt hatte, kam jemand und forderte einen auf, zur Wahl zu gehen. Die Funktionäre der Blockparteien wollten immer eine hohe Wahlbeteiligung erreichen. Die erste Maßnahme für dieses Ziel war, dass Menschen, die nicht an der Wahl teilnehmen konnten, aus der Wahlliste gestrichen wurden. Das betraf schwer Erkrankte oder geistig behinderte Menschen, die wahlberechtigt waren, aber ein gutes Ergebnis negativ beeinflussen konnten. Altersheime bekamen vor einer Wahl Besuch. Zusammen mit der Heimleitung wurden Wahlberechtigte aus den Wahllisten entfernt. Wenn dann trotzdem das gewünschte Ergebnis von über 97% Wahlbeteiligung nicht erreicht wurde, fälschte man das Ergebnis. Im Greifswalder Untersuchungsausschuss stellten wir nach der Friedlichen Revolution fest, dass die Wahlbeteiligung bei der Kommunalwahl am 7. Mai 1989 in Greifswald rund 95 % betrug. Das war den SED-Funktionären zu wenig. Sie erhöhten das Ergebnis auf über 97 %. Das geschah nicht nur einmal.

Die eigentliche Abstimmung der DDR-Bürgerinnen und -Bürger geschah mit den Füßen. Viele verließen die DDR. Man hatte manchmal den Eindruck, dass jeder ging, der dazu die Möglichkeit hatte. Darum entstand der Witz: „Der Letzte macht das Licht aus!“ Seit der Gründung der DDR 1949 bis zum Mauerbau 1961 hatten über 3 Millionen die DDR verlassen. Es kamen auch einige zurück, auch Westdeutsche zog es in die DDR. Mancher von ihnen wollte dann wieder zurück in den Westen, weil es in der DDR doch nicht so gut war wie gedacht. Rund 500 000 kamen aus dem Westen in die DDR.

Durch den Mauerbau wurde die Abwanderung zunächst im Wesentlichen gestoppt. Nach dem Milliardenkredit, den der bayrische Ministerpräsident Franz Josef Strauß dem Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker 1984 überreichte, stellten immer mehr Bürger einen Ausreiseantrag. Vom Mauerbau am 13. 8. 1961 bis zur Maueröffnung am 9. 11. 1989 verließen 600 000 Menschen die DDR. Allein diese Abwanderung vieler Menschen von ihrem Staat zeigt, dass die DDR nie auf einem festen Fundament stand. Die große Abwanderung nach der Maueröffnung brachte das überschnelle Ende der DDR. Noch vor der Volkskammerwahl am 18. 3. 1990 verließen wöchentlich 15 000 Menschen die DDR.

Es war nicht alles Tristesse in der DDR. Auch in einer Diktatur kann man sich einrichten und ein menschliches Leben führen. Wir haben in den 40 Jahren nicht traurig dahin vegetiert. Wir hatten unsere Familie und unsere Freunde. Es gab schöne und schlechte Tage. Es gab Ärger und Freude. Westdeutsche Besucher waren manchmal erstaunt über die menschliche Atmosphäre, die sie bei Verwandten antrafen. Wir hatten Erlebnisse, von denen wir heute gerne erzählen.

Gut ist, dass die Zeit der DDR abgelaufen ist. Es war vieles faul im System der sozialistischen Menschengemeinschaft. Öffentlich sagte kaum einer, was er dachte. Einige, die es taten, wurden dafür eingesperrt. Auf den folgenden Seiten erzähle ich davon, wie ich die DDR erlebt habe. Viele Briefzitate von meiner Frau und mir stammen aus der Zeit in der DDR. Sie sind das Fundament meiner Erinnerungen. Andere DDR-Bürgerinnen und Bürger haben die DDR anders erlebt. Davon sollten wir uns und unseren Nachkommen erzählen.

Ich möchte, dass sich diese Zeit nicht wiederholt, auch wenn das Leben in der Demokratie kein Leben im Paradies ist. Heute können wir uns besser einbringen, wenn wir es wollen. Heute können wir unsere Meinung sagen und mit anderen, die eine andere Meinung haben, diskutieren und uns einen gemeinsamen Standpunkt erarbeiten. Das ist nicht immer einfach. Der Kompromiss mit anderen bedeutet, dass man sich nicht immer durchsetzen kann. Aber nur so kommen wir gemeinsam zu einem friedlichen Miteinander. Und darauf kommt es an.

Greifswald, im März 2020

## Allerlei

### 1950

Der Michaelshof ist eine diakonische Einrichtung. Auf Initiative von Johann Hinrich Wichern wurde diese Anstalt 1845 gegründet. 1950 war der Michaelshof das Zuhause für sogenannte schwererziehbare Kinder und Jugendliche. Da sie auch schulbildungsfähig waren, durften sie nicht in einer kirchlichen Einrichtung bleiben. Eines Tages wurden sie mit Bussen abgeholt. Den Kindern und Jugendlichen wurde nicht gesagt, wohin sie kommen. Es gab viele Tränen. Der Michaelshof wurde nun ein Zuhause für geistig behinderte Kinder und Jugendliche.

### 1952

Mein ältester Bruder besuchte die 12. Klasse in Rostock. Seine Klasse musste als Zuschauer an einem Schauprozess teilnehmen. Mehrere „Staatsfeinde“ wurden zu hohen Strafen verurteilt.

### 1953

In diesem Jahr gab es starke Auseinandersetzungen zwischen Staat und Kirche. Der Staat versuchte diakonische Einrichtungen zu enteignen. Mein Vater war Direktor des Michaelshofes. Eines Tages kamen Vertreter des Staates und fragten ihn, warum er die geistig behinderten Heimbewohner, die über 18 Jahre alt und damit wahlberechtigt waren, nicht zur Wahlurne begleitet hat. Mein Vater schlug vor, dass sie Heimbewohner dazu direkt befragen. Er ging mit ihnen zu Lothar. Die Funktionäre befragten ihn. Lothar antwortete ihnen in seiner ganz besonderen Art. Dazu ballte er die rechte Faust, führte sie unter die Nase und rief aus: „Du bist doof!“ Das war seine übliche Begrüßung, wenn ihn jemand ansprach. Die Befragung zur Wahl war damit beendet. Die Funktionäre gingen davon. Wir auf dem Michaelshof hatten unsere Freude.

Einer meiner Brüder verließ die DDR. Er hatte im Herbst 1953 seine Ausbildung in einer landwirtschaftlichen Fachschule begonnen. Dort erklärte man ihm, dass er als Nicht-FDJler hier am falschen Platz ist. So ging er in den Westen und machte dort seine Ausbildung.

In unserer Schule forderten Lehrer, dass alle Christenlehrekinder aufstehen sollen. Wir wurden wegen unseres rückständigen Denkens verspottet. Unsere Mitschüler, die nicht zur Christenlehre gingen, lachten uns nicht aus. Sie fanden das blöd.

Meine Schwester musste während des Abiturs die Schule verlassen, weil sie Mitglied der Jungen Gemeinde war. Nach dem 17. Juni 1953 durfte sie wieder zur Schule kommen und das Abitur ablegen. Meine Klassenlehrerin sagte vor allen Schülern meiner Klasse: „Heute ist für Hinrich ein schöner Tag. Seine Schwester darf wieder in die Schule gehen.“

### 1958

Mein Vater wurde Landespfarrer für Diakonie. Wir zogen nach Schwerin. Am Heiligabend lud die Schweriner Stadtmission einsame und arme Menschen zu einer Feier mit gutem Essen ein. Von 1958 bis 1969 habe ich an diesen Feiern teilgenommen. Es kamen immer rund 200 Menschen. Der Staat hatte keinen Blick für diese Menschen.

### 1961

Nach dem Bau der Berliner Mauer wurde die Militarisierung in der DDR verstärkt. „Gestern war ich auf einer interessanten Kundgebung auf dem Schlossplatz (in Schwerin). Es wurde das 2. und 3. Bataillon (700 Mann) des ersten Schweriner FDJ-Regiments verabschiedet. Das erste (300 Jugendliche) wurde schon in der vorigen Woche feierlich in die NVA aufgenommen. Weitere 2000 Jugendliche haben sich für den Ehrendienst verpflichtet. Solche Regimenter werden in allen Bezirken (14) und in Berlin aufgestellt. Der gestrige Aufmarsch war sehr interessant. Zunächst kam eine Musikgruppe der Volksarmee, danach die 700 Freiwilligen in Blauhemd (sie waren in kleine Züge, die von Unteroffizieren geführt wurden, aufgeteilt), dann ebenso viele Mädchen in Blauhemden und mit Blumensträußen, schließlich eine Gruppe Pioniere, die etwas (ich konnte es nicht verstehen) im Sprechchor rief. Den Abschluß bildeten ungefähr 1000 bewaffnete

Mitglieder der Betriebskampfgruppen. Als die Freiwilligen bei uns vorbei kamen, klatschte das Volk laut Beifall. Die Kundgebung begann mit der Rede eines Freiwilligen. Danach sprach eine FDJ-lerin. Sie sagte, daß die Mädchen jetzt nur noch die Jungen achten, die das Ehrenkleid der DDR getragen haben. Anschließend sprachen noch ein Arbeiterveteran, ein Offizier und ein Funktionär. Sie riefen alle Jugendlichen auf, in die NVA zu treten, begrüßten die Aufnahme der sozialistischen Kernwaffenversuche für den Frieden und beschimpften Bonn und Westberlin. Besonders wurde der Regierung der DDR gedankt, daß sie die Welt durch ihr Verhalten in Berlin vor dem III. Weltkrieg gerettet habe. Das Ganze erinnerte mich an einen Film, der eine andere deutsche Zeit behandelte. Neuerdings hat die FDJ einen Ordnungsdienst eingerichtet. Die Mitglieder erhalten eine kurze militärische Ausbildung. Was sie im einzelnen zu tun haben, weiß ich nicht.“(Brief vom 1. 9. 1961)

Ich begann im Herbst 1961 mein Studium der Theologie in Rostock. Im Capitol, dem größten Rostocker Kino, wurden alle neuen Studenten feierlich immatrikuliert. Der Rektor führte in seiner Rede aus, dass Westkleidung, Niethosen und dergleichen an der Uni nicht erwünscht sind. Er sprach sich gegen Westmusik und westliche Lebensweise aus. Als die Veranstaltung zu Ende war, stieg er in sein Westauto und fuhr ab. Wir verstanden das so, dass er eine vorgeschriebene Rede halten musste, aber es nicht so meinte.

Bei dieser Feier sollten alle Studenten auf den Sozialismus der DDR verpflichtet werden. Die Seminargruppenleiter, die wir vor der Veranstaltung zu wählen hatten, mussten dazu auf die Bühne nach vorne kommen und sollten dort für ihre Seminargruppe die Verpflichtung eingehen. Auch unser Gruppenleiter wollte dorthin gehen. Wir hielten ihn aber fest. Wir hatten vorher besprochen, dass wir diese Verpflichtung nicht eingehen wollten. Der Gruppenleiter befürchtete, dass er deshalb exmatrikuliert werden könnte. Die Befürchtung war sicher nicht unberechtigt. Aber die fehlende Anwesenheit wurde nicht bemerkt. Darum hatte es auch keine Folgen.

Das Studium begann mit einem Ernteeinsatz in Bargeshagen. Mauerbau und der Zwangseintritt der Bauern in die LPG führten dort zu schlechter Arbeitsmoral. Die Kühe brüllten fürchterlich, weil sie nicht gemolken wurden und im Dreck standen. Wir, die Theologen, gingen zu den Bauern und diskutierten mit ihnen, damit sie die Kühe besser versorgten. Das waren lange Debatten. Wir waren keine staatsstreuen Studenten. Aber bei den Tieren die Wut und den Frust abzulassen, war auch keine Lösung. Nach dem 3wöchigen Ernteeinsatz begann das Studium.

Auch Theologiestudenten wurden sozialistisch-marxistisch geschult. „Die Gewi-Vorlesungen werden von einem Dozenten der marxistisch-leninistischen Fakultät gehalten. Im Seminar sind immer harte Diskussionen. Bisher standen nur Gegenwartsprobleme auf der Tagesordnung – Friedensvertrag, Wehrdienst, 13. August. Leider kommt bei diesen Stunden überhaupt nichts raus. Der Dozent lenkt oft vom Thema ab. Einmal, als er nicht wußte, was er sagen sollte, fragte er einen: ‚Wer will den Frieden? Wir oder die BRD? Wer verhaftet unschuldige Menschen?‘ An solchen Fragen scheitert oft eine vernünftige Diskussion.“ (Brief vom 11. 11. 1961)

Im Fach Gewi wurden wir auch geprüft. Ich sollte einmal in einer Prüfung die Nazis in der westdeutschen Regierung aufzählen. Das tat ich nicht. Damals glaubte ich noch, dass das reine DDR-Propaganda ist. Der Demokrat Adenauer wird doch keine Nazis in seinem Umfeld akzeptieren, das dachte ich damals. Der Gewi-Dozent erzählte mir bei der Prüfung, was ich in einem Gespräch mit einigen Kommilitonen gesagt hatte. Das waren DDR-unfreundliche Worte. Das machte mich erschrocken. Denn bei diesem Gespräch bei einem Waldspaziergang waren nur wenige dabei. Nach 1989 habe ich dann erfahren, dass ein Kommilitone von der Stasi zum Theologiestudium delegiert war. Er hat bis zum Ende der DDR als Pastor gearbeitet, obwohl er kein Christ war. Ein anderer solcher Scheinchrist war der Rechtsanwalt Wolfgang Schnur, der in der Kirche zu hohen Funktionen kam und ein sehr fleißiger Stasispitzel war. Mit ihm hatte ich später beruflich zu tun. Der Stasi war es immer wieder gelungen, ihre Leute bei der Kirche einzuschleusen.

## 1962

„In Leipzig wurden Theologiestudenten bei einer Gerichtsverhandlung staatsfeindliche Äußerungen im Gewi-Unterricht vorgeworfen. Wegen derselben Äußerung wurde jetzt ein Freund in Berlin verhaftet. Er

war mit 2 Freunden zu einer Zollaussstellung an der Mauer gegangen. Dort wurden sie in eine ‚freie‘ Diskussion verwickelt und anschließend verhaftet. Nach 15 Std. wurden sie schließlich verhört. Das dauerte 4 Std. Danach durften sie wieder nach Hause gehen. Ihnen wurde aber ein Prozeß angekündigt.“ (Brief vom 27. 9. 1962) Unsere Seminargruppe beschloss damals, im Gewi-Unterricht keine Diskussionen mehr zu führen. Das hielten wir aber nicht lange durch.

Mit einem Freund wanderte ich im Sommer durch Thüringen, immer auf dem Rennsteig entlang mit Rucksack, Wanderhut und Wanderstock. Das war damals in der DDR etwas Besonderes. Wir wurden von vielen Thüringern angesprochen. Sie freuten sich, wieder einmal solche Wanderer zu sehen. Wir wurden zum Essen eingeladen, sogar zur Übernachtung. Sie erzählten, wie es früher in Thüringen war, als viele Einzelwanderer durch ihre Ortschaften kamen. Geplant hatten wir die Wanderung von Jugendherberge zu Jugendherberge. Auch für die Jugendherbergseltern waren wir Sonderlinge. Alles wurde in der DDR organisiert. Kinder und Jugendliche kamen in die Jugendherberge fast nur in Gruppen. Manche Jugendherberge war schon voll besetzt, als wir kamen. Für uns wurde aber immer irgendwo ein Platz zum Schlafen geschaffen. „Die Thüringenfahrt mit Heiko war ganz toll. ... In Berlin mußte ich allerdings einen furchtbaren Umweg vom Ostbahnhof nach Nauen machen. Ich brauchte dafür 3 Stunden (früher nicht mal die Hälfte). Dann ging es mit durchschnittlich 40 Stundenkilometer nach Hause. Ein Stück fuhr ich mit einem Westlaster. Diesen mußte ich aber bald aus Sicherheitsgründen verlassen.“ (Brief vom 6. 9. 1962) DDR-Bürger durften nicht in Westautos auf der Transitstrecke mitfahren. Der Umweg um Berlin lag an der Mauer. Vorher konnte man mit der S-Bahn durch Westberlin fahren.

## 1963

Anfang 1962 verabschiedete die Volkammer ein Wehrpflichtgesetz. „Am Sonnabend wurde mein Jahrgang zur Musterung aufgerufen. Anfang März muss ich meinen Verweigerungsantrag abschicken. Ich muß die Sache noch in eine angemessene Form bringen, damit im Ernstfall die Strafe nicht zu hoch ausfällt. Hoffentlich nimmt die Eltern das nicht zu sehr mit. Vorläufig wird kaum etwas passieren, da wir zunächst bis zum Ende des Studiums zurückgestellt werden.“ (Brief vom 12. 2. 1963)

Bei meiner Musterung 1963 verweigerte ich den Armeedienst. „Die Musterung nahm mich ganz und gar in Anspruch. Am Montag war ich dort. Nach 5 <sup>3</sup>/<sub>4</sub> Stunden war ich fertig. Du kannst Dir denken, daß es dabei längere Diskussionen gab. Ich gab gleich am Anfang mein Schreiben ab. Dann war zunächst eine genaue ärztliche Untersuchung. Man stellte fest, daß ich Rot und Grün nicht unterscheiden kann. Danach wurden meine Personalien aufgeschrieben. Um 11:30 Uhr (um 10 war ich gekommen) kam ich das erste Mal vor die Musterungskommission, die aus einem Major, 4 Zivilisten und einer Frau, die wohl Protokoll führte, bestand. Man fragte mich, in welcher Abteilung ich am liebsten dienen wollte. Ich verwies auf mein Schreiben und brachte keinen Wunsch hervor. Nach einiger Zeit sollte ich dann meinen Wehrpaß unterschreiben. Ich lehnte dies ab. Mit einem Soldaten (Offizier oder ähnlich) diskutierte ich etwas über die Bedeutung des Wehrpasses. Man schlug mir vor in ein leeres Zimmer zu gehen und noch einmal alles zu bedenken und im Wehrpflichtgesetz dies nachzulesen. Zwei Soldaten und 1 Zivilist kamen mit. Wir diskutierten wohl 20 Minuten. Man war sehr zuvorkommend und bemüht mir die Folgen klar zu machen und mich so von meinem Weg abzubringen. Dann wurde ich wieder vor die Kommission gerufen. Hier wurde die Diskussion fortgesetzt. Der Major behauptete, daß der Wehrpaß nur eine Bestätigung der Musterung sei. Er sagte das mit so einer Sicherheit, so daß ich etwas schwankend wurde. Man machte mich immer wieder darauf aufmerksam, daß ich bei der Verweigerung der Unterschrift mit den Gesetzen in Konflikt komme. Ich sollte darauf doch bis zur Einberufung warten. Bis 1966 kann sich noch viel ändern. Ich hielt ihnen dagegen, daß ich, wenn das Gesetz gegen Christi Gebot ist, es nicht erfüllen könne. Das verstand man natürlich nicht. Das Gesetz ist die höchste Autorität eines Bürgers und das darf man doch nicht antasten. Da ich nicht genau wußte, wie der Wehrpaß in dem Gesetz formuliert ist, bat ich um eine Bedenkzeit. Diese wurde mir gewährt. Dies zeigt auch wieder wie zuvorkommend man mir gegenüber war. Sie hatten mich auch für die Versorgungsabteilung vorgeschlagen, wo ich also sehr wenig mit der Waffe zu tun hätte. Mehr konnte man mir nicht entgegenkommen.– Beinahe 2 Stunden hatte ich Zeit. Ich durfte das Haus verlassen. So eilte ich halb gehend halb laufend zu zwei Kommilitonen. Mit diesen fuhr ich mit der Taxe zu Prof. Holz. Ich kannte seine Adresse nicht. Mit diesem besprach ich noch einmal alles. Er riet mir dann, daß ich vorschlagen solle eine Eintragung in den Wehrpaß (ungefähr so: Ich lehne es ab, einen Dienst mit und an einer Waffe abzuleisten). Wenn der Wehrpaß nur eine Bestätigung der Musterung ist, hätte man diese Eintragung machen können. Im Wehrgesetz war nicht angegeben, was der Wehrpaß ist. So ging es

zurück zur Musterung. Nach längerem Warten kam ich wieder vor die Kommission. Ich machte meinen Vorschlag. Er wurde abgelehnt. Angeblich sind für solche Eintragungen im Wehrpaß keine Seiten frei. Daraufhin verweigerte ich meine Unterschrift. Man wies mich noch einmal auf die Folgen hin, die mein Schritt haben könnte: Entlassung von der Uni und Gefängnis bis zu 3 Jahren. Als ich sagte, daß mir dies bekannt sei und ich aber nicht anders handeln könne, konnte ich gehen. Man schien etwas enttäuscht zu sein über mein Verhalten. Ich hatte den Eindruck, daß man wirklich mein Bestes wollte. Ich bin froh, daß ich mich so entschieden habe. Der andere Weg wäre nicht konsequent gewesen. Wenn ich den Militärdienst verweigere, muß ich die Unterschrift verweigern. Letzten Endes ist sie meine Zustimmung zu diesem Dienst. Außer mir haben noch zwei andere von meiner Fak die Unterschrift verweigert. Ein Student einer anderen Fak soll es ebenfalls getan haben. Ich weiß aber nicht, wer das sein kann. Was nun folgt, weiß keiner. Einige andere haben eine Verweigerung abgegeben, aber den Wehrpaß haben sie unterschrieben. Diesen Paß gibt es erst seit diesem Jahr. Wir waren also die ersten, die vor diese Entscheidung gestellt wurden. Alle, die bisher verweigerten, konnten dies nur durch ein Schreiben zum Ausdruck bringen. Dies, sagte man ihnen, werde erst aktuell, wenn sie einberufen werden. Die Uni hat sie bis zum Examen zurückgestellt. Wie es sich bei uns verhält, hängt davon ab, ob durch die Verweigerung die Zurückstellung von der Uni erlischt oder nicht. Allgemein behauptet man, daß jetzt nichts passieren wird. Aber das sind nur Spekulationen. Ich halte meine Entscheidung für richtig. Es ist auch ein beruhigendes Gefühl, daß man nicht alleine steht. Abends fuhr ich noch nach Hause und berichtete alles den Eltern. Hoffentlich nehmen sie es nicht zu schwer. Das halte ich für den schwierigsten Punkt.“ (Brief vom 27. 3. 1963)

Mein Westbruder hatte eine Freundin. Meine Familie wollte sie kennenlernen. Mein Bruder wagte zunächst nach dem Mauerbau nicht in die DDR zu kommen. Er hatte die DDR illegal verlassen. Darum konnte es für ihn gefährlich sein. Genau wusste das keiner. So kam die Freundin alleine. Sie war zum ersten Mal in der DDR. Sie war politisch interessiert und wollte möglichst viel erleben. In Schwerin wurden gerade Wahlen vorbereitet. Meine Schwester und ich gingen mit ihr zu einer Veranstaltung, auf der die Bevölkerung Kandidaten der Nationalen Front für die Wahl bestimmen sollte. Wie bei allen politischen Veranstaltungen war nicht wirklich die freie Mitwirkung der Bevölkerung erwünscht. Es kamen nur die Menschen, die dazu hinbeordert waren, Betriebskollektive und Hausgemeinschaften. Wir waren sicher die einzigen, die aus eigenem Antrieb kamen. Als wir in einer Sitzreihe saßen, wurde die Westdeutsche gefragt, ob sie dem Kandidaten die Blumen überreichen wolle. Als sie sagte, dass sie Westdeutsche sei, war das Erstaunen groß und man suchte eine andere gut aussehende junge Frau. Durch Akklamation wurde der Kandidat für die Wahl nominiert. Eine freie Diskussion gab es nicht. Alle wollten möglichst schnell nach Hause.

Als Student wollte ich mich politisch engagieren. Aber wie konnte man es in der DDR, wenn man nicht in einer der offiziellen Organisationen Mitglied war. Mein Vater kannte den Vorsitzenden der CDU vom Bezirk Rostock Otto Sadler. Er stammte aus Siebenbürgen. Sein Vater war Pastor in Mecklenburg. Ab und an besuchte er ihn in seinem Büro. Manchmal ging ich mit. Bei einem dieser Besuche entstand der Gedanke, dass die Rostocker CDU Berliner Vorstandsmitglieder zu Gesprächen mit Theologie- und Medizinstudenten einlädt. Ich überlegte damals, ob ich Mitglied der CDU werde. Diese Diskussionen zeigten mir aber, dass die CDU nur ein verlängerter Arm der SED war. Diese Partei hatte keine eigene Meinung. Deshalb war das nichts für mich. Diese Veranstaltungen fanden auch nur zweimal statt. Dann hatten die Studenten daran kein Interesse mehr.

Bei einem Vorbereitungsgespräch bei Herrn Sadler hörte ich ein Telefongespräch mit. Ein Pastor hatte angerufen und gefragt, ob er bei einer Reise nach Moskau mitfahren kann. Er sei bereit, sich in der CDU-Zeitung positiv zu einer bevorstehenden Wahl zu äußern. Nach dem Gespräch beschimpfte Herr Sadler den Pastor. Er erzählte mir, dass er immer wieder solche Anrufe bekommt. Kirchliche Mitarbeiter waren bereit, für ein von der CDU bezahltes technisches Gerät, z.B. einen Kühlschrank, oder eine Reise zu orthodoxen Klöstern in der Sowjetunion politische Zugeständnisse zu machen. Er zeigte mir eine Liste, auf der nach meiner Erinnerung 10 bis 20 Namen standen. Diese hatten alle von ihm etwas bekommen und eine Gegenleistung erbracht.

Wir Theologiestudenten wurden durchaus vom Staat beachtet. „Morgen haben wir eine große Sitzung unseres Studienjahres. Wir müssen eine Einschätzung (Einstellung zum Studium und Staat) eines jeden Mitgliedes dieser Gruppe für das Prorektorat aufsetzen. Eine interessante Aufgabe, die leider immer viel Zeit in Anspruch nimmt.“ (Brief vom 10. 6. 1963)

Ende 1963 legte die Regierung einen Entwurf für ein Jugendgesetz vor. In einer Stellungnahme an die Regierung sprach ich mich gegen dieses Gesetz aus, weil es „im Widerspruch zur Verfassung der DDR (steht). ... Dieser Entwurf verletzt Freiheit und Recht der Eltern, der Familie, der Region und der Religionsgemeinschaften.“ Fast sechs Monate später bekam ich am 2. Juni 1964 eine lange Antwort. In der Einleitung hieß es: „Die Kommission wertet Ihre Eingabe zum Entwurf des Jugendgesetzes als einen Beweis dafür, daß Sie bestrebt sind mitzuhelfen, die junge Generation zu befähigen, den Anforderungen der Gegenwart und Zukunft in der sozialistischen Gesellschaftsordnung gerecht zu werden. Sie bestätigt erneut die in unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat bestehende Interessenidentität zwischen Christen und Marxisten und bekräftigt die Feststellung unseres Staatsratsvorsitzenden in seiner programmatischen Erklärung vom 4. 10. 1960, daß das Christentum und die humanistischen Ziele des Sozialismus keine Gegensätze sind.“ Das war eine typische Antwort. Kritik am System gab es nach offizieller Verlautbarung nicht. Alle DDR-Bürger unterstützten die Regierung und damit den Sozialismus und den Frieden, war die offizielle Verlautbarung. So machte man aus Kritik eine Zustimmung. 40 Jahre ging das gut.

## 1965

„Augenblicklich kämpfen wir sehr um einen richtigen Wehersatzdienst. Seit Sept. 64 gibt es ja die sogenannten Baueinheiten. Die Bausoldaten gehören zu den Pioniereinheiten. Sie sind gesetzlich nur vor dem Gebrauch mit der Waffe geschützt. Acht Bausoldaten haben sich verweigert an militärischen Objekten zu arbeiten. Sie wurden in einem Schnellverfahren zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Ihre Militärzeit verlängert sich dadurch um 6 Monate. Sie kommen nachher in dieselbe Einheit zurück. Mehrere, die total verweigert haben, sitzen ebenfalls. Wir fordern jetzt durch Eingaben und Diskussionen einen Ersatzdienst außerhalb der Armee. Es bestehen kaum Aussichten, daß so etwas in naher Zukunft erreicht wird. Aber man kann der verstärkten Aufrüstung nicht mehr so zusehen. An den Hoch- und Fachschulen werden militärische Übungen in den Studienplan aufgenommen. Selbst für die theologischen Fakultäten, die bisher in solchen Sachen mit Samthandschuhen angefaßt wurden, sind im Herbst für die unteren Studienjahre 14-tägige vormilitärische Übungen vorgesehen. Einige wollen dies verweigern. Die Diskussionen sind noch im Gange. Ich glaube auch nicht, daß man die Armeen heute einfach abschaffen kann. Aber man muß langsam lernen, daß durch Aufrüstung die Probleme nicht beseitigt werden.“ (Brief vom 17. 6. 1965)

1964/65 war ich ein Studienjahr in der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinden in Berlin tätig. Dabei kam ich viel herum. „In den letzten Wochen war ich meist wieder außerhalb von Berlin. Sehr interessant war es in Merseburg. Dort in der Nähe sind ja die wichtigsten Chemiebetriebe der Republik (Leuna I+II und Buna Werke). Die Chemiehochschule (fast 2000 Studenten) liegt am Rande von Merseburg. 1954 begann man mit dem Bau. Alles liegt auf einem ganz kleinen Raum zusammengezwängt. Nur 2-3% der Studenten wohnen außerhalb dieses Geländes. Der Rest wohnt in 3-5-Mann-Zimmern. Im letzten Jahr zu Ehren der Zehnjahresfeier begann man mit einigen Grünanlagen und auch mit der Befestigung der Wege zwischen den Heimen und zu den Hörsälen. In den ersten 10 Jahren benutzte man bei schlechtem Wetter Stiefel. Heute ist das manchmal nur noch für den Weg zur Mensabaracke angebracht. Wie auch bei anderen Projekten in der DDR war die Hochschule zu großartig geplant. So stehen seit einigen Jahren einige Gebäude unvollendet. Von großen Plänen zeugt auch das umliegende Land, das an 2 Seiten aufgewühlt ist. An der 3. Seite liegt eine Russenkaserne und an der 4. schließt sich das Städtchen an. Dieses Bild ist typisch für unsere in den vergangenen Jahren so große Chemiewirtschaft. Ich hörte mir auch eine Vorlesung über die Chemiewirtschaft in der DDR an, die von einem Mitglied des Volkswirtschaftsrates gehalten wurde. Bis 1970 sagte er keine wesentliche Produktionssteigerung voraus sondern den Versuch des Haltens des augenblicklichen Standes. Er führte das zurück auf die zu alten Maschinen und auf die zu langsame Anwendung von neuen Verfahren. Zu meinem Erstaunen brachte er dazu Vergleichszahlen aus den USA, die seine These mehr als unterstützten.“ (Brief vom 31. 1. 1965) Es gab durchaus realistische Einschätzungen in der DDR. In der praktischen Politik spielten sie aber nur selten eine Rolle. Man liebte mehr die Scheinwelt, in der alles schön und erfolgreich war, in der die Pläne übererfüllt wurden, auch wenn dazu die Zielzahlen im Laufe des Jahres reduziert werden mussten. Den Westen einzuholen ohne ihn zu überholen, war ein beliebter DDR-Witz.

Mein Bruder studierte in Göttingen Volkswirtschaft. Dort wurde aufmerksam das neue ökonomische System der Lenkung und Leitung der Volkswirtschaft in der DDR (NÖS) beobachtet. Er bat mich um Literatur dazu für eine Seminararbeit. Besonders die Bücher von Erich Apel waren für ihn interessant. Erich

Apel hatte in der Nazizeit an der Raketenkonstruktion in Peenemünde mitgearbeitet. In der DDR wurde er 1963 Vorsitzender der staatlichen Plankommission. Seine Wirtschaftsreformen zeigten Erfolg. Er lockerte die zentralistische Planung der Wirtschaft. Dadurch bekamen die Betriebe mehr Eigenständigkeit. Sie mussten ihre Gewinne nicht abgeben, sondern konnten sie in ihren Betrieb investieren. Nach dem Sturz von Nikita Chruschtschow in der Sowjetunion forderte der neue Generalsekretär der KPdSU Leonid Iljitsch Breschnew eine Rücknahme der Reformen. Am 3. 12. 1965 wurde Erich Apel in seinem Büro tot aufgefunden. Er hatte wohl Selbstmord durch einen Schuss mit seiner Pistole in den Kopf begangen. Oder war es Mord? Vermutungen gab es damals viele. Ein Hoffnungsträger war tot. Unter Breschnew wehte wieder ein kalter Wind durch den Ostblock. 1968 beendete er den Prager Frühling.

Solche Bücher von DDR-Politgrößen konnten wir ohne Probleme in den Westen schicken. Umgekehrt erreichten Büchersendungen oft nicht ihr Ziel. Am 17. Juni 1965 schrieb ich an meinen Bruder: „Habt übrigens auch vielen Dank für das Päckchen. Ihr müßt schon verstehen, daß sich unsere Behörden auch mal über etwas Brauchbares freuen und es dann auch behalten. Wenn einer von diesen Leuten den Gollwitzer liest, wird es vielleicht eher mal ein Gewinn für die DDR sein, als wenn ich das Buch verschlinge.“ Mein Vater kaufte einmal in einem Antiquariat ein Buch, das sein Bruder aus dem Westen ihm geschickt und das die Kontrolle kassiert hatte. Sein Bruder hatte in das Buch eine Widmung geschrieben. So erhielt er doch noch das Geschenk seines Bruders.

## 1966

Aus gesundheitlichen Gründen musste ich mein Studium unterbrechen. Einige Monate arbeitete ich als Beifahrer bei der GHG Haushaltswaren im Lager Groß Schwaß bei Rostock. Wir haben Geschirr, Weckgläser etc. in die Verkaufsstellen ausgefahren. Die Arbeitsbedingungen waren für einfache Arbeiter nicht sehr freundlich. „Wegen der anrollenden Züge gibt es für uns nie Feiertage, und dann haben die Leute nur 12 Tage Urlaub, ganz schöne Ausbeutung. Für die ungelerten Arbeiter hat unser Staat allgemein wohl sehr wenig übrig, auch gefördert werden sie kaum.“ (Brief vom 4. 10. 1966)

In den Betrieben gab es immer wieder politische Schulungen. Das war notwendig, weil es in der DDR viele Gerüchte gab, die die SED-Parteiführung nicht so stehen lassen wollte. Bei der Versorgung der Bevölkerung kam es in der DDR oft zu Engpässen. Das war etwas, was die Menschen erregte. In Betrieben wurden die Mitarbeiter geschult, damit sie richtig verstehen konnten, was in der DDR vor sich ging. „Im letzten Brief schrieb ich wohl was von Preiserhöhungen im Lebensmittelhandel. Ich bin – wie viele Bürger unseres Staates – einer Verleumdung Wismeraner Werftarbeiter zum Opfer gefallen. Die Schuldigen sitzen schon hinter Schloß und Riegel, wie ich heute bei einer Schulung über die Industriepreisreform erfuhr.“ (Brief vom 4. 10. 1966)

Und weiter heißt es in dem Brief: „Bei uns im Betrieb gab es letzten Monat große Diskussion. Wir haben unseren Plan um 50000 MDN nicht erfüllt. Schuld daran ist eindeutig eine Fehlplanung bzw. die Unveränderlichkeit des Planes. Wir haben nämlich im Monat Sept. eben so viel ausgefahren wie in den anderen. Nur hat man nicht damit gerechnet, daß so viele Weckgläser gekauft werden. Diese bringen wenig Geld. Das Minus haben nun wir Arbeiter zu tragen, denn für uns bedeutet das 40 – 80 MDN Lohnausfall. Sonst würden wir bei gleicher Arbeit und Planerfüllung Prämien in dieser Höhe bekommen. Die Arbeitsfreudigkeit steigert man auf diese Weise natürlich nicht.“ Bei einem Stundenlohn von unter 2 MDN war das viel Geld.

Am 1. November 1966 wechselte ich in das CENTRUM-Warenhaus in Rostock als Transporter. Dort arbeitete ich bis zum 15. Januar 1967 7 ½ Stunden täglich. Der Sonnabend war damals ein Arbeitstag. Ich bekam einen Stundenlohn von 1,76 MDN + 15%. 12 Werktage Urlaub wurden im Arbeitsvertrag vermerkt. Wir haben Möbel ausgefahren. In Rostock wurden damals viele Plattenbauten in Lütten Klein zum ersten Mal bezogen. Wenn wir z.B. Schlafzimmer bekamen, dann wurden ganze Aufgänge mit den gleichen Möbeln versorgt. Das war eine ganz schöne Schufferei. In diesen Häusern mit fünf Stockwerken gab es keine Fahrstühle. Wir mussten die Möbel bis in den 5. Stock schleppen. Es gab aber gutes Trinkgeld. Die letzte Stunde der Arbeit verbrachten wir meist in einer Kneipe am Rand von Rostock. Dort trafen sich viele LKW-

Fahrer, aßen Bockwurst und tranken, was es gerade gab. Hier erfuhr man, was es gerade wo zu kaufen gab. Über das, was es nicht gab, wurde geschimpft. Für mich waren dies interessante Monate.

Wenn mir etwas nicht gefiel, ließ ich manchmal durch Schreiben an Zeitungsredaktionen Dampf ab. Am 17. Februar 1966 schrieb ich an die Neue Zeit, die Zeitung der CDU: „Ihre Notiz ‚Dibelius-Nachfolger‘ vom 17. 2. 1966 finde ich empörend. Natürlich können Sie gegen eine Wahl von Präses D. Scharf zum Bischof der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg Stellung nehmen. Was man von Ihnen als dem Zentralorgan der CDU verlangen kann, ist dies, daß Ihre Berichterstattung objektiv bleibt und der Wahrheit entspricht. Dies scheint mir in ihrer Notiz in keinster Weise gegeben zu sein.“

1. Präses D. Scharf ist nicht zum Bischof von Westberlin, sondern der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg gewählt worden. Auch die Regionalsynode in Weißensee hat ihn mit übergroßer Mehrheit zu ihrem Bischof gewählt.
2. Es dürfte Ihnen doch bekannt sein, daß Präses D. Scharf Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland ist. Auch wenn Sie gegen die Existenz des Rates der EKD kämpfen, sollten Sie ihre Augen nicht vor Tatsachen verschließen. Es ist einfach eine Lüge, wenn Sie schreiben, daß durch den Militärseelsorgevertrag die Trennung der evangelischen Kirchen in Westdeutschland von den evangelischen Kirchen in der DDR herbeigeführt wurde. (Mir scheint, Sie leiden an derselben Krankheit wie manche Politiker der BRD, die ihnen unbequeme Tatsachen nicht sehen wollen, z.B. Existenz der DDR als souveräner Staat.)
3. Seit wann bestimmt die Regierung der DDR, wer an der Spitze unserer Kirche steht? Das sollte man weiterhin uns selbst überlassen. Präses D. Scharf ist unrechtmäßig von seinem Wohnsitz in der Hauptstadt der DDR ausgewiesen worden. Wo Präses D. Scharf steht, hat er im Kampf gegen das Hitler-Regime gezeigt. Damals wurde er mehrfach inhaftiert.

Warum haben Sie Ihre Leser über diese Fragen nur einseitig und unrichtig informiert? Zur Beendigung des kalten Krieges tragen solche Artikel nicht bei. Wir haben, glaube ich, das Recht auf ehrliche, der Wahrheit entsprechende Information! Darum möchte ich Sie auch bitten.“

Die Neue Zeit antwortete. Sie stellte fest, dass dieser Artikel nicht von ihnen geschrieben sei, sondern eine ADN-Meldung war. So war das damals. Den Zeitungen wurden viele Artikel vorgegeben, die sie abzdrukken hatten. Aber sie erklärten natürlich auch: „Sie entspricht in ihrer Argumentation jedoch auch unserer eigenen redaktionellen Beurteilung der Person Scharf wie auch der Konsequenzen seiner Wahl zum Bischof.“ (Neue Zeit 2. 3. 1966) Eine eigene Meinung durfte keine Redaktion haben und wagte auch nicht, etwas zu äußern, was den Vorgaben der SED widersprach. Das war das, was mich an der DDR empörte und anödete.

## 1967

Ich hörte regelmäßig die Nachrichten und das „Echo des Tages“ des NDR. Ich hielt die Zeitung der SED, das Neue Deutschland. Ich las diese Zeitung auch und machte immer wieder Eingaben oder schrieb an diese Zeitung. 1967 berichtete das ND über die Konstituierung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR. Dazu stellte ich dem ND zwei Fragen:

„1. Der Verteidigungsminister wurde beauftragt, die politische und ideologische Erziehungsarbeit in der NVA stärker auf die konkreten Bedingungen des Kampfes ausrichten. Warum betont man dieses jetzt gerade so stark genau zu einem Zeitpunkt an dem die UdSSR und die USA in Genf einen Vertrag unterbreitet haben, der die Völker den Frieden und der Freundschaft einen Schritt näher bringen soll? Im Ausland kann diese Verlautbarung doch nur als ein weiterer Schritt in den Abgrund des Wettrüstens beurteilt werden.“

2. Der Verteidigungsminister wurde beauftragt, alle wehrtüchtigen Teile der Bevölkerung verstärkt in die Wehrerziehung miteinzubeziehen. An welche Maßnahmen kann hierbei gedacht sein?“ (9. 9. 1967)

Bei der Antwort wurde nicht auf den Vertrag eingegangen. Die DDR war damals nicht für Entspannung. Entspannung und offene Grenzen waren eine Gefahr für das DDR-System. Das Feindbild, der westdeutsche Imperialismus, wurde gepflegt.

1967 bekam ich eine Vorladung vom Wehrkreiskommando. Bei normalen Studienablauf hätte ich mein Studium schon beendet und man hätte mich zur NVA einziehen können. Gesundheitlich war ich damals

angeschlagen. Deshalb hatte ich ein Jahr ausgesetzt. Ein weiteres Jahr war ich studentischer Obmann in der Geschäftsstelle der evangelischen Studentengemeinden in Berlin. Ich nahm meinen Wehrpass an und erklärte mich bereit, zu den Bausoldaten zu gehen. Allerdings erklärte ich, dass „ich a) das Gelöbnis nicht ablegen (und) b) die Arbeit beim Ausbau von Verteidigungs- und sonstigen militärischen Anlagen sowie bei Beseitigung von Übungsschäden verweigern“ werde.

## 1968

In diesem Jahr hörte ich regelmäßig einen Sender der CSSR in deutscher Sprache. Ich und andere hofften, dass das Experiment eines Sozialismus mit menschlichen Angesicht gelingt und auch positive Auswirkungen auf uns in der DDR hat. Walter Ulbricht und seine SED zeigten von Anfang an sehr deutlich, dass sie die Prager Experimente für völlig abwegig und konterrevolutionär hielten. Im Frühjahr war ich einmal in Prag. Auf den Straßen und Plätzen trafen sich viele junge Leute aus verschiedenen Ländern. Maler stellten ihre Werke aus. Musiker zeigten, was sie konnten. Mein Bruder konnte mir aus dem Westen Bücher an eine Adresse in der CSSR schicken. Bei der Kontrolle der DDR-Grenzer hatte ich Glück und konnte sie behalten.

„Ich beurteile die tschechischen Chancen noch positiv. Im Ostblock ist die tschecheifreundliche Seite stark genug, um die UdSSR, Polen und DDR vor maßlosen Repressalien zurückzuschrecken. Die Macht der Großmächte ist auf beiden Seiten gebrochen. Sie müssen aber wohl erst langsam lernen, daß sie sich nicht mehr in andere Angelegenheiten einzumischen haben.“ (Brief vom 28. 5. 1968) Das war eine Fehleinschätzung. In Prag hatte ich so eine tolle Stimmung erlebt und dachte, nun muss es doch klappen. Aber die Wirklichkeit war anders. Am 21. August 1968 kam der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten und die schöne Hoffnung war futsch. Das war eine große Enttäuschung. Wir hörten dann noch einige Zeit einen illegalen Sender aus der CSSR in deutscher Sprache. Er berichtete von dem ideenreichen Widerstand vieler tschechischer Bürger. Aber die Panzer walzten alles nieder.

In der DDR wurden die politischen Schrauben enger gedreht. In dem gleichen Brief schrieb ich weiter: „Von unserem neuen Verfassungsentwurf werdet Ihr ja gehört haben. Ich sitze gerade an einer Eingabe. Erfolg wird sie sicher nicht bringen, aber ganz schweigen kann man zu so einem Unfug ja auch nicht. Wenn man die ND-Diskussion liest, kann einem das Schaudern kommen. Es wird immer naiver und gefährlicher. Es wird wirklich höchste Zeit, dass Eure Politiker unsere ernster nehmen und auch die DDR anerkennen. Manchmal denkt man, daß sie sich sonst mal vergessen könnten. Ich hatte da eigentlich mehr von Wehner und Brandt erwartet. Auf militärischen Gebiet hat man bei uns dieses Jahr wieder angezogen. Nicht nur der Militärhaushalt stieg mächtig (über 60%), sondern auch die Disziplin bei der Truppe (z.B. Ausgangsbeschränkungen). Man munkelt wohl nicht unbegründet von einer Erhöhung der Wehrpflicht auf 2 Jahre. Wir werden also auf der Hut sein müssen. Auf Grund der neuen Verfassung kann es für die Kirche einige Beschränkungen geben. So ist ihr nicht mehr zugebilligt, sich zu Lebensfragen des Volkes zu äußern. Man möchte sie auf kultische und soziale Handlungen beschränken. Das Tauziehen wird also verstärkt weitergehen. Das Auswanderungs- und Streikrecht der Verfassung von 1949 ist unter anderem jetzt offiziell gestrichen, und die Führung der SED wird in der Verfassung festgehalten. Praktisch sind das natürlich keine Neuheiten, die alte Verfassung war auch bei Streitgesprächen nichts wert. Tragisch ist nur, daß die Massen mehr als nötig öffentlich ‚Hurra‘ schreien.“

Am 26. Februar 1968 schrieb ich eine Eingabe zum Entwurf der Verfassung an die „Kommission zur Ausarbeitung einer sozialistischen Verfassung der DDR“. Unter anderem sprach ich mich gegen den Führungsanspruch der „Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Partei“ aus. In der gültigen Verfassung von 1949 stand davon nichts. Ich sprach mich für die Gründung neuer Parteien und Interessengruppen aus, für eine Begrenzung der Amtsdauer des Staatsratsvorsitzenden, für die freie Wahl eines Verteidigers und für das Recht auf Auswanderung.

„Donnerstag muß unsere Fak zu einer Verfassungsrede mit Diskussion antreten. Auch wir sollen beweisen, wie demokratisch unser Staat ist. Alle dürfen ihre Meinung sagen. 8000 Eingaben sind bisher bei dem Verfassungsausschuß eingelaufen! Da soll nachher noch jemand wagen zu behaupten, daß die Verfassung

nicht vom Volk diktiert wurde. Daß wir da alle so selbstverständlich mitmachen, kann einen manchmal in Rage bringen. Es bleibt nur zu hoffen, daß wir nicht ganz die Stunde verpassen.“ (Brief vom 18. 3. 1968) Ich schrieb dann noch von den Hoffnungen, die ich mit den Ereignissen in Polen (Studentenunruhen), der CSSR, Rumänien und sogar in der UDSSR (Schriftsteller) verband. „Heute nachmittag haben wir im kleinen Kreis (5 stud., 3 hauptamtliche ‚Christdemokraten‘) mit dem Kreisvorsitzenden der CDU über die Verfassung gesprochen. Es ist alles so sinnlos. Bei Grundsatzfragen kommt man nicht von der Stelle, und bei den kleinen Dingen kommt der Pragmatismus dieser Leutchen allzu sehr hervor, daß man sich schwarz ärgert. Sie sind noch ordentlich stolz, wenn ihre Partei mal wagte piep zu sagen, in einer ganz nebensächlichen Sache natürlich. Sie distanzieren sich von der CSSR: Man müsse doch schließlich der Linie der Partei der Arbeiterklasse treu bleiben.“ (Briefergänzung vom 18. 3. 1968 durch meine spätere Frau)

Meine und andere kritische Eingaben zur Verfassung hatten keinen Erfolg. Da man dieses Mal richtig abstimmen konnte, gingen wir zur Abstimmung und stimmten in einer Wahlkabine mit NEIN. Die meisten Bürgerinnen und Bürger machten ihr Kreuz öffentlich beim JA, wie es von der SED-Parteiführung gewünscht war. Wir gingen abends zur Auszählung. Wenn wir nicht dorthin gegangen wären, hätte man wohl unser NEIN als JA ausgezählt. Denn beim Auftauchen der ersten NEIN-Stimme, überlegte ein Auszähler laut: „Das NEIN ist doch wohl ein Versehen. Bei uns sind doch alle für den Frieden. Der Bürger wird sich ärgern, wenn seine Stimme als NEIN gezählt wird. Wollen wir sie nicht als JA bewerten?“ So ähnlich war die Argumentation. Wenn wir nicht dazwischen gegangen wären, hätte man in dem Wahllokal ein eindeutiges Ergebnis erreicht und vielleicht eine Prämie bekommen.

Im Juli wurde in Leipzig die Unikirche gesprengt. Auch das war ein Zeichen dafür, dass die SED auf Empfindungen der Bevölkerung keine Rücksicht nahm. „Habt Ihr eigentlich von Leipzig gehört? Dort wurde die Unikirche (irgendein besonderer Stilbau) kürzlich in die Luft gejagt. Die Bevölkerung geriet auf die Beine, Massen kamen unter Verschuß. Inzwischen sind die meisten frei. Bei den Verhören wurden Maßnahmen ergriffen, die ich bei so was nicht für möglich hielt: Festschnallen, Scheinwerferbestrahlung, geräuschliche Nervenbehandlung u.ä. Den Behandelten wurde frech gesagt, sie sollten es ruhig weitererzählen. Man hat jedenfalls mächtig auf den Putz gehauen. Gegen die Theol. Fak. soll eventuell ein Verfahren laufen. Dazu, glaube ich, wird es aber nicht kommen. Mein Eindruck ist, daß Genosse Fröhlich (SED-Chef in Leipzig) ziemlich selbständig gehandelt hat, d.h. nicht unbedingt gegen andere Köpfe, aber vielleicht doch ohne ihre genaue Kenntnis. Leipzig ist für so etwas bekannt.“ (Brief vom 3. 7. 1968)

In den Stasiakten konnte ich nach der Friedlichen Revolution eine Beurteilung über mich vom 2. Juli 1968 lesen.

„Betr.: Student der Theologie

Kuessner, Hinrich

geb. 29.4.1943 Gerdauen

Rostock-, Schnickmannstr. 7/8

Genannter wurde als Sohn des Pastors Helmut Kuessner, geb.13.3.1903, geboren. Seine Mutter von Beruf Fürsorgerin ist als Hausfrau tätig. Sein Vater hatte in Tilsit eine Pfarrstelle inne und übernahm nach 1945 die Pfarrstelle in Parkentin Krs. Bad-Doberan. In Parkentin besuchte K. zwei Klassen der Grundschule. Sein Vater wurde 1950 als Direktor des Michaelshofes in Rostock berufen und hatte diese Funktion bis 1958 inne. Seit 1958 ist sein Vater als Landespastor für Innere Mission beim Oberkirchenrat Schwerin beschäftigt. Sein Bruttogehalt beträgt ... (*geschwärzt*). K. selber besuchte hier in Rostock die Grund- und Oberschule und beendete im Jahre 1961 in Schwerin die Oberschule mit dem Abitur. Innerhalb der Schule arbeitete er in der Schachschulmannschaft mit. Mitglied der Pioniere und der FDJ war K. nicht. Jedoch beteiligte er sich an den Verpflichtungen der FDL-ler. Besonders gut war er in der Produktion. Im Jahre 1961 nahm K. an der Universität Rostock das Theologiestudium auf. 1964 und 1966 unterbrach er zweimal sein Studium. 1964 um ein Praktikum zu leisten. Sein Praktikum leistete er in der Geschäftsstelle der Evangelischen Studentengemeinde Berlin C 2, Bischofstr. 6/8. Hier beschäftigte er sich besonders mit der Vorbereitung und Durchführung von Konferenzen, den Besuch von Gemeinden und der Korrespondenz. Bei seiner Musterung zum Wehrdienst am 23.3.1963 gab er eine schriftliche Erklärung ab, daß er aus

christlichen Glaubensgründen den Wehrdienst nicht leisten kann. Im September 1966 unterbrach er sein Studium aus gesundheitlichen Gründen. Bis zum Zeitpunkt seiner Wiederaufnahme des Studiums im Januar 1967 arbeitete er als Lagerarbeiter im GHG-Haushaltswaren und als Transportarbeiter im Kaufhaus ‚Centrum‘ in Rostock. Während seines Studiums besuchte er Rüstzeiten und ist aktives Mitglied der Studentengemeinde. Er wurde ebenfalls auch zeitweilig als Vertrauensstudent gewählt. Er ist Abonnent des ‚Neuen Deutschland‘, um sich über den neuesten Stand der Wirtschaft und Politik zu informieren. Kuessner gehört nicht zu den positiven Kräften an der theologischen Fakultät der Uni.-Rostock. Er erhält ein Stipendium von 140,-Mark. Kuessner beschwerte sich im Juni 1968 über die Ausführungen des Genossen Axen auf der 6. ZK-Tagung über die Einschätzung des Volksbescheides. Von Seiten des ZK wird mit Kuessner und dessen Vater eine Aussprache herbeigeführt. Gez. Porath

#### Anmerkungen

Kuessner hat noch vier Geschwister:

....

Christoph Kuessner 1936 Hildesheim/WD verließ 1953 illegal die DDR

Verwandschaftliche Beziehungen bestehen nach Hamburg. Kuessner unternahm 1956 und 1957 eine Besuchsreise nach dort.“

An eine Aussprache zusammen mit meinem Vater mit SED-Genossen kann ich mich nicht erinnern. Die Stasischilderung ist ziemlich gut. Nur Vertrauensstudent war ich nicht.

### **1970**

Im Sommer zogen wir mit unserem wenige Tage alten Sohn nach Blumenhagen bei Pasewalk. In dem Haus, das wir bezogen, wohnten wir alleine. Es hatte einen Winter leer gestanden. Das Toilettenbecken war im Winter durch den Frost geplatzt. Es gab gerade keine neuen Becken. Wir mussten einige Wochen ohne auskommen. Ein anders Problem war die Beschaffung von Heizmaterial. Da wir erst im Juli in Blumenhagen einzogen, konnten wir nur noch die Kohlen bekommen, die uns bei unserer Kartenzuteilung zustanden. HO-Kohlen hätten wir schon im Frühjahr bestellen müssen. Als wir einzogen war uns klar, dass die Kartenkohlen nicht für den ganzen Winter reichen werden. Mein Westbruder schenkte uns 20 Zentner Kohlen über Genex. Sie waren in bester Qualität und hatten einen höheren Heizwert als die Kartenkohlen. Das war unsere Rettung, denn im Winter gab es hohe Frostgrade und viel Schnee.

### **1972**

Wir wohnten nun in Görlsdorf in der Niederlausitz. Mein Westbruder war Vater geworden Ich versuchte eine Reiseerlaubnis in den Westen zu bekommen. Es gab eine staatliche Verordnung, die so etwas erlaubte. „Heute war ich nun auf der Polizei und habe mir die erwartete Ablehnung eingehandelt. Die Begründung lautete, daß ich zur Taufe beantragt habe, man aber nach dem Gesetz nur zur Geburt reisen darf. Dagegen habe ich natürlich Einspruch erhoben. Denn was soll ich bei der Geburt, da ich keine Hebamme bin. Und die Taufe ist doch die Geburtsfeier. Jedenfalls wird mein Antrag nun noch weiter bearbeitet. Am Montag soll ich neuen Bescheid bekommen. Wahrscheinlich wird es nur eine neue Begründung der Ablehnung. Es ist wohl so, daß man Leute meines Alters nicht reisen lassen will. An Ursels Stelle würde ich es trotzdem versuchen. Sie ist doch älter und hat 5 Kinder aufzuweisen. Vielleicht nützt das etwas. Ein Versuch kostet ja nichts.“ (Brief vom 31. 10. 1972)

„Gestern war ich wieder auf der Polizei. Mein Antrag ist nun endgültig abgelehnt. Die Begründung lautet nun, daß man sofort nach der Geburt ein vom Standesamt beglaubigtes Telegramm von den Verwandten erhalten müsse und dann könne man eventuell reisen. Da auch diese Begründung etwas an den Haaren herbeigezogen klingt, habe ich eine Eingabe beim Staatsrat gemacht. Aber auch das wird sicher nichts nützen. Nur bekommt man vielleicht so heraus, wann man denn überhaupt anlässlich von Geburten reisen darf. Da Angela erst das erste Kind ihrer Familie ist, sind ja weitere nicht ausgeschlossen. Und wenn es doch Reisemöglichkeiten gibt, ist es vielleicht für die Familie Ansporn, sich noch weiter zu vergrößern. Aber ich glaube nicht mehr, daß es aufgrund der neuen Regelung für noch lange arbeitsfähige Bürger Genehmigungen gibt. Dazu müssen wohl noch weitere Vereinbarungen zwischen beiden deutschen Staaten gemacht werden.“ (Brief vom 4. 11. 1972) Meine Schwester bekam bei der Ablehnung ihres Antrages noch

eine andere Antwort: „Das Gesetz bei ‚Geburt‘ ist so zu verstehen: Mein leiblicher Bruder hätte geboren sein müssen, Angela ist schon 2. Grades mit uns verwandt! Aber die Großeltern, die noch nicht das Rentenalter haben, dürfen jetzt das Enkelkind nach der Geburt besuchen.“ (Brief meiner Schwester vom 27. 10. 1972)

In der Antwort auf meine Eingabe an den Staatsrat wurde mir mitgeteilt, „daß wir Ihr Schreiben dem Leiter des Volkspolizei-Kreisamtes zur Bearbeitung übersandt haben.“ (16. 11. 1972) Für Reiseanträge seien nur die Volkspolizeiorgane zuständig. Insofern war ich wieder dort, wo ich keine vernünftige Auskunft erwarten konnte. Das war ein typischer Vorgang von Verwaltungshandeln in der DDR. Es wird eine Verordnung oder ein Gesetz erlassen. Sie liest sich bürgerfreundlich. Wenn man sie nutzen will, stieß man auf Hindernisse. Da es keine Verwaltungsgerichtsbarkeit gab, konnte man sich nicht einklagen. An die Entscheidungsträger kam man in der Regel nicht heran. Man verhandelte nur mit Vertretern des Staates, die für die Durchführung zuständig waren, aber keine Entscheidungsgewalt hatten.

In Görlsdorf bekamen wir gesundheitliche Probleme. Die LPG hatte eine große Trockenanlage. Einige Tage im Jahr wurde dort Hühnermist getrocknet. Das verbreitete fürchterlichen Gestank, aber verursachte auch gesundheitliche Probleme. Dazu gab es keine Informationen. Wir spürten es erst, als wir wieder in der guten Luft des Nordens wohnten. Der getrocknete Hühnermist war für den Export nach Westdeutschland bestimmt.

### **1973**

Wir zogen nach Neu Boltenhagen bei Greifswald. In dem Dorf gab es Wasserprobleme. Durch die Bauarbeiten am Atomkraftwerk in Lubmin war der Wasserspiegel abgesenkt worden. Das hatte zur Folge, dass einige Brunnen versiegten oder nur noch wenig Wasser hatten. Unsere Wasserleitung im Haus gab nichts mehr her. Wir holten uns das Wasser von einer Pumpe an der Dorfstraße. „Im Frühjahr soll nun Wasserleitung gelegt werden, durch Eigeninitiative der Bürger. Vorerst gibt es dann vom Schafstall-Tiefbrunnen Wasser braunes. Erst 1975 gibt es Anschluß an eine Fernwasserleitung. Was sich so in den Haushalten abspielt, ist oft tragikomisch. Hinrich sieht ja so allerlei beim Stromgeldkassieren. Letztes Wochenende wurde eifrigst Schnee gesammelt u. getaut u. damit Wäsche gewaschen usw. Ich habe mich in dieser Taktik auch schon geübt. Wir haben nicht nur häufig Stromsperrungen, sondern jetzt ist hier auch schon öfter Wasser abgestellt. Wir haben ständig ein paar frische Reserven in Eimern u. Töpfen. ... Ich füllte nacheinander 5 Kinderbadewannen mit Schnee u. taute es auf.“ (Brief meiner Frau vom 12. 12. 1973)

### **1974**

In diesem Jahr gab es Kommunalwahlen in der DDR. Ich ging zum ersten Mal zu einer Wahl. Der Bürgermeister hatte mich darum gebeten. Ich verstand mich mit ihm gut und wollte ihm keine Probleme bereiten. Das Wahllokal war in einem alten Gutshaus. Ich wollte in einer Wahlkabine alle Namen durchstreichen und so mit NEIN abstimmen. An einem hohen Vorhang hing ein Schild mit der Aufschrift „Wahlkabine“. Dort ging ich hin und stieß mir den Kopf. Hinter dem Vorhang war nur eine große Flügeltür. Sie war verschlossen. So musste ich öffentlich alle Namen durchstreichen.

### **1977**

Seit einiger Zeit wohnten wir in Greifswald. Am 1. September 1977 wurde unser Ältester eingeschult. Zur Vorbereitung auf die Schule gab es zwei Elternabende. „Gestern war der erste Elternabend in der Schule. ... Es war nicht sehr berückend. Man hatte den Eindruck, daß die Veranstalter eine Pflichtveranstaltung abziehen mußten. Wir hörten überhaupt nichts über die Klasse und Schule. Nur sehr flüchtig wurden die Klassenlehrerin und Hortnerin vorgestellt. Die Klassenlehrerin machte auf uns einen guten Eindruck. Sie soll Fachlehrerin für Zeichnen sein, hörte ich im Konsistorium. An dem Abend wurde uns ein fast einstündiger Vortrag über die Schulfähigkeit des Kindes vorgesetzt. Dabei wurde ein umfangreicher Forderungskatalog für Eltern und Kindern vor uns ausgebreitet. Zur Diskussion sprach so auch keiner. Man ging gleich wieder auseinander. Vorfremde auf die Schule hat man jedenfalls nicht geweckt.“ (Brief vom 3. 6. 1977) In diesem Stil wurden auch spätere Elternabende durchgeführt. Die Eltern mit SED-Parteibuch trafen sich immer vor dem Elternabend für ALLE. Dort wurden vorgefertigte Diskussionsbeiträge verteilt. Wenn wir uns mit Diskussionsbeiträgen beteiligten, traf das in der Regel auf Unmut, wohl weil wir die

Veranstaltung verlängerten. Auf unsere Beiträge wurde in der Regel nicht eingegangen. Die SED-Genossen redeten einfach weiter in der wohl vorher abgesprochenen Reihenfolge.

Pionier sollte unser Sohn nach unserem Willen nicht werden. Auf den Schuleinstieg als Nicht-Pionier habe ich ihn ausführlich vorbereitet. Von meinem Vater hatte ich vom Verlag Neues Leben das Handbuch des Pionierleiters. Es stammte noch aus der Stalinzeit. Im Vorwort steht ein Zitat von J. W. Stalin „Die Menschen muß man sorgsam und achtsam großziehen, so wie der Gärtner den von ihm gehegten Obstbaum großzieht.“ Das war auch unser Ziel. Das Buch war die Grundlage für unseren Lehrgang in einer Höhle unter einer großen Buche im Garten der Schwiegereltern in Drechow. Er sollte viel darüber erfahren, was die Pioniere wollen und was sie machen. Auch über Ernst Thälmann informierte ich ihn. Denn die Pioniere trugen seinen Namen. Er nahm das Wissen gut auf und begann sich für Politik zu interessieren. In das Handbuch des Pionierleiters drückte er seinen Namensstempel. Wir sagten ihm, wenn es erlaubt ist, dass er als Nichtpionier an den Veranstaltungen der Pioniere teilnehmen darf, dass er dann hingehen kann. Das tat er anfangs, ließ es aber bald sein. So interessant waren die Veranstaltungen nicht. Er kam in die August-Bebel-Schule. Einmal in der Woche mussten alle Schülerinnen und Schüler eine Viertelstunde früher zu einer Politstunde zur Schule kommen. Das galt auch für die 1. Klasse. Dort wurden aktuelle politische Ereignisse besprochen. Schüler bekamen dafür kleine Aufgaben, bei denen die Eltern helfen mussten und so gezwungen wurden, sich mit der Politik der DDR-Oberen zu befassen. Eines Tages bekam die 1. Klasse Besuch von einer Vertreterin des Zentralrates der Jungen Pioniere in Berlin. Sie fragte die Kinder nach Thälmann und der Pionierorganisation. Unser Sohn meldete sich und konnte ihr viel erzählen. Sie lobte ihn als guten Pionier. Seine Lehrerin erzählte uns später, dass die anderen Kinder, die Pioniere, riefen: „Er ist ja gar kein Pionier.“ Für ihn und uns war das ein freudiges Erlebnis.

## 1978

In den 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden Schulen wurde ein obligatorischer Wehrkundeunterricht mit einem Lehrgang der Zivilverteidigung und auf freiwilliger Basis ein vormilitärisches Lager eingeführt. Dabei sollten Schüler der 9. Klasse an Kleinkalibern ausgebildet werden. Auch was als „freiwillig“ in der DDR galt, war in der DDR eine Pflicht. Wenn man sich ihr entzog, musste man mit Nachteilen rechnen. Schülern konnte es den Zugang zur EOS oder zum Studium versperren. Auch Lehrlinge sollten vormilitärisch ausgebildet werden. Beim Ministerium für Volksbildung machte ich am 23. Mai 1978 eine Eingabe. Dabei führte ich aus: „Die Erziehung der Jugend zum Frieden, zur Toleranz und zum Dialog mit allen Menschen, Gruppen, Parteien, Nationalitäten, Völkern etc. ist heute meiner Meinung nach das Gebot der Stunde. Ich könnte verstehen, wenn in Schul- und Berufsausbildung obligatorisch das Fach ‚Friedenskunde‘ eingeführt wird. ... Meine Frage ist: Was passiert mit Jugendlichen, die selbständig oder auf Veranlassung ihrer Eltern die Teilnahme am Wehrkundeunterricht und an vormilitärischer Ausbildung ablehnen? Stehen sie unter Ausbildungsverbot?“

Vom Ministerium kam eine nichtssagende Antwort. „Aus Ihrem Schreiben vom 23. Mai 1978 entnehmen wir, daß Sie sich als Vater für Probleme der Unterrichtsgestaltung in den 9. und 10. Klassen der allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule interessieren. Im Zusammenhang mit den von Ihnen aufgeworfenen Fragen bitten wir Sie, sich an den zuständigen Schuldirektor Ihrer Kinder zu wenden. Er kann die entsprechenden Auskünfte erteilen.“ (15. 6. 1978) Das war wieder eine typische DDR-Antwort. Der Bürger bekam keine Antwort von denen, die für politische Entscheidung verantwortlich waren. Er wurde an einen staatlichen Vertreter verwiesen, der die Anordnung durchsetzen musste.

Ich schrieb darum erneut an das Ministerium für Volksbildung, weil es „mir um eine grundsätzliche Beantwortung meiner Frage (*ging*), was sicher nicht in die Kompetenz eines Schuldirektors fällt.“ Ich wollte eine Antwort vom Ministerium erreichen. „Hinter meinen Fragen steht das Problem: Welchen Platz haben Bürger in der Gesellschaft, die aus verschiedenen Gründen die militärische Erziehung der Jugend ablehnen, und welche Berufschancen haben ihre Kinder?“ (30. 6. 1978)

Da ich vom Ministerium nichts mehr hörte, schrieben meine Frau und ich an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. Wir forderten, dass der Wehrkundeunterricht nicht eingeführt wird. Die Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen hatte sich auch dagegen ausgesprochen. „Das Feindbild weiter

auszuprägen' und ‚zum unversöhnlichen Haß ... zu erziehen‘ (Teil II der Vereinbarung ...) zum zentralen Ziel der Erziehung der Jugend zu erheben, verstößt unseres Erachtens auch gegen den Geist von Helsinki 1975.“ (3. 7. 1978) Eine Abschrift dieses Schreiben schickten wir an die Konferenz der Kirchenleitungen und an die Schule unseres Sohnes. Der Schule boten wir „die Mitarbeit in einer Arbeitsgemeinschaft zum Thema ‚Friedensforschung‘“ an. Unsere Schreiben waren erfolglos. Aus Protest schickte ich dem Wehrkreiskommando meinen Wehrpass und meine Erkennungsmarke. „Aus Protest gegen die Einführung des Faches ‚Wehrerziehung‘ in den Schulen ab 1. September 1978 und gegen die obligatorische Teilnahme der Lehrlinge an vormilitärischen Übungen gebe ich hiermit meinen Wehrpaß zurück.“ (30. 9. 1978) Auch Herrn Honecker teilte ich das mit. „In der Anlage übersende ich ein Schreiben an das Wehrkreiskommando in Greifswald mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Zur Begründung meiner Haltung verweise ich auch auf die Eingabe, die meine Frau und ich an Sie am 3. 7. 1978 richtete. Leider bekamen wir auf diese Eingabe keine Antwort.“ (30. 9. 1978) Nach dem Gesetz über Eingaben, hätte Herr Honecker uns innerhalb von vier Wochen Antworten müssen. Aber Gesetze und Verordnungen galten in der DDR nur für die Bürgerinnen und Bürger, nicht für Staatsorgane. Verwaltungsgerichte gab es nicht.

Die Einführung des Wehrkundeunterrichtes gab den Anstoß zu der Durchführung von Friedensdekaden in evangelischen Kirchengemeinden. Ab dem Herbst 1980 wurden sie in vielen Gemeinden durchgeführt mit Andachten und auch mit Veranstaltungen zu gesellschaftlich relevanten Themen. In Wittenberg schmiedete ein Schmied ein Schwert zu einem Pflug. Die Sowjetunion hatte 1959 so ein Mahnmal der UNO geschenkt. Das Symbol Schwerter zu Pflugscharen wurde zum Zeichen der Opposition in der DDR. Nach 1980 bildeten sich in der DDR Friedensgruppen, Menschenrechtsgruppen, 2/3-Weltgruppen, Frauengruppen, Umweltgruppen. Vor allem junge Leute, Christen und Nichtchristen, engagierten sich in diesen Gruppen. Die Initiatoren der Bürgerbewegung 1989 kamen aus diesen Gruppen.

## 1979

In diesem Jahr zogen wir in die Greifswalder Marienstraße. Durch unseren Einzug gab es Veränderungen für die Bewohner. Bisher gehörten sie zu einer vorbildlichen Hausgemeinschaft im Sinne der DDR. Zu den staatlichen Feiertagen hingen aus allen Wohnungen Fahnen. Wenn führende Genossen die Stadt besuchten, gehörten die Mitglieder der Wohngemeinschaft zu den „Winkelementen“, die an den Straßenrändern der politischen Prominenz zuzuwinken hatten. Sie bekamen dafür Prämien, mit denen Hausfeste finanziert wurden. Wir hingen aus unserer Wohnung keine Fahnen heraus und eigneten uns auch nicht als Winkelement. Das hatte zur Folge, dass für unsere Mitbewohnern auch die Aufforderung zur Verwendung als Winkelement entfiel. Später sagten uns Bewohner, dass sie das eigentlich auch ganz schön finden, dass sie jetzt nicht mehr bei besonderen Anlässen antreten müssen und dadurch mehr Zeit für sich hatten.

Unter uns wohnte der Direktor der Volksbank. Als ich eine Unterschrift gegen die atomare Bewaffnung in der BRD nicht unterschrieb, erzählte er bei einer Mitarbeiterbesprechung in der Volksbank, dass in seinem Haus jemand wohnt, den der Staat mit einer guten Wohnung belohnt hat, der aber nicht für den Frieden ist. Die Schwester einer Kollegin arbeitete in der Volksbank und berichtete das.

Im Sommer fuhr Erich Honecker durch Greifswald zu seinem Urlaubsquartier auf der Insel Vilm. Bei dieser Fahrt wurde ihm allerdings nicht zugewinkt. Wenn ich morgens aus unserem Badfenster sah und Männer die Gebüsche an der Durchfahrtsstraße durchsuchten, wusste ich, heute fährt Erich Honecker in den Urlaub. Einmal hatte ich wohl nicht richtig aufgepasst. Ich hatte dienstlich in Berlin zu tun und machte mich mit dem Auto auf den Weg nach Berlin. Ich kam nicht weit. Bald hinter Greifswald wurde ich angehalten und musste auf einen Waldweg fahren. Das ging noch einigen weiteren Autofahrern so. An der Abfahrt stand ein Mann in Zivil und ließ keinen durch. Langsam dämmerte es uns, dass heute wohl Honeckers Urlaub beginnt. Wir wollten uns an den Straßenrand stellen und zuschauen, wenn unser Staatsratsvorsitzender vorbeikommt. Aber auch das durften wir nicht. Wir konnten nur aus der Ferne sehen, wie die Autokolonne vorbeirauschte.

Ab 1979 arbeitete ich als Geschäftsführer im Diakonischen Werk in Greifswald. Dadurch bekam ich Einblick

in die Situation von Menschen in Heimen und von Familien mit behinderten Angehörigen.

Die Situation besonders in den Feierabend- und Pflegeheimen der Diakonie war sehr schwierig. Mehrbettzimmer führten zu Konflikten. Mehrere Häuser waren nicht als Altersheim gebaut. In Kronsberg waren alte Menschen aus einem Heim in Stettin 1946 nach einer Irrfahrt durch Mecklenburg und Vorpommern in einem leerstehenden Gutshaus gelandet. Auch 1979 gab es dort nur eine Badewanne für 36 Heimbewohner. Ein Einzelzimmer war auf dem Boden ausgebaut worden. In den meisten Zimmern wohnten drei alte Menschen wie in einem Internat für Schüler oder Studenten. In jedem Zimmer stand ein Waschtisch mit einer Waschschüssel, daneben ein Eimer mit sauberem kaltem Wasser und einer für das Dreckwasser. Warmes Wasser wurde in der Küche gemacht und morgens zum Waschen ausgetragen. Die Toiletten waren am Rande des Hauses. Nicht jeder Heimbewohner konnte so weit laufen. Klostühle im Zimmer waren für die Mitbewohner eine Zumutung, die sie ertragen mussten. In jedem Zimmer stand ein Kachelofen, der an kalten Tagen zweimal beheizt werden musste. Neben der Pflege gab es eine Menge körperliche Arbeiten für die Mitarbeiter. Es waren keine angenehmen Jobs.

Ich musste einmal für mehrere Monate einen Heimleiter vertreten. Bei Heimaufnahmen musste ich Antragstellern erklären, was sie in das Heim mitbringen durften. Sie hatten dort nur Platz für ihre Wäsche und für persönliche Dinge in einem halben Schrank. Darum gab ich ihnen sogar Ratschläge zur die Anzahl der Unterwäsche, die sie ins Heim mitbringen konnten. Sie durften Bilder mitbringen, die sie über ihr Bett hängen konnten. Ein Sessel war das einzige Möbelstück, das sie mitbringen durften. In manchen Heimen war das nicht einmal möglich, weil dafür der Platz fehlte. Das war für jeden alten Menschen ein schmerzhafter Schritt. Aber sie kamen trotzdem zu uns. Sie hatten keine Wahl. In staatlichen Heimen sah es zum Teil noch schlechter aus. Wir konnten in den folgenden Jahren die Situation in den Feierabendheimen erheblich verbessern. Mit Material aus Westdeutschland wurden Zentralheizungen eingebaut. Duschen kamen in die Badezimmer. Der Klostuhl verschwand. Toiletten in der Nähe der Zimmer entstanden.

„Die Kohlen sollen recht knapp sein. Im Neubrandenburger Gebiet mußten Leute etwas herausgeben, wenn sie zu viel im Keller hatten. Nun ja, das Hamsterwesen mag auch Auftrieb bekommen. Als es jetzt mal Adventskerzen gab, grasten auch manche Leute sämtliche Drogerien ab. Ich stellte mich auch immerhin 2x an (für je 1 Schachtel).“ (Brief meiner Frau vom 16. 11. 1979)

## 1980

1980 schrieb ein Vertreter der holländischen Kirchengemeinde in Eindhoven an die Greifswalder Universität und bat um Vermittlung eines Kontaktes zu einer evangelischen Kirchengemeinde. Das war völlig ungewöhnlich. Die Uni leitete diese Bitte nicht weiter. Nachdem die Holländer lange gewartet hatten, rief ein Holländer, der Lehrer Jan Werner, bei einen Pfarrer der Mariengemeinde an. Jan Werner sagte, dass er mit seiner Schulklasse in Berlin ist und sich gerne mit einem Greifswalder Vertreter treffen möchte. Seine Gemeinde möchte Kontakt zu Christen in Greifswald haben. Treffpunkt sollte vor dem Kabarett „Die Distel“ sein, das gleich neben dem Ausgang des Tränenpalastes in der Friedrichstraße war. Jan Werner wollte eine Tasche mit dem Wappen von Eindhoven tragen. Der Pfarrer sagte zu, dass jemand zu dem Treffen kommt. Aber wer wagte, nach Berlin zu diesem Treff zu fahren, um sich mit einem Unbekannten zu treffen? Das konnte auch eine Falle der Stasi sein. Am Telefon wagte der Pfarrer nicht groß nachzufragen. So ein Gespräch wurde immer abgehört. Das war jedenfalls unser Eindruck. Er hatte darum schnell zugesagt und das Gespräch beendet. Wie das Problem gelöst werden konnte, wusste er nicht. Was war das für ein Holländer? Ein linker Spinner oder ein Kommunistenhasser? Ich hatte an dem Tag dienstlich in Berlin zu tun. Ich konnte aber nicht zu dem Treff gehen. So fuhr meine Frau mit und ging zum Treffpunkt. Nachdem sie den Taschenträger beobachtet hatte, sprach sie ihn an. So entstand für uns ein interessanter Kontakt und eine Freundschaft zu Familie Werner. Beide hatten den Eindruck, dass sie bei dem Treff beschattet wurden. Zusammen mit Jan habe ich Gemeindekontakte vermittelt. Mehrere Kirchengemeinden pflegen diesen Kontakt auch nach der Friedlichen Revolution. Als ich mit meiner Frau einmal zu DDR-Zeiten gemeinsam in den Westen reisen konnte, fuhren wir nach Eindhoven. Das war eigentlich nicht erlaubt. Aber zwischen der Bundesrepublik und Holland gab es keine Grenzkontrollen. Darum kam auch kein Stempel in den Pass.

## 1981

Unsere Wohnung in der Marienstraße war schön, nicht groß, sehr billig, 50,35 M monatlich für Wohnung und Garten. Wir konnten sie langsam bequemer gestalten. Das war in der DDR aber immer ein Weg, den man nur mit langem Atem erreichte. So wollten wir für das Kinderzimmer einen Nachtspeicherofen einbauen lassen. Das wurde auch genehmigt. Damals musste alles genehmigt werden. Denn in einer Planwirtschaft wird alles vorher jahrelang eingeplant. In der DDR wurden Pläne allerdings immer wieder korrigiert. Die Pläne mussten mindestens mit 100%, in der Regel etwas über 100% erfüllt werden. Das erreichte man nur, wenn Planzahlen auch verändert, d.h. reduziert wurden. Für den Einbau unseres Nachtspeicherofen sah es darum so aus: „Den Nachspeicherofen haben wir nun zwar genehmigt, Elektriker u. Ofensetzer könnten auch etwa nach 5 Wochen den Auftrag ausführen. Doch ist eine Starkstromzuleitung notwendig, und auf die muß man wohl 1-3 Jahre warten.“ (Brief meiner Frau vom 25. 3. 1981) Es ging dann doch schneller. „Von unserem Nachtspeicherofen bin ich sehr angetan. Man gewöhnt sich so schnell an so einen Vorzug. Jetzt dürfen diese Öfen nicht mehr gesetzt werden. Ich habe einen der letzten Exemplare bekommen. Er wird auch täglich mehrmals gestreichelt! Ich hatte ihn bislang nur auf Stufe 2 (nicht 3). Es war ausreichend. In der Schule haben die Kinder nur 15 Grad. Da dürfen die Temperaturoegensätze zur Wohnung nicht so groß sein.“ (Brief meiner Frau vom 13.12.1981)

Für mein Dienstfahrzeug hatte ich keine Garage. Das Auto stand auf der Straße oder auf einem großen Parkplatz. Wenn ich morgens aus dem Badfenster sah, konnte ich es sehen. Eines Morgens, am 8. März 1981, sah ich aus dem Fenster und konnte das Auto nicht entdecken. Es war weg. Es war in der Nacht geklaut worden. Bei der Polizei zeigte ich den Diebstahl an. Fünf Monate später tauchte das Auto wieder auf. „Er (Hinrich) sollte ... beim Gefängnis (in Stralsund) sein am 8. März geklautes Auto abholen. Es hatte jemand 2x mit Hinrich deswegen telefoniert. Als Hinrich dort war, stand kein Auto da u. es wußte auch kein Mensch etwas von der Sache. Entweder war es ein übler Scherz oder die Sache klärt sich noch irgendwie.“ (Brief meiner Frau vom 21. 8. 1981) Das Auto wurde mir später übergeben.

Nach einigen Wochen bekam ich eine Vorladung zum Prozess in Bergen/Rügen. „Gestern mußte Hinrich zum Prozeß nach Bergen in seiner Autosache, als Zeuge. Es war sogar ein Rundfunkübertragungswagen da. Es wird wohl ein größerer, exemplarischer Prozeß. Mehr kann man im Moment noch nicht sagen. Hinrich war nicht rechtzeitig dort, er hatte Panne unterwegs. Bei der Rückfahrt dann ebenfalls. Er wollte sich abschleppen lassen, winkte aber lange vergeblich. Glücklicherweise kam dann ein Konsistorialer des Wegs, der ihn erkannte u. abschleppte.“ (Brief meiner Frau vom 13. 1. 1982)

Das geklaute Auto war an einen Autoschlosser verkauft worden, der mit geklauten Autos seinen Lebensunterhalt verdiente. Er hatte in einer PGH in Bergen seine Arbeit gekündigt und sich selbständig gemacht. Von Mitarbeitern der PHG hatte er für 2.000 Mark Autopapiere von stillgelegten Autos erworben und geklaute Autos auf diese Papiere umgearbeitet und sie dann gewinnbringend verkauft. Rund 70 Autos soll er verkauft haben. Autos waren damals Mangelware. Bis zu 18 Jahre musste man nach einer Bestellung auf die Auslieferung warten. Für ein sechs Jahre altes Auto erzielte man den Anschaffungspreis und bei gutem Zustand auch mehr. Einige Monate nach dem Prozess nahm ich auf Rügen einen älteren Mann als Tramper mit. Wir kamen in das Gespräch zu dem Autoprozess. Es stellte sich heraus, dass dieser Mann Polizist war, jetzt in Rente. Er schimpfte auf den Staat DDR, weil dieser Betrüger nur kurz im Gefängnis einsitzen musste. Er hatte eine reiche Tante im Westen, die ihn freigekauft hatte. Nun lebte er glücklich im Westen. Dieser Polizist hatte bei einer Autokontrolle den Betrug aufgedeckt. Er hatte bei meinem geklauten Auto festgestellt, dass die Motornummer nicht richtig eingeklebt war. Der Autobesitzer musste seinen Kaufvertrag vorlegen. Sie haben dann die Werkstatt des Betrügers durchsucht und dabei das Schild mit der Motornummer meines Autos gefunden. Dadurch kam der Betrug heraus. Über den Prozess wurde damals im Radio berichtet. Aber als das Westgeld floss, war der Betrüger frei. Darüber ärgerte sich der ehemalige Polizist fürchterlich.

Einige Jahre später hatte ich noch einmal so ein Erlebnis. Ich sah morgens aus meinem Badfenster. Wieder war ein Auto weg. Ich hatte am Tag davor vom ZingsthoF einen Wartburg-Kombi geholt, ein altes Auto, das verkauft werden sollte. Ich ging zur Polizei und wollte für das Diakonische Werk Anzeige erstatten. Die

Polizisten, die diese Anzeige aufnehmen sollten, redeten auf mich ein und fragten, ob ich wirklich Anzeige erstatten will. Das wollte ich. Denn, wie gesagt, ein altes Auto hatte einen Wert in der DDR. Schließlich nahmen sie die Anzeige auf. Als das erledigt war, sagten sie mir, dass das Auto bei ihnen auf dem Hof steht.

Es kam dann zu einem Prozess. Ein minderjähriger Junge wurde angeklagt. Er war durch eine Tür zu den Rücksitzen in das Auto eingestiegen. Als ich das Auto abstellte, hatte ich alle Türen kontrolliert. Der Heimleiter vom Zingsthof hatte mir nicht gesagt, dass sich bei der einen Tür, wenn man sie anfasst, die Sicherung löst und die Tür dann geöffnet werden kann. Der Junge hatte die Tür angefasst und geöffnet und war eingestiegen. Das Auto starten, konnte er aber nicht. Zwei Polizisten hatten das beobachtet und ihn festgenommen. Der Junge kam aus schwierigen Familienverhältnisse. Die Eltern waren beim Prozess anwesend und beschimpften ihren Sohn fürchterlich. Beide Eltern waren Alkoholiker. Der Junge war in einem Heim. Dort war er schon einige Zeit verschwunden. Der Heimleiter vermittelte den Eindruck, dass sie nicht wirklich nach ihm gesucht hatten. Der Junge war bei Bekannten untergekommen. Um ihnen für die Gastfreundschaft zu danken, war er in einen An- und Verkaufsladen eingebrochen und hatte mehrere Uhren geklaut. Der Verkaufsstellenleiter wurde vom Richter nach dem Wert der Uhren befragt. Er nannte Preise. Der Junge widersprach ihm und nannte genaue Preise, die wesentlich höher waren als die, die der Verkaufsstellenleiter gesagt hatte. Der Verkaufsstellenleiter konnte auch nicht sagen, ob weitere Sachen fehlten. Er schien keinen Überblick über seine Waren zu haben. Der Junge sagte, dass er nur das mitgenommen hat, was er brauchte und das waren die Uhren, seine Gastgeschenke. Am Tag vorher war er in einen Lebensmittel-Konsum eingebrochen, weil er Hunger hatte. Auch dort hatte er nur das genommen, was er für sein Essen brauchte. Bei diesem Einbruch war er geschnappt und der Polizei überstellt worden. Man hatte ihn wieder laufen lassen, ohne das Heim zu benachrichtigen. Der Junge wurde zu einer längeren Jugendstrafe verurteilt. Es war ein fürchterlicher Prozess, sehr ideologisch. Dem Jungen wurde unsozialistisches Verhalten vorgeworfen. Ich bedauerte meine Anzeige. Ohne meine Anzeige wäre es nicht zum Prozess gekommen. Vielleicht wollten das die Polizisten bei der Zeigenaufnahme verhindern.

## 1982

Besonders durch Aktivitäten für Menschen mit Behinderung und für Alkoholranke wurde der Umfang der Arbeit in den 1980er Jahren in der Geschäftsstelle unseres Diakonischen Werkes immer umfangreicher. Da wir nur drei Räume hatten, konnten nur begrenzt neue Mitarbeiter eingestellt werden. Darum suchten wir nach anderen Möglichkeiten, die Arbeit zu vereinfachen. Ich bestellte Anfang der 1980er Jahre Buchungsmaschinen. Das waren noch keine Computer. Die Bestellung wurde angenommen, aber die Lieferung sollte erst nach Jahren erfolgen. Von Kollegen aus dem Fernstudium hörte ich, dass in der Rostocker Neptunwerft Buchungsmaschinen ungenutzt stehen. Dort war man bei der Handbuchung geblieben. Ich fragte an und konnte vier Buchungsmaschinen kaufen. Die beiden großen diakonischen Einrichtungen in Züssow und Ducherow hatten auch Interesse an den Geräten. Ein Gerät kauften wir als Ersatz. Denn Ersatzteile bekam man nur schwer. Gebucht werden musste aber immer. So wurden aus dem überflüssigen Gerät die notwendigen Ersatzteile gewonnen. Mit einem Barkas fuhr ich zur Werft und bekam die Geräte. Abgestellt waren sie in mehreren Schuppen. Die Werft wirkte sehr schlecht organisiert. Überall hatte man kleine Buden an größere Gebäude angebaut. Die Werft hatte keine klare Struktur. Viel Gerümpel lag herum. Im Seminar für politische Ökonomie beim Fernstudium berichtete der Dozent von einer Untersuchung in der Werft zur Automatisierung. Nach der Statistik gab es eine Anzahl von Geräten mit Computereinsatz. Bei der Überprüfung konnte man aber kein solches Gerät entdecken.

Die Buchungsmaschinen waren für uns eine Erleichterung. Die Summen wurden automatisch wie bei Rechenmaschinen erhoben. Das war ein Fortschritt. Die Buchungsmaschinen machten großen Krach. Das war für die, die im gleichen Raum arbeiteten, nicht so erfreulich. 1987/88 haben wir uns dann auf Buchhaltung mit Computern umgestellt. Unter den Diakonischen Werken und ihren Treuhandstellen gab es heftige Diskussion darüber, ob wir diesen Schritt mit DDR- oder mit Westcomputern machen. Wir in Greifswald entschieden uns für Westcomputer. Sie waren besser und leistungsstärker. Auch die Ost-Computer hätten wir nur mit Westgeld bekommen.

„Vorige Nacht hatten wir Stromsperre, u. der Nachspeicherofen lud sich nicht auf. Da ist es doch gut, wenn

man auch noch Kachelöfen besitzt. ... Der Strom kam erst spät, der Kühlschrank war abgetaut, u. beim Gefrierschrank leuchtete dann lange die Alarmleuchte.– Im Keller stand 5-10 cm hoch das Wasser, weil die Pumpen beim Wasserwerk bei Stromausfall nicht arbeiten konnten. Ich schöpfte ca. 20 Eimer u. goß sie in den Garten. ... Auf dem Boden lagen Schneemassen. Ich trug eimerweise herunter, aber die Feuchtigkeit war schon nach unten (in unsere Wohnung) gedrungen, u. wir haben einige häßliche, braune Flecken mehr als vorher.“ (Brief meiner Frau vom 8. 1. 1982) Damals wurde unter den Dachziegeln keine Folie gespannt. Bei starkem Wind kam der feine Schnee dann bis auf den Dachboden.

Wenn man was durch Handwerker in der Wohnung machen lassen wollte, hatte man nur selten eine Chance, eine Firma für diese Arbeiten zu gewinnen. Meistens musste man Handwerker nehmen, die die Arbeit in ihrer Freizeit machten. „Der Maler ist schon die ganze Woche hier. Uns war wohl nicht so ganz klar, was wir uns da aufgeladen haben. Er arbeitet sehr gut, aber täglich nur einige Stunden neben seiner Schichtarbeit. Das Kinderzimmer u. die Küche mußten wir fast ganz ausräumen. Du kannst Dir denken, wie vollgestopft dafür nun die anderen Räume sind. Übers Wochenende arbeitet er nicht, an sich schon eine gesunde Einstellung. Da ist er für seine Familie da. Montag kommt er erst wieder u. wird noch die ganze zweite Woche zu tun haben. ... Der kommt morgens zu 6:00, um 10:00 hört er auf. So stehen wir immer um 1/2 6 auf.“ (Brief meiner Frau vom 19. 3. 1982) „Mit dem Maler wurden wir nach 1 1/2 Wochen fertig. Aber die Küche müssen wir gleich noch einmal nachstreichen, ebenso eine Tür. Vielleicht sind die Farben so schlecht.“ (etwas später im März 1982) Diese Feierabendtätigkeit konnte nicht beanstandet werden. Es gab für sie keine vertragliche Grundlage.

Im Sommer 1982 wurde meine Frau in der Uniklinik operiert. Die Sanitäreanlagen der Klinik waren museumsreif. „An den Wochentagen bildet der Abstieg ins Fürstenbad das angenehmste Tagesereignis. Im Keller befindet sich ein Raum mit uralten Sitzbadewannen, die an den Sitzflächen schon so abgenutzt sind, daß der schwarz-rostige gußeiserne Untergrund bloßliegt. Nur die oberen Ränder sind emaille-weiß. Aber herrlich ist es trotzdem. ... Die sanitären u. baulichen Gegebenheiten sind mehr als armselig. Man hat alles Geld in den Bau des neuen Klinikums in Schönwalde draußen gesteckt, u. nun ist das Objekt gestoppt, kein Geld. Für diese Operiertenstation mit 25 Betten existiert ein einziges baufälliges Patienten klo. Obwohl im Moment nicht alle Betten belegt sind, sieht man nicht selten verzerrte Gesichter, die es kaum noch erwarten können, bis sie drankommen, wenn besetzt ist. ... Abends fliegen hier auf den Fluren die Fledermäuse. Sie schwirren einem über den Kopf, halten aber die Distanz ein. Es gibt oft Gejuchze, obwohl sie noch niemand was taten.“ (Brief meiner Frau vom 29. 8. 1982)

## 1983

„Großen Ärger haben wir mit der Gebäudewirtschaft, endlose Laufereien, Termine zur Besichtigung u. niemand erscheint usw. Jetzt haben wir zwei schriftliche Beschwerden losgelassen, doch wird's nicht viel nützen. Unser Gasboiler ist nicht mehr reparierbar u. auch nicht zulässig, weil kein Abzug (Erstickungsgefahr, bereits tödliche Unfälle damit). Man sperrte ihn. Nun geht es um einen anderen Ersatz. Der Strom ist so knapp, daß man keinen Elektroboiler geben will. Mindestens 1 Jahr Wartezeit. Meine Mutti hat auf unsere Kosten einen in Rostock gekauft (80 l, 700,-). Hoffentlich baut uns den jemand an. Genehmigt kriegen wir nur einen 5-l-Boiler. Und ich mache so gerne Wechselduschen, es ist gut für meinen Kreislauf.– Die Leute im Haus haben sich auch alle selbst was anbauen lassen. Man nimmt es eben mit, falls man auszieht. Der Ärger mit der Gebäudewirtschaft ist fürchterlich.“ (Brief meiner Frau vom 14. 11. 1983)

Zusammen mit einem Juristen des Konsistoriums habe ich einen Beratungsdienst angeboten. Auf kleinen Schildern haben wir ihn in Kirchen bekannt gemacht. Zwei Stunden in der Woche wartete einer von uns auf Kundschaft. Es kamen nicht viele Menschen. Vor allem kamen Leute, die in den Westen ausreisen wollten. Dabei war ich nicht immer sicher, ob es wirklich Menschen mit Ausreiseantrag oder ob sie von der Stasi zu unserer Überprüfung geschickt waren. Einmal fragte mich so eine Frau, ob sie zur Wahl gehen solle. Sie sei eigentlich nicht gegen die DDR-Politik. Ich habe ihr gesagt, dass sie das selbst entscheiden müsse. Ihr Mann war angeblich bei einem Besuch bei seiner Mutter im Westen geblieben. Sie hätte bisher drei Anträge zur Ausreise gestellt, die immer abgelehnt worden waren. So erzählte sie, aber war es auch so? Das wusste ich damals nicht und konnte es nicht überprüfen.

Oder es kam einmal ein Amerikaner. Er war ein junger Wissenschaftler und nahm an der Sommeruniversität in Greifswald teil. Die DDR hatte ihn eingeladen, ihm auch die Reise bezahlt. Er fragte mich, ob es sein kann, dass er beschattet wird. Er habe den Eindruck, dass ihm immer einer folgt. Ich bestätigte ihm, dass das sein kann. Er wollte sehen, dass er bald ausreisen kann. Als wir 1989 die Stasi besetzten, fanden wir dort viele Vorlesungsverzeichnisse von westlichen Universitäten. Zu den besonderen Aufgaben der Greifswalder Stasi gehörte die Anwerbung von westlichen Wissenschaftlern.

Weil zu diesem Beratungsangebot Ausreiseleute kamen, bat ich das Diakonische Werk in Hamburg bei einem Besuch um Kontakte mit ehemaligen DDR-Bürgern, die jetzt in Hamburg leben. Sie hatten zunächst keinen guten Einfall. Schließlich führten sie mich in ein Obdachlosenheim. Dort waren mehrere ehemalige DDR-Bürger, die mit dem Leben im Westen nicht klar kamen. Bei diesen Gesprächen wurde mir deutlich, wie anders das Leben in einer demokratischen freien kapitalistischen Gesellschaft ist. Hier konnte man abrutschen und keinen interessiert es. Bei den Sozialdiensten erfuhr ich, dass sie die Menschen nicht aufsuchen, sondern der Hilfebedürftige muss zu ihnen kommen und einen Antrag stellen. Unsere Sozialarbeiter gingen zu den Menschen. Sie warteten nicht in ihrem Büro bis einer kommt. Unsere AGAS-Leute, die Angebote für Alkoholranke und ihre Angehörigen machten, hatten kein Sprechzimmer. Sie gingen in die Wohnungen der Betroffenen. Es kam vor, dass sie Betrunkene vom Straßenrand aufsammelten und mitnahmen.

Ab und an beteiligten wir uns an der politischen Diskussion mit Eingaben. Am 29. Dezember 1983 schrieben wir an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker: „Mit Bestürzung verfolgen wir die neue Runde des Wettrüstens in Ost und West. Die Stationierung der vielen Raketen in Europa bringt für keine Seite nach unserem Eindruck mehr Sicherheit. Die einzige Chance für unser Volk sehen wir in einem militärischen Gleichgewicht der NATO und des Warschauer Paktes auf möglichst niedrigem Niveau. Zu erreichen ist dies nur in langwierigen Verhandlungen. Wir möchten Sie, verehrter Herr Staatsratsvorsitzender, darum bitten, ihren Einfluß geltend zu machen, daß die Sowjetunion an den Verhandlungstisch in Genf zurückkehrt. Die Weiterführung der Abrüstungsverhandlungen bis zur Erreichung eines positiven Ergebnisses kann nach unserer Meinung allein den Frieden sichern. Beschleunigte Aufrüstung führt unsere Welt angesichts vieler Probleme (u.a. Weltarmut, Umweltverschmutzung, Energieversorgung, internationale Konflikte z.B. im Nahen Osten) immer weiter an den Rand der Katastrophe. Das Wagnis des Vertrauens auf den konstruktiven Willen des anderen Verhandlungspartners muß von uns begonnen werden. Wir sind der Hoffnung, daß dieses Risiko geringer ist, als wenn die Rüstungsspirale bis an einen Punkt gedreht wird, wo nicht mehr politische Entscheidung über den Einsatz von Raketen und damit über Krieg und Frieden fallen kann. Wir möchten Sie darum bitten zu veranlassen, daß die Aufstellung von Raketen auf dem Territorium der DDR gestoppt wird.“

## 1984

Wirtschaftlich kam die DDR nicht auf die Beine. Man spürte das an vielen kleinen Dingen. In unserer Straße war eine private kleine Mosterei. Dorthin brachten wir unser Obst zum Mosten. Gegen geringe Bezahlung bekamen wir guten Saft in Flaschen. 1984 konnte uns die Mosterei nicht einmal zwei Wassereimer mit Äpfeln abnehmen. „Offenbar hat die Mosterei von ‚oben‘ irgendwelche Aufträge bekommen, die sie durchführen müssen. Die Großküchen, auch Hinrichs Heime, kriegen Prämien, wenn sie mosten lassen und selbst einwecken. Die Mosterei mußte in einer Woche 5 Tonnen zusätzlich abnehmen.“ (Brief meiner Frau vom 23. 10. 1984) Durch diese Prämie für die Heime sollte die Versorgung der Bevölkerung verbessert werden. Aber da die Mostereien ihre Kapazität nicht erhöhen konnten, wurde das Obst der vielen Gartenbesitzer nicht gemostet. Und wieder wurde ein Ziel nicht erreicht. Mit der Versorgung der Bevölkerung klappte es vorne und hinten nicht. In Geschäften wurde Obst und Gemüse von Gartenbesitzern aufgekauft. Die Aufkaufpreise waren höher als die Verkaufspreise. Die Verkaufspreise wurden vom Staat subventioniert. Einmal hörten wir, dass sich Kinder daraus ein gutes Geschäft gemacht haben. Sie kauften in einem Laden Obst und verkaufen es in einem anderen Laden. Das taten sie einige Male und hatten guten Gewinn. Dieses unsozialistische Handeln kam aber heraus und sie wurden bestraft.

„Letzten Freitag hatte Hinrich Studenttag in Rostock. Er fuhr in seinem eigenen Auto und nahm uns drei mit.

... Zu essen war nichts Richtiges zu kriegen. Sogar bei den Buden wurden die Broilerbeine vor uns alle. ... Unser Auto hatten wir in der Nähe von der Hartenstr. Dort ging ich auch zum Shop (*Intershop*) kaufte Nutella, Kaubonbons und Treets und damit machten wir es uns dann im Auto gemütlich.“ (ebenda)

Diese ständige Mangelwirtschaft führte dazu, dass man kaufte, wenn man etwas Interessantes sah. Es konnte sein, dass man es selbst überhaupt nicht brauchte. Aber es konnte sein, dass ein anderer es brauchte und der andere etwas hatte, was man selbst suchte. So gab es neben dem staatlichen Handel einen Tauschhandel der Bevölkerung. Wir kamen so zu unserem Klavier. In eine Annonce schrieben wir: Suche Klavier, biete Bronzefigur Wasserträgerin. Wir bekamen mehrere Angebote und konnten sogar unsere Wasserträgerin behalten. Auch bei meinem Fernstudium wurde gehandelt. Einer war beschäftigt beim Großhandel mit Schuhen. Die Kommilitonen sagten ihm, an welchen Schuhen in welcher Größe sie interessiert waren. Wenn entsprechende Schuhe in den Großhandel kamen, brachte er sie zum nächsten Studientag mit. Viele Sachen kamen so erst gar nicht in den Laden. Und manche Ware, die in den Laden kam, konnte man nicht sehen, weil sie unter dem Ladentisch abgestellt und nur für die gute Kundschaft bestimmt war. Diese „Bückware“ war manchmal für den Verkäufer auch eine Tauschware. Wenn man dann etwas erstanden hatte, nachdem man schon seit einiger Zeit gejagt hatte, war die Freude groß. Einkaufen war damals ein Erlebnis. Was man einkaufte, war nicht nur eine Frage des Geldbeutels. Als ich einmal unter den Linden in Berlin war, kamen mir mehrere Leute mit Auspuffrohren für Autos entgegen. Ich brauchte noch keinen neuen Auspuff. Aber ich ließ mir sagen, wo man ihn bekommt und kaufte ihn.

Als Studenten machten wir uns mal den Spaß und bildeten lange vor der Eröffnung eine Schlange an einem Kaufhaus. Sofort stellten sich weitere Leute an, ohne etwas zu sagen. Wenn sich so früh eine Schlange bildete, wusste normalerweise einer, dass es hier etwas Seltenes gibt. Dann ist es gut, dass man dabei ist, also stellt man sich auch an. Nach einiger Zeit verdrückten wir uns. Erst dann fragten sich die Wartenden, was es hier geben soll. Da es keiner wusste, gaben sie auch auf.

Einmal hatte ich keinen guten Einfall, was ich meiner Frau zum Geburtstag schenken konnte. Das Angebot in den Geschäften war schlecht. Auf nette Sachen stieß man oft nur zufällig. So schenkte ich ihr einen Bestellschein für eine Tiefkühltruhe. So eine Truhe wollten wir gerne haben. Wenn man sie haben wollte, musste man sie bestellen und jahrelang auf die Lieferung warten. Bei der Bestellung sollte ich die Briefmarke für die Benachrichtigung bezahlen. Ich fragte die Verkäuferin, ob sie denn wüsste, wann die Lieferung sein wird und ob dann das Porto für eine Postkarte den gleichen Preis hat. Darauf wurden mir auch diese Kosten von 10 Pfennig erlassen. Es war also ein gutes Geschenk aus der Sicht meines Geldbeutels. Irgendwann viele Jahre später bekamen wir eine Postkarte mit dem Hinweis, dass wir einen Gegenstand mit einer bestimmten Nummer jetzt erwerben können. Wir konnten uns nicht erinnern, was das denn sein sollte. Im Geschäft stellten wir dann zu unserer Freude fest, dass wir jetzt die Tiefkühltruhe kaufen können. Allerdings hatten wir uns inzwischen einen kleinen Tiefkühlschrank besorgt. Aber die Truhe nahmen wir trotzdem gerne. Wenn man in der DDR abwechslungsreich essen wollte, musste man Vorratswirtschaft betreiben. Meine Frau war auch gut im Einfrieren von Früchten, die man im Sommer bekam und im Winter gerne genoss.

## 1986

Zuhause hatten wir kein Telefon. Den ersten Antrag hatten wir gleich nach unserem Einzug im Jahr 1979 gestellt. Besonders wegen meiner Zuständigkeit für Heime, war meine Erreichbarkeit wichtig. In der DDR einen Telefonanschluss zu bekommen, war sehr schwierig. Als Bürger ohne besondere Funktion hatte man kaum eine Chance. „Wegen unseres Telefonanschlusses hatte ich ein deftiges Gespräch. Mein Eindruck ist, daß sie unseren Antrag nicht ernst genommen hatten (d.h. nicht als dringend behandelt). Im Gespräch ist ihnen deutlich geworden, daß ich von meiner Funktion her einen Anschluß bekommen muß. Darum wurden dann ernsthaft Überlegungen angestellt. Allerdings wollten sie dabei natürlich nicht zugeben, daß sie ihn nicht schon dringlich betrachtet haben. Der Amtsleiter meinte, daß man bei entsprechenden staatlichen Funktionen auch einen Wohnwechsel betreibt, wenn an der Stelle kein Telefonanschluß möglich ist. Ich denke, daß ich einen Wohnungswechsel beantragen sollte. Mein Eindruck ist, daß sie diesen Beweis der Wichtigkeit des Anschlusses noch brauchen und daß wir dann auch in der Marienstr. eine Chance auf Anschluß haben. Anschlüsse sind angeblich schaffbar im Rekogebiet und in Schönwalde 1 und 2. Im

Ostseevierviertel gibt es noch gar keine Möglichkeiten. Die Voraussetzungen für Telefonanschlüsse werden in einem neuen Wohngebiet in der Regel erst 2-3 Jahre nach Fertigstellung geschaffen! Arme Planung!“ (Brief vom 5. 4. 1986) Mit einem Telefonanschluss klappte es bis zum Ende der DDR nicht trotz aller Bemühungen.

Ein großes Problem war in den 1980er Jahren der Mitarbeitermangel. „Z.Z. gibt es wieder einen größeren Mitarbeitermangel. Wir haben kaum noch Bewerbungen. Die Schwankungen in den letzten Jahren waren extrem. Die eigentlichen Ursachen durchschaut keiner. Eine gewisse Rolle spielt die Auswanderung. Aber das kann längst nicht die ganze Lücke ausmachen. Ob der Alkoholismus jetzt seine sichtbaren Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterläßt? Daß die menschlichen Opfer zunehmen, merken wir in unserer Arbeit sehr. In Greifswald machen wir dazu darum eine Aufklärungsaktion.“ (Brief vom 19. 10. 1986) Ich schrieb dazu in der Kirchenzeitung einen Artikel mit der Überschrift „Alkoholismus in Greifswald“. Dieser Artikel wurde von der staatlichen Zensur nicht akzeptiert. Er sollte nicht gedruckt werden. Der Chefredakteur der Kirchenzeitung gab zu verstehen, dass sie den Artikel nicht herausnehmen. Wenn dann die Zeitung verboten wird, wird man erklären, warum es dazu kam. Das wäre dann noch bessere Öffentlichkeit für dieses Problem. Denn so ein Verbot wäre ein Thema in Ost und West. Daraufhin konnte der Artikel bleiben und die Zeitung erscheinen.

Bei einer Westreise nach der Nuklearkatastrophe in Tschernobyl am 26. April 1986 belächelten wir die ängstlichen Westler. Sie aßen dies und jenes nicht, weil es vielleicht durch die Katastrophe verseucht sein konnte. Das fanden wir damals übertrieben. Die DDR-Presse hatte von keinen Gefahren berichtet und das hatten wir wohl auch verinnerlicht. Die Wessis waren überhaupt empfindlich und machten sich manche unnützen Gedanken, so war damals unsere Meinung. Als dann aber einige Zeit später ein russisches Flugzeug fast über dem Atomkraftwerk in Lubmin abgestürzt, machten wir uns mehr Gedanken. Das Flugzeug war in Peenemünde gestartet, über das Atomkraftwerk geflogen und auf einem Acker bei Kemnitz abgestürzt. Nach dem Unfall in Tschernobyl hatte man uns gesagt, so etwas kann in Lubmin nicht passieren. Jetzt wäre es fast passiert. Nach diesem Absturz wurde die Flugroute für die Militärflieger verändert. Sie durften nicht mehr über das KKW fliegen. Der Mann von einer Kollegin arbeitete im Kernkraftwerk. Sie erzählte mir, dass einmal im Auslaufkanal plötzlich alle Fische tot waren. Das ließ schon Fragen aufkommen. Aber richtige Antworten gab es nicht. Manche Probleme verdrängten wir. Man konnte es nicht ändern und resignierte. So erhalten Diktaturen ihre Macht.

## 1987

„Für die Alkoholikerfürsorge haben wir jetzt 5 Mitarbeiter. Das ist für unsere kleine Landeskirche eine ganze Menge. Aber wenn man die viele Not sieht, ist es immer noch nicht genug. 19 Gruppen treffen sich inzwischen regelmäßig. Selten sitzen weniger als 40 Menschen zusammen. Jetzt durch die Amnestie kommt zusätzliche Arbeit.“ (Brief vom 22. 11. 1987)

Erschreckend war die Situation im Greifswalder Bethlehemstift. Für Kinder bis zum 3. Lebensjahr war das Gesundheitsministerium, nicht das Volksbildungsministerium zuständig. Erzieherischen Einfluss konnte man nach Meinung der DDR-Offiziellen erst ab dem 4. Lebensjahr ausüben. Darum durfte die Diakonie Säuglingsheime führen. Als ich bei der Diakonie 1979 begann, waren im Bethlehemstift 25 Kleinkinder in der Wochenkrippe und 15 im Dauerheim. Die Eltern der Kinder in der Wochenkrippe waren vor allem Studenten. Sie gaben ihre Kinder am Montag früh ab und holten sie wieder am Freitagnachmittag. Die Kinder im Dauerheim kamen in der Regel aus Familien, denen die Kinder vom Jugendamt entzogen oder die von den Eltern nach der Geburt abgegeben wurden. Mitte der 1980er Jahre bekamen wir die ersten Säuglinge, die durch die Alkoholkrankheit ihrer Mutter geschädigt waren. 1988 fragte uns die Stadtverwaltung, ob wir ein zweites Säuglingsheim aufmachen können. Die Zahl der Familien, die ihre Kleinkinder nicht versorgen konnten, hatte dramatisch zugenommen. Die Wochenkrippe war schon geschlossen. Wir hatten 45 Kinder im Dauerheim. Immer mehr Kinder wurden mit einer Alkoholkrankheit geboren. Es gab damals eine gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern der Stadt, die für Heimaufnahmen und Adoptionen zuständig waren. Unsere Heimleiterin gehörte zu dem Ausschuss, in dem die Entscheidungen zur Adoption fielen. Zu einem Erweiterungsbau kam es nicht, weil die DDR ihrem Ende zuing.



## 10 Jahre Zuchthaus

1947

Magdalene Friczewski wurde am 16. Oktober 1898 in Haffstrom, Landkreis Königsberg/Ostpreußen geboren. Ihr Vater Franz-Wilhelm Friczewski war von 1897 bis 1932 Pfarrer in Haffstrom. Sein Vater war Baumeister. Er starb mit 46 Jahren an einer Lungenentzündung. Seine Frau war nach seinem Tod mittellos und musste als Dienstmagd bei Verwandten in der Landwirtschaft arbeiten. Sie war „aus Gnaden aufgenommen“, schrieb Magdalenes Schwester Wanda in ihren Erinnerungen. Sie musste um jeden Pfennig betteln. Sie starb als Franz-Wilhelm 17 Jahre alt war. Er kam als guter Schüler in das Königliche Waisenhaus in Königsberg. Er studierte dort Theologie. Für das Studium musste er sich Geld leihen, das er bis in die ersten Ehejahre abzahlte. Er heiratete am 30. August 1895.



1907 in Haffstrom, Magdalene rechts

Magdalene hatte zwei Brüder und eine Schwester. Ihre Schwester ist meine Mutter. Haffstrom war das Kinderparadies von Magdalene und ihren Geschwistern, ein kleines Dorf (1910: 190 Einwohner) am Frischen Haff mit einer Ordenskirche aus dem Jahr 1350. Heute gibt es das Dorf nicht mehr. Ein Teil des Dorfes ist zu einer ausgebaggerten Kiesgrube geworden. Von Gebäuden ist nichts mehr zu sehen.

Den ersten Schulunterricht erteilte die Mutter ihren Kindern, später ein Lehrer. Ab der 6. Klasse besuchten die Mädchen das Frankenbergsche Privatlyzeum in Königsberg. Magdalene schloss mit der Mittleren Reife ab, ebenso wie ihre Schwester. Sie wohnten in einer Pension. Sie lernte Krankenschwester an der Universitätsklinik in Königsberg und besuchte anschließend die Soziale Frauenfachschule in Mitgethe bei Königsberg.



Magdalene arbeitete als Fürsorgerin in Königsberg. Im Krieg erlebte sie dort die verheerenden Bombenangriffe auf die Stadt. In den letzten Kriegsmonaten arbeitete sie in einer sogenannten Großauffangstelle, eine Anlaufstelle für zivile Opfer des Krieges. In ihrem Brief vom 27./29. August 1944 an ihre Schwester beschrieb sie zwei Bombenangriffe: „Am 29. 8. 44. Jetzt am Dienstag morgen schreibe ich weiter. Es ist 5 ½ Uhr, schlafen kann ich nicht mehr. Man beschäftigt sich doch immer mit den Erlebnissen von gestern. Ich fuhr gestern durch einen Teil meines Bezirkes als ich nach ... fuhr. Dieser Teil sieht schlimm aus. Hauptsächlich haben sie Brandbomben geworfen. ... Es ist eine ungeheure Zahl Obdachloser, die z.Zt.

hauptsächlich in den Außenbezirken u. an der See untergebracht sind. Heute und morgen gehen Transporte von Müttern mit Kindern nach dem Kreis Heilsberg. Unsere Mutter wurde auch gefragt. Es sind wohl Massenquartiere in Schulen und Scheunen.“ Ihre Mutter blieb in Königsberg.

Deutlich schreiben!

**Lebenszeichen von** Frizzenstein, Magdalena  
(Zuname) (Vorname)

**aus** Königsberg (P) Königsberg  
(Ortsangabe) (Straße)

Datum: 27. 8. 44 (Inhalt zugelassen höchstens 10 Worte Klartext)

mir sind keine gefahren, mit  
 größere keine Probleme.  
 Magdalena

31409 42 5 D

Nach Bombenangriffen warteten die Angehörigen auf dieses Lebenszeichen, das schnell von der Post befördert wurde.

Und am 5. September 1944 heißt es in einem Brief von Magdalene: „Ich arbeite seit Mittwoch in einer Großaufnahme stelle in Ling. ... Wir haben da viel Schreckliches gehört, und verschüttete Menschen erlebt. Ein Mann z.B. hier in Ling war allein in der Wohnung. Frau und Kinder waren im Erdunker vor dem Haus. Er lebt, Frau u. Kinder tot, ein Treffer verschüttete den Eingang. Der Mann war völlig verstört, als er hereinkam, dachte ich, er sei ein Blinder. Das Schlimmste haben wohl die Leute in Löbenicht und Könighof (?) erlebt. Sie werfen so viel Brandbomben, daß die ganzen Straßen sofort ein Flammenmeer

waren. Es wird gesagt, der Feind habe eine neue Waffe hier angewandt, 14 gebündelte Brandbomben werden auf einmal abgeworfen. Die ganze Innenstadt war ein Flammenmeer. Der ganze Angriff dauerte 1 Stunde (der Alarm natürlich noch länger). Entwarnung war nicht, da die Sirenen kaputt gegangen waren.“

Ihre Mutter verließ Königsberg erst im November 1944. Im Oktober war ihre Schwiegertochter zusammen mit ihren Söhnen zu entfernten Verwandten nach Oberlind/Thüringen gefahren, heute ein Stadtteil von Sonneberg. Ihre Mutter folgte dorthin. In Ostpreußen war in den letzten Kriegsmonaten die Verpflegung besser als im restlichen Reichsgebiet. Darum kam eine Gans mit nach Oberlind. Allerdings waren die Preise auch in Ostpreußen gestiegen. Die Gans kostete 40 RM, für den Weihnachtsbraten 1941 hatte sie nur 14,95 RM gezahlt. Alle Ausgaben notierte sie genau in einem Kontobuch.

Aus Ostpreußen kam Magdalene Ende Januar 1945 als Begleiterin eines Transportes mit kranken Frauen. Magdalene fuhr zu ihrer Mutter und Schwägerin nach Oberlind. Für alle dort war es eine sehr schwere Zeit. Essen war knapp und musste oft hart erarbeitet und teuer gekauft werden. Im Wald wurden Pilze und Blaubeeren gesammelt, auf den abgeernteten Feldern Kartoffeln, Mohrrüben gesammelt und Kornähren gestoppelt. Im Winter fehlte Brennmaterial zum Kochen und Heizen. Die Schwägerin bekam für ihre Familie eine geringe finanzielle Unterstützung. Zeitweise arbeitete sie für Einheimische als Haushaltshilfe und verdiente sich so etwas Geld, hatte dann aber wenig Zeit für die Kinder. Auch war es für sie nicht einfach zu sehen, wie die Einheimischen nach dem Krieg schön in ihren unbeschädigten Wohnungen lebten. Die

Flüchtlingsfamilie hatte alles verloren. An die ersparten Guthaben auf der Bank in Königsberg kamen sie nicht heran. In Königsberg ging es ihnen gut. Jetzt waren sie die armen Ausgestoßenen, die für wenig Geld als Dienstmagd arbeiten mussten.

In einer Tagebucheintragung vom 9. September 1945 heißt es: „Malene ist in dieser Woche zu Wanda (ihrer Schwester) nach Mecklenburg gefahren. Einerseits um sie zu besuchen, aber auch um zu versuchen, dort für uns eine andere Unterkunft zu finden, denn hier sieht die Sache mit der Ernährung recht finster aus. Mit Kartoffeln hapert es nach wie vor. Fleisch bleibt bei 100 g pro Woche, Fett kommt auch nur sehr schwer, Quark und Käse gar nicht. Gestern habe ich seit April das erste Stück Seife bekommen.“ Mit einem Umzug nach Mecklenburg klappte es nicht.

Magdalene bekommt schließlich eine Arbeitsstelle im Gesundheitsamt in Quedlinburg. Mit ihrer Mutter zieht sie dorthin. Allerdings ist die Mutter alt und krank und kann deshalb erst später nachkommen. Am 18. Januar 1946 beginnt Magdalene ihre Arbeit dort. Am 27. März 1946 heißt es im Tagebuch der Schwiegertochter: „Großmutter leider sehr krank, nach dem Unfall und Krankenhausaufenthalt leider jetzt eine Rippenfellentzündung, dazu Herzmuskelschwäche. Sie ist sehr elend und matt. Braucht gute Pflege, die man ihr leider nicht geben kann. Bin 1 mal wöchentlich und am Sonntag mit den Kindern bei ihr. Sie wollte Ostern zu Magdalene, was nun leider nicht geht.“

Am 27. August 1946 schrieb Schwester Wanda aus Mecklenburg: „Ich hatte Mutter 2 Jahre lang nicht mehr gesehen und fand sie nun sehr sehr elend zu Bett liegend an. Sie steht nun wieder am Nachmittag einige Stunden auf, zwingt sich aber nicht, sich allein an- und auszuziehen. Sie ist immer sehr müde u. schläft viel.“ Im August kann die Mutter nach Quedlinburg zu Magdalene ziehen. Sie wurde bei der Eisenbahnfahrt von einer Rot Kreuz Schwester begleitet.

In der Nacht vom 7. (Ostermontag) zum 8. April 1947 wurde die Wohnung von Magdalene und ihrer Mutter von sowjetischen Soldaten durchsucht und Magdalene wurde verhaftet. Auch ihre Kollegen der Sachse Heinz Müller (Jahrgang 1915) und die Ostpreußin Elisabeth Naujoks (Jahrgang 1923) wurden von Russen mitgenommen. Magdalenes Bruder Martin hatte ihr aus der englischen Zone ein Schreiben zum Einmarsch der Sowjetarmee in Königsberg geschickt. Dabei wurden wohl Übergriffe der sowjetischen Soldaten auf die Zivilbevölkerung geschildert. Das galt als antisowjetische Hetze. Magdalene hatte das Schreiben ihren Kollegen zum Lesen gegeben. Frau Naujoks hatte es mit mehreren Durchschriften abgeschrieben. Magdalene und Herr Müller wurden am 15. Juli 1947 durch das sowjetische Militärtribunal der Provinz Sachsen zu 10 Jahren Besserungsarbeitslager verurteilt. Frau Naujoks war krank und wurde deshalb erst am 14. Oktober 1947 ebenfalls zu 10 Jahren verurteilt. Nach der Verurteilung kam Magdalene in ein „Speziallager“, dem ehemaligen KZ Sachsenhausen.

Aus der heutigen Sicht eines ehemaligen DDR-Bürgers war das politisch naiv, was Bruder Martin und Magdalene und die anderen taten. In einem Brief aus dem Westen, der durch die Zensur gehen konnte, so einen Bericht zu schicken, das war in der Zeit der sowjetischen Herrschaft immer gefährlich. Und ihn dann in der Dienststelle abschreiben zu lassen und zu verteilen, das war mit sehr hohem Risiko verbunden. Die Spitzeltätigkeit hatte in der sowjetischen Besatzungszeit und in der DDR immer Hochkonjunktur. Aber was wusste der Normalbürger 1947 über diese Gefahren? Die offizielle Propaganda besonders der SED in dieser Zeit war, dass Demokratie aufgebaut wird und dass man sich dabei einbringen kann. Vielleicht dachten die Beteiligten, dass man jetzt nach der Hitlerdiktatur endlich wieder frei reden kann.

Mitte der 1980er Jahre gab es im DDR-Fernsehen eine Kabarettssendung, in der über manches in der DDR hergezogen wurde. Ein Leiter einer diakonischen Einrichtung in Vorpommern dachte, jetzt kann man alles aussprechen, was man für richtig hält. In einem Brief in den Westen kritisierte er wohl ziemlich drastisch Honecker und seine Spitzengenossen, weil sie nicht einmal Schokoladenostereier für die Kinder ihres Landes anbieten konnten. Dieser Brief wurde ihm nach einem Verkehrsunfall zum Verhängnis. Bei dem Unfall wurde eine Frau getötet. Die Verkehrspolizei bescheinigte ihm, dass ihn keine Schuld traf. Aber einige Wochen später bekam er eine Vorladung zu einem Gerichtstermin. Sein Anwalt, ein SED-Genosse, fand bei der Einsicht in die Akten seinen Westbrief und sagte ihm, wenn der Prozess ins Politische abrutscht, könne er, der SED-Genosse, nichts für ihn tun. Der Heimleiter wurde zu einem Jahr auf Bewährung verurteilt. Das

war zu einer Zeit, als die DDR ihrem Ende zuging. In der Stalinzeit hätte man dafür eine lange Haftstrafe bekommen können.

Am 25. März 1996 wurden Magdalene und ihre beiden Arbeitskollegen aus Quedlinburg rehabilitiert. Sie erlebten das nicht mehr. Magdalene war schon 1975 verstorben. In einem Gutachten von diesem Tag heißt es: „In Übereinstimmung mit § a Artikel 5 des Gesetzes der Russischen Föderation ‚Über die Rehabilitierung der Opfer der politischen Repression‘ vom 18. Oktober 1991 sind die Taten von Müller Heinz, Naujoks Elisabeth und Friczewski Magdalina keine gesellschaftliche Gefahr gewesen. Unabhängig von der tatsächlichen Stichhaltigkeit der Anklage kann nichts Verbrecherisches erkannt werden, und deshalb unterliegen alle angegebenen Personen der Rehabilitierung.“

Die Nachricht, dass Magdalene verhaftet wurde, kam zu uns nach Parkentin. Drei Telegramme ließ meine Großmutter an ihre Tochter Wanda nach Parkentin schicken. Nicht alle kamen an. Die Zensur beschlagnahmte ein Telegramm und verzögerte die Ankunft der anderen. Großmutter bat in den Telegrammen um einen Besuch von Tochter Wanda. Zunächst hatte Wanda ihrer Mutter mit einem Telegramm abgesagt. Sie hatte eine schmerzhaft Nagelbettentzündung und fühlte sich nicht wohl. Das Reisen war damals kein Vergnügen. Auch waren die Menschen in der Nachkriegszeit so mit sich und dem täglichen Einerlei voll ausgelastet und hatten für nichts anderes Zeit.

Am 15. April 1947 schrieb Großmutter an ihre Geschwister: „M. ist seit 7.4. morgens in der Frühe weg u. noch nicht zurück. Bitte schreibt es auch den anderen, ich mag es nicht schreiben. Mir geht es recht schlecht, ich habe tagelang zu Bett gelegen, esse nur Schleimsuppen morgens, mittags u. abends, wovon mir schon ganz übel ist. ... Ich habe Wanda gebeten (telegrafisch) herzukommen, um mit ihr viel zu besprechen u. hoffe, sie kommt auch.“

Am 8. April wurde Magdalene verhaftet. Die Hilferufe an Tochter Wanda gingen sofort auf den Weg. Am 15. April hat sie immer noch keine Antwort von der Tochter. Das Telegramm von Wanda kam erst am 25. April in Quedlinburg an, 17 Tage nach der Verhaftung - eine schlimme Zeit für sie. An diesem Tag schrieb sie an ihre Tochter: „Es ist mir sehr traurig, daß Du, Wandachen, nach Deinem heutigen Telegramm nicht kommen kannst. 3 Telegramme schickte ich an Euch. Die ersten bekam Ihr wohl gar nicht. Ich hoffte sehr, Du würdest kommen, um mir in meinem großen Kummer u. meinen Sorgen um Malenchen etwas beizustehen u. mich zu trösten. Ich brauche nur eine Aussprache von wenigen Tagen, um mich etwas zu beruhigen. M. ist seit dem 8.4. früh weg und nicht mehr zurückgekommen. In der Nacht wurde bei uns Hausdurchsuchung gehalten, aber nur unter Papieren u. am Schluß M. mitgenommen u. noch ist sie nicht zurück. Ihr könnt Euch meine Aufregung u. Unruhe denken u. da brauchte ich so nötig von Dir etwas Trost. Nun muß ich mich allein zurecht finden, wenn es auch recht schwer ist. Mit meinem Magen ist es durch die Aufregung schlimmer geworden, ich bin sehr elend u. matt geworden u. wenn ich auf bin, kann ich nur mit großer Mühe an Thereses (*Therese hat ihren Haushalt geführt und sie gepflegt. Sie war aus Ostpreußen mitgekommen.*) Arm durch die Stube gehen. Ich habe sehr starken Durchfall gehabt u. esse immer weniger. (Schleimsuppen dazu morgens u. abends dicken Brei von Kartoffelmehl ...) u. mittags noch ... Aber mittags esse ich seit einiger Zeit außer der Schleimsuppe noch Kartoffelbrei u. gekochten ... od. ähnliches dazu. Heute esse ich sogar Fleischsuppe mit Nudeln u. zerquetschten Kartoffeln. Das ist mir schon so furchtbar über. Dein Brief vom Sonntag nach Ostern kam an. Der ... ging vorgestern ab. Schreibe mir bald. Innige Grüße von Mutter.“

Am nächsten Tag folgte ein weiterer Brief: „Gestern auf Dein Telegramm hin, schrieb ich gleich einen ausführlichen Brief an Euch, der hoffentlich auch schnell bei Euch ist u. Euch über alles aufklärt. Das 1. Telegramm kam wohl gar nicht an. Alle 3 waren nur aus der großen Sorge um Malenchen abgeschickt, die noch nicht hier ist. Ich sehe ja nun ein, daß Du nicht kommen kannst, wenn auch eine Aussprache von wenigen Tagen mich sehr getröstet hätte.“

Nach den Briefen ihrer Mutter fuhr Wanda dann doch nach Quedlinburg, um zu sehen, was passiert ist und wie es weiter mit ihrer pflegebedürftigen Mutter geht. Mein Vater schrieb am 1. Mai 1947: „Wanda ist augenblicklich in Quedlinburg bei ihrer Mutter. Magdalene soll ‚fort sein‘. Sie muss nun erst einmal klären, was dort ist. Was wir dann mit Mutter F. machen, die ja völlig hilflos ist, wissen wir noch nicht. Den Transport bis hierher wird sie aller Wahrscheinlichkeit nach nicht aushalten, andererseits wird sie dort allein auch nicht bleiben können. Aber man muß erst einmal Näheres hören, was passiert ist.“

Großmutter schrieb auch an eine Enkelin und bat sie um einen Besuch. Diese Enkelin hatte gerade in Potsdam ihre Ausbildung als Krankenschwester beendet. Sie wohnte aber in der englischen Zone. Die Enkelin wagte den Besuch nicht. Sie hatte auch den Nachnamen Friczewski und befürchtete, dass sie auch eingesperrt werden kann. Wen und warum die Russen damals Leute einsperrten, das war nicht immer klar zu erkennen. Angst mussten nicht nur ehemalige Nazis haben.

Die Ursache für die Verhaftung war damals nicht genau bekannt. Am 21. Juni 1947 schrieb ein Vetter aus Bremen an Wanda: „Da ich hörte, liebe Wanda, Du seist der Meinung, daß Deiner lieben Schwester Unglück z.T. durch mich verschuldet ist, möchte ich doch erwähnen, daß ich vielmehr glaube, die Ursache liegt viel weiter zurück als mein Beitr. z. F.L. Du weißt, die gute MgdL. war zu harmlos u. zu vertrauensselig u. ich wunderte mich schon im Oktober über das, was sie mir alles mitteilte (aus uns. Heimat). Ihr Unglück schmerzt mich sehr. Möge Gott sie gnädig durchführen.“

Großmutter blieb in Quedlinburg. Sie starb am 20. Mai 1947. Wo ihre Tochter geblieben ist, hörte sie nicht. Sie wusste nicht, ob sie in einer Haftanstalt der sowjetischen Besatzungszone ist oder in die Sowjetunion verschleppt wurde. Meine Mutter schrieb dazu am 8. Juni 1947: „Die Ereignisse nach Ostern ließen mich nun wenig zur Ruhe kommen ... Meine Befürchtung war richtig. M. war abgeholt worden, ein Bericht über die Kbger Verhältnisse war schuld daran gewesen. Nun war ich 4 Tage bei Mutter, die ich weit elender als im Vorjahr in Thüringen fand. Sie war ... eigentlich schon eine Sterbende. Die Aussprache tat ihr gut u. die Freude über meinen Besuch war groß. Ich fand sie recht gefaßt u. ruhig, nachdem sie wohl die erste Erregung überwunden hatte. Nach meiner Abfahrt ist sie dann nicht mehr richtig aufgestanden u. am 20.5. (unserem Hochzeitstag) wurde sie still u. ruhig heimgerufen. Dieses Telegramm erreichte mich schnell, wohl ohne Zensur, so konnte ich am 22. schon dort sein. Am 24. früh 8 Uhr haben wir sie zur letzten Ruhe auf den schönen Zentralfriedhof gebracht. Eine merkwürdige Zeit, aber die Morgenfrühe war gut u. die Nachtigall sang wie einst in Haffstrom. Nun können wir dankbar sein, daß Mutter von aller körperlichen u. seelischen Not erlöst ist. Es wäre alles nicht so schwer, wenn nicht M.'s Schicksal so auf einem lastete. Ob sie ja noch wiederkehrt? Man kann nur tgl. um Kraft und Hilfe bitten.“

Die Verwandten aus Oberlind bekamen das Telegramm mit der Nachricht vom Tod der Großmutter zu spät und konnten so nicht zur Beerdigung fahren. In einem Brief vom 29. Juni 1947 heißt es: „Deinen Brief aus Magdeburg sowie den von Hartmut habe ich erhalten. Habe Dank für Deine ausführliche Schilderung von Großmutter's Beerdigung. Es war schön, daß Du noch zur Zeit kamst; ich hätte es nicht mehr geschafft, da ich das Telegramm erst am 23. erhielt u. durch Verstümmelung des Aufgabedatums (10.5. statt 20.5.) nicht einmal den genauen Todestag wußte. Es ist wirklich ein wahrer Segen, daß Mutter heimgegangen ist! Wie qualvoll wäre jetzt für sie das Warten auf Mal. Der nächste große Kummer ist ihr nun auch erspart geblieben, denn ich muß Euch schweren Herzens mitteilen, daß unser geliebter Franz unser Vati nun auch nicht mehr nach Hause kommt. Er ist nach Mitteilung eines Kameraden (eines Königsbergers), der jetzt mit einem Krankentransport zurückgekommen ist, bereits im Januar 1946 an einer doppelseitigen Lungenentzündung im Lager Kiviöli (Estland) verstorben. Genau zu der Zeit als seine 1. u. einzige Karte hier ankam. So ist also die Hoffnung auf ein Wiedersehen begraben, aber ich kann es noch nicht fassen. Mir ist die Tatsache noch nicht in die Tiefe gedrungen, mein Kopf ist leer, und ich komme mir vor, wie ein Schlafwandler, den man nicht anrufen darf.“

Nach der Verhaftung kam Magdalene zunächst in ein Gefängnis nach Dessau. Dort war sie in einer kleinen Zelle zusammen mit drei weiteren Frauen. Sie war die Älteste und führte wohl Regie. Zum Morgenwaschen gab es für die vier Frauen nur eine Schüssel mit Wasser. Sie stellte einen Plan auf, damit jede der Frauen sich alle vier Tage mit sauberem Wasser waschen konnte, d.h. es gab zwei Waschrunden. Zuerst wurde der Oberkörper gewaschen, in einer zweiten Runde alles unterhalb des Bauchnabels. In der engen Zelle stand auch der stinkende Toiletteneimer.

Magdalene erzählte später von langen nächtlichen Verhören, die sie in schlimmer Erinnerung hatte. Auch berichtete sie von unangenehmen grellen Lampen. In Dessau war sie wohl mehrere Monate. Danach kam sie in das Speziallager, das ehemalige KZ Sachsenhausen.

Ich erinnere mich an einen Besuch von drei jungen Männern bei uns auf dem Michaelshof in Rostock-Gehlsdorf. Sie waren ebenfalls im ehemaligen KZ Sachsenhausen inhaftiert und bestellten Grüße von Magdalene. Sie erzählten von schlimmen Zuständen im Speziallager. Sie sprachen sehr anerkennend und lobend von Magdalene Friczewski. Sie hat in der Gefangenschaft wohl immer versucht, die Situation für sich und ihre Mitgefangenen erträglicher zu machen. Auch erzählte sie, dass ihr im Gefängnis sehr geholfen hat, dass sie viele Lieder, Psalmen und Gedichte auswendig kannte. In Sachsenhausen hat sie zeitweise im Lazarett gearbeitet.

Meine Schwester erzählte, dass sie bei einem Besuch wohl in den 1970er Jahren sich mit einer ehemaligen Mitgefangenen traf. Diese beschrieb sie als Engel, der anderen das Leben erleichterte. Als sie im Januar 1954 entlassen wurde, war sie zunächst bei uns in Rostock-Gehlsdorf. Ich war krank. Sie erzählte mir viele Geschichten aus dem Gefängnis. Das waren schöne Geschichten, wie sie aus wenigen Mitteln Spiele fertigten und Geburtstagsfeiern gestalteten. Das waren Geschichten, die man gerne hörte und die den Eindruck vermittelten, dass man auch in der fürchterlichen Situation der damaligen Gefängnisse Höhepunkte schaffen konnte, die Freude schafften und Menschen Lebensmut gaben.

Die erste Nachricht vom Verbleib Magdalenes kam mit ihrem Brief vom 13. Juni 1949. Abgestempelt ist der Brief erst am 7. Juli. Solange dauerte wohl die Kontrolle. Bis dahin wussten wir nicht, ob sie noch lebt. Sie schrieb in dem Brief: „Mein liebes, gutes Wandachen! Wie sehr freue ich mich, Euch nach so langer Zeit schreiben und Euch sehr herzliche Grüße senden zu können. Ich bin gesund und Ihr braucht Euch keine Sorgen um mich zu machen. Ich denke natürlich sehr, sehr viel an Euch alle und bitte Dich, mir recht oft zu schreiben. Schreibe auch bitte den Geschwistern, Verwandten und den Lottes. Ich grüße alle sehr herzlich und hoffe auf häufige Briefe von allen.“ Sie fragte in dem Brief nach ihrer Mutter. Sie vermutete, aber wusste es nicht, dass ihre Mutter nicht mehr lebt. Sie fragte nach vielen Verwandten und bat um Fotos. Über zwei Jahre hatte sie nichts von ihrer Familie gehört. Nach außen gab es keine Verbindung für sie. Jetzt durfte sie nur an ihre Schwester Wanda schreiben. Aber damals im ehemaligen KZ Sachsenhausen durfte sie viele Briefe empfangen. Am 22. August 1949 schrieb sie: „Es kamen gestern 11 Briefe an, an den früheren Sonntagen waren es 2-3 gewesen.“ Auch Fotos durften damals geschickt werden. Diese Teilhabe am Leben ihrer Lieben war für sie sicher eine große Ermutigung. Sie gehörte wieder dazu und war nicht irgendwo im Nichts. In diesem ihrem zweiten Brief spürt man die große Freude, dass sie jetzt wieder dazugehört.

Die Bedingungen für das Briefeschreiben änderten sich, als sie nach der Übergabe der Häftlinge von den Russen an die DDR-Justiz in die Haftanstalt Schloss Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge kam. Vom 21. Juni 1950 ist von ihr ein Brief erhalten. Er ist auf einem Papier, das von der Haftanstalt speziell für die Gefangenen bedruckt war. Oben stand:

„Anordnung für den Empfänger

Untersuchungs- oder Strafgefangene dürfen innerhalb von 8 Wochen nur einmal Post empfangen, die in deutscher Blockschrift geschrieben sein muß und nicht mehr als 15 Zeilen umfassen darf. Fotos, Bilder und dgl. sind nicht beizulegen. Bei Nichtbeachtung der Anordnung wird Post nicht ausgehändigt. Es wird ersucht, Rückporto beizufügen.“ Auch sie durfte nur 15 Zeilen schreiben. Dieses Abschneiden von Informationen der Familie und von Freunden, das ist eine sehr harte Strafe, wie mir nach 1989 auch andere politische Gefangene erzählt haben.

In ihrem Brief vom 15. September 1950 wurde die Anordnung wieder verändert. Nun durften alle 4 Wochen Briefe gewechselt werden. Am gleichen Tag schrieb sie eine Karte: „Mein liebes Wandachen! Pakete dürfen nur noch bis 30.9. geschickt werden, Pakete, die nach dem 1.10. ankommen, werden zurückgeschickt. Es kann dafür Geld gesandt werden, wofür dann hier Lebensmittel gekauft werden. Gesuche an die Behörden wegen Besuchserlaubnis sind nicht zu stellen, Regelung hierüber erfolgt demnächst. Briefe dürfen nur 15 Zeilen enthalten, innerhalb von 4 Wochen 1 Brief. Sehr herzlich grüßt Euch u. alle Verwandten, ... Eure Magdalene.“

Am 13. Oktober 1950 kam dann wieder eine Karte von ihr: „Mein liebes Wandachen! Ich darf ab sofort wieder monatlich 1 Paket erhalten. Das Paket darf auf keinen Fall mehr als 3 kg wiegen. Es darf nur Lebensmittel enthalten, aber nicht in Konserven und Glasbehältern. Rauchwaren, Kaffee und Tee darf nicht

geschickt werden. Sehr herzlich grüßt Euch Eure Magdalene.“

In ihren Briefen schrieb Magdalene wenig von sich. Vieles durfte sie sicher nicht schreiben. Alle Briefe gingen durch eine Zensur. In 15 bzw. 20 Zeilen kann man nicht allzu viel mitteilen. In einigen kurzen Sätzen spürt man, wie schwer diese Zeit für sie war. „Es ist nicht leicht, immer stark zu sein.“ – so liest man im Brief vom 15. September 1950. Sie geht vor allem auf das ein, was sie von der Verwandtschaft hört. Am 29. Juni 1950 begann der Brief so: „Mein liebes, gutes Wandachen! Ein herrlicher Sommerabend ist heute, windstill u. durch das offene Fenster hört man die Vögel singen. Und .. verschönt ist der Abend durch das Briefeschreiben! Täglich bin ich mit meinen Gedanken bei Euch und den anderen Lieben allen.“ Danach ging sie auf Neues ein, das sie aus Wandas Briefen von der Verwandtschaft gehört hatte. Oder sie bedankt sich für die schönen Sachen, die im Paket waren. Am 16. August 1950 schrieb sie: „Sehr herzl. Dank für das Paket, das am 11/8 eintraf, gerade wieder in Stunden der Sehnsucht u. Trübsal, so wie auch Euer Paket, mein lb. Wandachen u. Helmut, das am 17.7. eintraf ein lieber Gruß war. Alles ist gut zu gebrauchen, der gute Kuchen nach 3 ¼ Jahren u. das andere. Alles hilft gut mit.“ Wichtig waren ihr in vielen Briefen die Grüße an die ganze Verwandtschaft. Einige wurden namentlich aufgeführt. Gemeinsame schöne Erinnerungen ließ sie in Briefen aufleben, so im Brief vom 4. Mai 1952: „Nun ist schon wieder Mai, draußen strahlt alles im Frühlings schmuck: Bäume blühen, Vögel singen. Weisst Du noch, wie zu Hause bald die Mairöschen blühen u. die Nachtigall im Garten sang u. Möwen u. Kiebitze riefen? Wie liebte Mutterchen all die Blumen.“ Ihre Probleme macht sie klein. Im gleichen Brief heißt es: „Hatte auch Grippe, hoffe bald gesund zu sein, bei liebevoller Betreuung u. guter Verpflegung.“ War das so im Gefängnis?

Im April 1953 kam der erste Brief aus der Haftanstalt in Waldheim. Das sollte ihre letzte Station im Gefängnis sein. Die Postgebühr für den Brief der Inhaftierten musste jetzt auf ein vorgegebenes Konto überwiesen werden. Die Briefe durften nun 20 Zeilen betragen.

Magdalene war während der Haftzeit an TBC erkrankt. Am 31. Juli 1952 schrieb sie: „Leider muß ich Dir Deinen Besuch im August abschreiben, da ich mich z.Zt. nicht so fühle, daß ich dazu ... kommen kann. Sicher geht es doch das nächste Mal, sei also nicht traurig.“ Typisch für sie, sie tröstet die Schwester, die in Freiheit lebt. Am 12. Oktober 1952 schrieb meine Mutter: „Von Magdalene war die Nachricht im Sept. etwas besser, sie hoffte bald etw. aufzustehen. Mit der TBC liegt sie seit Ostern. Es wäre gut, wenn ich sie im November besuchen dürfte. Leider kam es jetzt wieder nicht zu einer Änderung.“

Meine Mutter konnte ihre Schwester mehrmals besuchen. Sie kam immer sehr niedergeschlagen von diesen Besuchen zurück. In meinem Gedächtnis steht: Es muss furchtbar in den Gefängnissen der DDR sein. Dieser Staat geht grausam mit seinen Bürgern um, wenn sie etwas tun, was ihm nicht gefällt. Mich haben diese Erlebnisse politisch geprägt.

Unsere Hoffnung war, dass Magdalene bei einer Amnestie anlässlich der Geburtstage von Stalin am 21. Dezember oder von Präsident Pieck am 3. Januar oder am Tag der Republik am 7. Oktober frei kommt. An manchen dieser Tage saßen wir am Radio und hörten im Westfunk Namen von Inhaftierten, die unter die Amnestie fielen. Der Name von Magdalene Friczewski war nie dabei. Am 22. April 1951 schrieb meine Mutter an ihre Schwägerin: „Auf Magdalenes Kommen hatte ich wieder gehofft, aber vergeblich. 4 Jahre sind es nun her, 10 J. hat sie damals bekommen, wie sie mir jetzt schrieb, aber sie hofft nun auch auf Amnestie.“ Sie musste noch fast drei Jahre warten. Erst 1951 hörten wir, zu wie vielen Jahren Magdalene verurteilt worden war.

Wenn es Hinweise gab, wie die Freilassung von Magdalene erreicht werden kann, ging meine Mutter ihnen nach. Am 13. November 1951 schrieb sie an ihre Schwägerin: „Ich war in der vorigen Woche einen Tag in Stralsund hatte dort eine Rücksprache wegen Magdalene, verspreche mir aber nicht viel davon. Aber man versucht natürlich alles.“

Am 17. Januar 1954 stand Magdalene plötzlich vor unserer verschlossenen Haustür in Rostock-Gehlsdorf. Wir waren spazieren gegangen. Meine Mutter schrieb am 21. Januar 1954 an ihren Sohn, der im Herbst 1953 in den Westen abgehauen war: „Du hast uns jetzt lange, ausführliche Briefe geschrieben, das hat uns sehr gefreut. Nur von uns ist der Brief am letzten Sonntag ausgefallen, weil wir eben die große Freude von

Tante Malenchens Kommen hatten u. ich zum Schreiben nicht kam. Am Sonnabd. brachte Herr Borgwardt die Nachricht morgens von der Post mit, von den Entlassungen, am Abend hörte ich bei Schw. Erika Rundfunk, da schwanden wieder all meine Hoffnungen. Montag nachm. gingen wir an der Warnow spazieren, am Schluss der Ginsterheide kehrten wir 3 um, der Wind pfiff sehr, Hartmut meinte, wir seien verweichlicht u. lief mit Hinrich weiter. Als wir am Seminar vorbeigingen sagte ich: ‚Da kommt ja Frau Lorenz, da will ich sie gleich nach den Hühnern fragen.‘ Beim Näherkommen erkannte ich Tante M., Ursel hatte sie gleich erkannt, aber nichts gesagt. Du kannst Dir unsere Freude denken. Zum Glück hatte ich den heimatlichen Zwieback, da gabs gleich guten Kaffee. Aber schlafen konnte ich kaum die ersten Nächte, so groß war die Erregung. So etwa um 4 war sie hier, bloß gut, daß wir umkehrten. Der Peter aus Herrnburg hatte sie empfangen u. ... Wolfg. Zimmermann! Aber wir kamen dann gleich. Sie sieht gesund u. gut aus, hat tüchtig zugenommen, kein Kleid passt mehr, meinen neuen, blauen Rock konnte ich ihr vererben, so daß sie erst mal was hat. Womit sie kam, eignet sich höchstens als Morgenrock. Sie ist ganz die Alte, wir sind so sehr dankbar dafür. Das Erzählen will nun nicht abreißen, wir haben ja so viel nachzuholen. Sie hatte nun manche Laufereien in der Stadt mit Anmeldung usw., mußte den Paß beantragen, wir bekommen ja jetzt alle neue Pässe. Am 5. 2. soll sie ihn holen. Am 1. Tag begleitete sie Hartmut, er hatte noch Ferien, nun hat das Semester wieder begonnen.“

Charlotte aus Delitzsch (eine Bekannte aus Ostpreußen) schrieb am 23. Januar 1954 an meine Mutter: „Als ich Ihren Brief heute las, mußte ich vor Freude weinen u. dann danken. Die ganzen Entlassungen sind ja ein großes Wunder. Damit hat ja niemand gerechnet.“

Nun war Magdalene da. Als sie entlassen wurde, wusste sie nicht wirklich, wie die politischen Verhältnisse in Deutschland waren. Von Waldheim nach Rostock war sie durch Berlin gefahren. Dass Berlin eine geteilte Stadt mit einer offenen Grenze war, dass man mit der S-Bahn in den Westen fahren konnte, war ihr nicht bekannt. Die Überlegungen zur Zukunft von Magdalene kannten bei uns nur ein Ziel: Magdalene sollte im Westen leben. Nur dort konnte sie die Vergangenheit hinter sich lassen. Ihr Bruder wollte sie aufnehmen. Er hatte schon meinen Bruder im Herbst 1953 aufgenommen, als er kurz vor seinem 18. Geburtstag die DDR verließ. Ihm wurde zu Beginn seiner Ausbildung auf einer landwirtschaftlichen Fachschule erklärt, dass er als Nicht-FDJler hier nicht richtig ist. Magdalene wollte ihren eigenen Weg gehen, möglichst arbeiten in ihrem alten Beruf als Fürsorgerin.

In Rostock beantragte Magdalene die Reiseerlaubnis in den Westen. Alle waren froh, als sie genehmigt wurde. Am 10. Februar 1954 schrieb meine Mutter: „Wir hoffen, daß Tante M. am Montag mittags abfährt u. abds. bei Cordula ist, wo ich sie gleich anmelden will. Der Abschied wird uns nicht leicht werden, es war doch sehr schön mit ihr.“

Am 16. Februar 1954 schrieb Magdalene an meine Familie: „Ich kam gestern abends pünktlich auf die Minute hier an. Den Zug in Sch. (*Schwerin*) erreichte ich gut, habe mir vorher Eure Kirche in P. (*Parkentin*) vom Zug aus angesehen, dachte in Wismar an meine Fahrt zu Euch 1945 nach N. (*Neubrandenburg*). In Schwerin trank ich eine Tasse Kaffee, dann fuhr der Zug auch pünktlich ab. Kontrolle sehr großzügig, nichts wurde aufgemacht. Cordel u. Kurt holten mich ab. Es ist hier alles sehr, sehr nett. Ingrid machte auf, als wir ins Haus kamen und begrüßte sie mich, als wenn sie mich schon lange kannte.“ Cordula erzählte mir, dass sie einen „Gefängnisgang“ hatte, als sie in Hamburg ankam. Die Jahre lasteten damals ganz sicher schwer auf ihren Schultern.

Am 17. Juli 1954 schrieb meine Mutter an die Verwandten in Quakenbrück: „Ilse fragte nach Magdalene. Sie ist bei Martin, fährt nächste Woche mit ihm noch nach Osttirol. Es geht ihr gesundheitlich gut, eine Arbeit hat sie noch nicht, hofft wohl noch auf etwas. Im Frühjahr machte sie eine schöne Verwandtenreise bis nach Erlangen zu Lotte, Franzens Frau, und ihren beiden Jungen, 13. u. 14. jäh., zu Lades, früher Tilsit, in Landau usw., sah auch noch die Tante Hedwig Lade in Göttingen, die bald darauf starb. Wie dankbar bin ich tgl., daß es M. nun so geht, hoffentlich findet sich noch eine Beschäftigung.“ Magdalene war damals 56. Über sieben Jahre war sie aus dem Beruf. Insofern war es nicht selbstverständlich, dass es mit einer Anstellung klappt.

Magdalene wurde als politisch Verfolgte anerkannt. In Hamburg-Harburg bekam sie Arbeit als Fürsorgerin. Bis zum Eintritt ins Rentenalter war sie dort tätig. Die verwandtschaftlichen Kontakte blieben eng. Bis zum Mauerbau konnten wir DDR-Bürger in den Westen reisen. Ich habe sie 1957 und 1958 in Harburg besucht.

Als Oberschüler ging das Reisen nur noch nach Westberlin. Nach dem Mauerbau brachen die Besuchsreisen zunächst ganz ab. 1964 konnte meine Mutter sie wieder besuchen. Sie schrieb dazu am 6. November 1964 in Harburg an meine Schwester: „Der ... Bahnhof stand dick voll, ich war im 1. Wagen ab Lübeck, wo die Lok wechselte u. so bin ich neben Tante Mal. ausgestiegen. Sie erkannte mich nicht ganz sicher u. sagte wohl: ‚Suchen sie jemand?‘ worauf ich stutzte, daß mich jemand ansprach u. sie dann erst erkannte, wenngleich sie sich kaum verändert hat. Wir waren gleich um 14 Uhr in Harburg, sehr schnell. Die kl. Wohnung ist gemütlich wie immer. Nach Kaffee machten wir durch die Straßen am Wald noch einen Spaziergang. Alles läutete uns an: ... Alle freuten sich, daß ich da war.“ Magdalene fügte diesem Brief einige Zeilen zu und schrieb u.a.: „Wie schön, daß ich bald bei Dir wohnen kann.“ Zu diesem Besuch kam es nicht. 1964, das war noch vor der neuen Ostpolitik von Willy Brandt. Ich kann mir vorstellen, dass viele ihr von diesem Besuch abgeraten haben. In den 1970er Jahren war sie mehrmals in DDR. Bei einem dieser Besuche traf sie sich mit einer ehemaligen Mitgefangenen und sie unterhielten sich über die Zeit im Gefängnis. Das war ihnen bei der Entlassung verboten worden. Viele Häftlinge, die nach der Entlassung in der DDR blieben, haben sich an das Verbot gehalten. Manche Ehefrau und manche Kinder haben erst nach der Revolution von 1989 gehört, dass ihr Ehemann bzw. Vater in der sowjetischen Besatzungszone bzw. in der DDR im Gefängnis saß. In meiner Sprechstunde als Abgeordneter hatte ich nach 1990 mehrere Gespräche mit ehemaligen politischen Häftlingen. Sie litten an ihrem langen Schweigen.

Auch Magdalene konnte sicher diese Zeit nicht einfach hinter sich lassen. Am 21. November 1954 schrieb sie an ihre Schwester Wanda: „Meine Gedanken gehen doch noch oft in die vergangenen Jahre zurück, so träumte ich jetzt in einer Nacht viel von W. und träumte immer wieder davon, wenn ich aufwachte! Heute sind meine Gedanken viel bei den Eltern und ganz besonders bei der lieben Mutter, die noch in der letzten Zeit mit den großen Sorgen belastet war.“

Im Herbst 1955 machte sie ihren ersten Urlaub in Bad Gastein in den österreichischen Alpen, wo schon ihre Eltern vor dem 2. Weltkrieg gekurt hatten. Auch da gingen ihr die Jahre der Gefangenschaft durch den Kopf. Am 10. Oktober 1955 schrieb sie ihrer Schwester Wanda: „Dies war ja nun eigentlich der 1. richtige Urlaub nach den langen Jahren. Und beim Alleinwandern habe ich noch all die Jahre recht überdacht u. mein Gott der Herr mich behütet hat u. Kraft gegeben hat, die Jahre zu überstehen. Wie dankbar kann ich nur immer wieder sein! Und wie habe ich am Sonntag nachmittags im Rundfunk die Heimkehr der Vielen miterlebt u. an damals gedacht.“ Konrad Adenauer hatte in Verhandlungen vom 8. bis 14. September 1955 in Moskau die Freilassung von 10.000 deutschen Soldaten und 20.000 inhaftierten Zivilisten aus sowjetischen Lagern erreicht. Vom 7. Oktober 1955 bis zum 16. Januar 1956 trafen Züge mit den Inhaftierten in dem Grenzbahnhof Herleshausen/Hessen ein.

Magdalene pflegte sehr den verwandtschaftlichen Zusammenhalt in Ost und West, aber auch in Süd und Nord. Vor 1945 lebten fast alle in erreichbarer Nähe in Ostpreußen. Man konnte sich besuchen. Durch die Kriegsergebnisse wurde diese Nähe zerstört.

1969 heiratete meine Schwester. Ihre Hochzeit feierten wir in Ostberlin, damit ihr Bruder aus dem Westen und Tante Magdalene sicher daran teilnehmen konnten. 1969, 15 Jahre nach ihrer Freilassung, betrat sie zum ersten Mal wieder den Boden der DDR. Danach kam Magdalene immer wieder zu Besuchen in die DDR.

Magdalene starb am 14. Mai 1975 nach längerem Leiden an Darm- und Blasenkrebs in einem Pflegeheim in Wentorf bei Hamburg. Eine Verwandte organisierte, dass sie in dieser Zeit jeden Tag Besuch bekam. Sie schrieb ehemalige Mithäftlinge, mit denen Magdalene in Kontakt war, und Verwandte an. Wenn sich keiner fand, ging sie selbst hin. Auch meine Mutter konnte ihre Schwester in dieser Zeit besuchen. Auch diese schwere Zeit, so berichteten Besucher, hat sie erstaunlich ertragen.

Eine Verwandte aus Hamburg schrieb am 3. Mai 1975 an meine Mutter: „Sie spricht jetzt so leise, daß es Mühe macht, sie zu verstehen, manchmal ist es fast unmöglich. Aber sie hat noch den gleichen humorvollen Geist, der mich bar ihrer Krankheit so erstaunt. ... Es steckt eine enorme tapfere Nüchternheit und ein ganz unsentimentaler, großer Glauben in diesem Sterben. Für mich sind diese wenigen Besuche bei Tante M. eine wichtige Erfahrung gewesen. Zuerst ging ich immer voller innerem Protest heraus aus dem

Krankenzimmer, bis ich an dem einen langen Sonntag bei ihr eine etwas andere Einstellung fand.“



8. April bis Ende Juli 1947

Untersuchungshaft im Behelfsgefängnis der Roten Armee in Dessau-West

15. Juli 1947 Verurteilung durch das sowjetische Militärtribunal zu 10 Jahren Freiheitsentzug „ohne Einziehung des Vermögens, da nicht vorhanden“



Ende Juli 1947 bis Ende Januar/Anfang Februar 1950

Sowjetisches Speziallager Nr. 7 (ab 1948 Nr. 1) in Sachsenhausen am Rande von Oranienburg

bis 1945 KZ der Nazis



Ende Januar/Anfang Februar 1950 bis Anfang 1953

Frauenzuchthaus Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge



Anfang 1953 bis 17. Januar 1954

Zuchthaus in Waldheim 30 km nördlich von Chemnitz





## Aus meiner Schulzeit

1949 -1961

Mit meinem besten Freund Adolf wurde ich 1949 in Parkentin bei Rostock eingeschult. Sein Vater war fast immer betrunken. Adolfs Eltern kümmerten sich nicht um ihre Kinder. Zur Einschulung gab er die Losung heraus: Nur Muttersöhnchen werden zur Einschulung von den Eltern begleitet. Also verbot ich auch meinen Eltern, zur Schule mitzukommen. Stolz gingen wir alleine zur Schule. Die anderen Muttersöhnchen wurden von ihren Müttern begleitet. Zuhause bekam ich eine Schultüte, die ich nicht in die Schule mitnehmen wollte, weil Adolf keine bekam. Wir waren 10 Schüler in der 1. Klasse. Die Schule hatte nur zwei Klassenräume und auch nur zwei Lehrer. Die Klassen 1 bis 4 wurden zusammen unterrichtet. Der Schulleiter nutzte seine Schüler auch für Arbeiten in seinem Garten. Der Rohrstock war noch in Aktion. Oft mussten Schüler zur Strafe in der Ecke stehen oder bekamen einen oder mehrere Schläge mit dem Stock auf die Hand. In der großen Pause bekamen wir manchmal Brötchen mit Pferdewurst. Das war ein Festessen.

Im Herbst 1950 zogen wir nach Rostock-Gehlsdorf. Ich war in der 2. Klasse und kam nun in eine Stadtschule, wo fast 40 Kinder in einer Klasse waren. Jede Klassenstufe hatte ihren Klassenraum und ihren Lehrer. Gleich am ersten Schultag schrieben wir ein Diktat. Ich hatte kein Diktatheft. Diktate hatten wir in Parkentin noch nicht geschrieben. Soweit waren wir nicht. Ich schrieb es auf die letzte Seite eines Schreibheftes. Als ich das Heft wieder bekam, hatte die Lehrerin dort vieles angestrichen. Das fand ich unmöglich und radierte zu Hause alles weg. Als die Lehrerin sich die Berichtigung ansehen wollte, sah sie auf ein leeres Blatt. Meine Mutter musste nun mit mir täglich Schreiben und Lesen üben. Das war eine schlimme Zeit. Später wurde die Schule angenehmer.

In der Gehlsdorfer Schule gab es besondere Höhepunkte. Ab und an kam ein Zirkus vorbei. Dann wurde der Unterricht unterbrochen und wir konnten Kunststücke von Menschen, Hunden, Mäusen und Flöhen bestaunen. Auch unternahmen die Lehrer mit uns immer wieder interessante Ausflüge in die nähere Umgebung.

Regelmäßig mussten wir für die Schule Schrott sammeln. Die Schule bekam für das fleißige Schrottsammeln ihrer Schüler einen Fernseher, allerdings mit sehr kleinem Bildschirm. Als Belohnung durften einzelne Schüler eine Sportsendung oder einen Film sehen. Ich habe so mein erstes Fußballländerspiel gesehen. Beim Schrottsammeln zogen wir mit einem Handwagen von Haus zu Haus und fragten die Leute, ob sie uns Schrott, Flaschen, Papier oder Lumpen geben können. Ich war eifriger Schrottsammler. Die besten Schrottsammler wurden nach jeder Aktion beim Fahnenappell mit einer Medaille ausgezeichnet. Ich war nie dabei, weil ich kein Pionier war. Das fand ich nicht gerecht.

Beim Fahnenappell, der damals wöchentlich stattfand, durfte ich auch nur in der letzten Reihe stehen. Manchmal stand mein bester Freund Hans neben mir. Er war manchmal Pionier, trat dann aber wieder aus, wenn ihm etwas in der Schule nicht gefiel oder wenn der Pioniernachmittag langweilig war. Er warf mal sein Pionierhalstuch so in eine Pfütze, dass es andere sahen und der Schule meldeten. Die Folge war der Ausschluss aus der Pionierorganisation. Später wurde er wieder Pionier. Sein Vater war Seemann. Sie hatten ein Ruderboot, mit dem wir oft auf der Warnow fuhren. Er legte Rohre in die Warnow und fing so Aale, die ihm seine Mutter zubereitete. Die Aale bewegten sich noch im Topf. Das fand ich nicht appetitlich und aß diese schlangenartigen Fische nicht. Im Winter liefen wir Schlittschuh auf der Warnow. Damals waren harte Winter und die Warnow war regelmäßig zugefroren. Hans baute sich einen Eissegler, mit dem wir tolle Geschwindigkeiten erreichten. Wenn es wärmer wurde und auf der Warnow Schollen trieben, spielten wir Seeräuber. Mehrere Schollen wurden übereinander geschoben. Mit langen Stöcken bewegten wir die Schollen und versuchten die Scholle des Gegners zu zerstören. Nur einmal fiel ich dabei ins Wasser. Alle Sachen wurden nass. Zu Hause gab es Ärger. Aber das war erträglich.

In der Schule in Gehlsdorf wurden unsere Schultaschen einige Jahre regelmäßig kontrolliert. Immer wieder fanden die Lehrer „Schmutzliteratur“ aus dem Westen, die dann weggenommen wurde. Mit solcher Literatur konnte ich nie aufwarten. Von Freunden bekam ich sie manchmal und las sie heimlich in meiner

Höhle im Garten. Toll fand ich diese Schmöker nicht. Aber sie waren verboten. Darum las ich sie auch.

In der Schule merkte man ab 1952, dass sich das Verhältnis Staat-Kirche verschlechterte. Alle Christenlehrekinder wurden aufgefordert aufzustehen und Lehrer verspotteten uns. 1953 musste meine Schwester die Schule verlassen, weil sie Mitglied der Jungen Gemeinde war. Das geschah mitten in den Abiturprüfungen. Aber dann drehte sich nach dem 17. Juni der politische Wind und sie konnte das Abitur nachholen.

In meiner Schule spielte es nach 1953 keine große Rolle, ob man Pionier war oder nicht. In der Schule in Parkentin gab es noch keine Pioniere. Der einzige Nachteil war, dass die Nichtpioniere beim Fahnenappel in der letzten Reihe stehen mussten und nur selten Auszeichnungen bekamen. Das änderte sich, als 1957 die Jugendweihe eingeführt und dafür in der Schule stark geworben wurde. An meine Eltern schrieb ich am 8. Mai 1957. Sie waren auf Reisen im Westen. „Am 1. Mai mußten die Nichtpioniere zugucken, wie die anderen marschieren. Wir standen von  $\frac{1}{2}$  9 –  $\frac{1}{2}$  12 Uhr.“ Das Stehen war eine Strafe, das Marschierverbot nicht.

1957 beendete ich die Grundschule. Ich hatte Glück. In diesem Jahrgang durften viele Nicht-Pioniere auf die Oberschule, in Rostock vor allem in den altsprachlichen Zweig mit Latein und Griechisch. Im nächsten Jahr war es schon anders. Meine Frau hatte als Nicht-Pionier keine Chance, auf die Oberschule zu kommen. In unserer Klasse 9 C in Rostock waren nur zwei FDJler. In der 9. Klasse war das kein Problem. Wir wurden in Ruhe gelassen. In den Sommerferien fuhren fast alle Jungen meiner Klasse zu einer kirchlichen Rüstzeit, einem Zeltlager in Plau. Dort besuchten uns eines Tages staatliche Vertreter und verboten die Rüstzeit. Nach Meinung dieser Leute durfte auf kirchlichen Rüstzeiten nur „christlich Frommes“ gemacht werden: beten, Kirchenlieder singen, Bibel lesen. Weltliche Spiele, Wanderungen etc. waren nicht erlaubt. Weil wir das taten, wurde die Rüstzeit verboten. Der Leiter der Rüstzeit lieh uns einige Zelte und wir fuhren mit unseren Rädern auf den offiziellen Plauer Zeltplatz und verbrachten dort schöne Tage.

1958 wurden die beiden Oberschulen in Rostock, die Goetheschule und die Wallschule, zusammengelegt. Der Schulleiter der Wallschule wurde auch unser Schulleiter. Das politische Klima an der Schule veränderte sich. In den Klassenräumen der Schule gab es eine Lautsprecheranlage. Einmal wurde ich über den Lautsprecher aufgefordert, in einen bestimmten Raum zu kommen. Dort saßen zwei Herren, die mit mir reden wollten. Es waren keine Lehrer. Es ging vor allem darum, dass ich das Kugelkreuz der Jungen Gemeinde nicht in der Schule tragen sollte. Das lehnte ich ab. Es gab später noch ein zweites Gespräch. Sie wollten mir weißmachen, dass mein Glaube Aberglaube ist. So führten sie aus, dass es in der Bibel heißt, dass Gott die Menschen nach seinem Bild geschaffen hat. Aber die Menschen sehen doch sehr verschieden aus, einige sind weiß, andere schwarz und so weiter. Ich führte an, dass in der Bibel auch die Geschichte vom Turmbau zu Babel steht. Dort wird berichtet, dass die Menschen sich nicht mehr verstanden und deshalb in verschiedene Teile der Erde gingen. In den Jahrtausenden haben sie sich dadurch unterschiedlich entwickelt. Darauf hatten die Funktionäre keine Antwort. Ich war stolz auf meine „kluge“ Antwort. Eine andere Feststellung der Funktionäre, die mich zum Nachdenken führte, war, dass der erste Sputnik bei seinem Flug in das All, in den Himmel, Gott nicht getroffen habe. Der Himmel sei leer gewesen. Zu diesem Thema gab es eine Propagandaschrift mit dem Titel „Der Sputnik und der liebe Gott“. Damals standen für mich in der Bibel historische Geschichten. Und der göttliche Himmel war oben. Mit dem Sputnik kamen die ersten Fragen und Zweifel.

In dem Schuljahr 1958/59 wurde ein Produktionstag an den Schulen eingeführt. Meine Klasse fuhr dazu mit der Eisenbahn zu dem landwirtschaftlichen Versuchsgut in Dummerstorf. Das war ein sehr interessanter Unterricht. Ich musste früh mit der Straßenbahn von Gehlsdorf zum Rostocker Hauptbahnhof fahren. Mit dem Bummelzug ging es dann nach Dummerstorf. Die Waggons waren Vorkriegsmodelle, Holzsitze mit einem geflochtenen Gepäcknetz darüber. Einmal legten wir uns, einige Jungen unserer Klasse, in die Gepäcknetze und taten so, als ob wir schliefen. Der Schaffner kam und schimpfte fürchterlich. Er meldete den Vorgang der Schule. Als wir am nächsten Tag zur Schule kamen, wurde eine Schulversammlung in die Aula einberufen. Unsere schlimme Tat wurde dargestellt und wir wurden von der Schule verwiesen. Ich sagte laut, als wir die Aula verließen: „Auf Wiedersehen!“ Der Schulleiter antwortete: „Ein Wiedersehen wird es nicht geben.“ Was tun? Auch die beiden einzigen FDJler der Klasse waren aus der Schule geflogen.

Nach kurzer Beratung fuhren wir zu uns nach Hause und erzählten meinem Vater, was vorgefallen war. Er rief darauf den Schulleiter an und erinnerte ihn daran, dass er 1953 meine Schwester und weitere Schüler aus der Schule entfernt hatte und sie dann wieder aufnehmen musste. Die Folge war, wir durften nach einigen Tagen wieder zur Schule kommen. Wir bekamen einen Eintrag ins Klassenbuch und in unser Aufgabenheft und eine 5 in Betragen. In den nächsten Tagen wurde massiv in der Klasse für den Eintritt in die FDJ und in die Deutsch-Sowjetische Freundschaft geworben. Auch in der Wallschule gab es eine C-Klasse. Dort waren alle in der FDJ. Jetzt wurden beide Klassen gemischt. Mich betraf die politische Verschärfung an der Schule nicht mehr. Wir zogen im Herbst nach Schwerin.

Auf der Schweriner Goethe-Schule gab es keinen C-Zug. Ich kam in den A-Zug mit Englisch und Latein. Englisch musste ich ein Jahr nachholen. Das war ziemlich mühsam. Eines Tages musste ich beim Schulleiter antreten. Ich dachte, nun fängt das Theater mit der FDJ wieder an. In meiner Klasse waren wir nur zwei, die nicht in der FDJ waren. Der andere, der Sohn eines im Oberkirchenrat tätigen Juristen, ging später in die FDJ. So war ich der einzige in der Schule, der nicht dieser Jugendorganisation angehörte. Aber der Schulleiter wollte etwas anderes. Er fragte, warum ich den Eintrag und die 5 in Betragen bekommen hatte. Ich erzählte ihm die Geschichte und er stellte fest, dass beides gestrichen wird. An dieser Schule war es nie ein Problem, dass ich nicht in der FDJ war. Am 1. Mai durfte ich manchmal nicht mitmarschieren oder nur in der allerletzten Reihe. Aber dafür wurde ich eher beneidet.

Meiner Klasse verhalf ich sogar dazu, dass ihr der Ehrentitel „Sozialistische Klasse“ verliehen wurde. Als ich in der 12. Klasse war, verpflichteten sich alle FDJler, 100 M für den Bau einer Mittelschule in Lübstorf zu erarbeiten. Die Klasse, die je FDJler am meisten Geld erarbeitete, bekam den Ehrentitel. Von den FDJlern erarbeitete keiner mehr als 100 M. Da ich auch für den guten Zweck 100 M beisteuerte, aber keine Verpflichtung eingegangen war – das durfte ich auch nicht als Nicht-FDJler -, gewann meine Klasse diesen Wettbewerb. In meinem Zeugnis wurde das positiv erwähnt.

Überhaupt hatte ich den Eindruck, dass die Lehrer mir Gutes tun wollten. Sie mussten wohl in die Zeugnisse schreiben, dass ich nicht in der FDJ war. Sie glichen diese Bemerkung mit positiven Hinweisen auf meine gesellschaftlichen Tätigkeiten aus. So wurde im Zeugnis erwähnt, dass ich in der Schulmannschaft Schach spielte. Wir wurden Bezirksmeister in Schwerin und nahmen 1960 an den Spielen um die DDR-Meisterschaft in Leipzig teil. Bei der DDR-Meisterschaft belegten wir Platz 20 und waren damit die beste Schulmannschaft der DDR. In Leipzig fand damals die Schachmannschaftsweltmeisterschaft statt. Stundenlang sahen wir den damaligen Spitzenleuten wie Fischer aus den USA und Tal aus der UdSSR zu.

Aber auch an dieser Schule erlebte ich eine Aulaversammlung, in der Schüler aus der Schule entfernt wurden, weil sie sich in Westberlin Kleinigkeiten gekauft hatten. Sie waren wohl bei der Rückreise nach Ostberlin kontrolliert worden und ihr Aufenthalt in Westberlin wurde der Schule gemeldet. Sie sollten sich nun ein Jahr in der Produktion bewähren. Ob sie danach wieder die Schule besuchen durften, weiß ich nicht.

In der Schule wurde besonders für die Ausbildungen zum Lehrer und zum Soldaten geworben. Einen Tag mussten die Jungen in eine NVA-Kaserne. Wir sollten das Leben eines Soldaten kennenlernen und vor allem für diesen Beruf geworben werden. Ein Mitschüler war Offizierssohn. Er wollte nicht Soldat werden, sondern Medizin studieren. Ein anderer Mitschüler wollte gerne Berufssoldat werden. Er kam aus einer Offiziersfamilie. Sein Vater war im 2. Weltkrieg getötet worden. Bei der Werbeveranstaltung der NVA wollten wir den Mitschüler, der nicht Soldat werden wollte, schützen. Wir verabredeten, dass ich mich als Interessent anbiete. Unser künftiger Berufssoldat trainierte mit mir marschieren und befehlen. Als wir in der Kaserne gefragt wurden, wer gerne die Befehlsgewalt über unsere Gruppe übernehmen wollte, meldete ich mich. Ich machte es wohl ganz gut. Als wir fertig waren, wurde ich gebeten noch zu einem Gespräch zu bleiben. Die anderen konnten schon nach Hause gehen. Ich wurde gefragt, ob ich mich für einen Beruf in der NVA verpflichten möchte. Als ich sagte, dass ich Theologie studieren wolle, waren sie ärgerlich, ließen mich aber sofort laufen. Wir feierten unseren Erfolg.

Als Nicht-FDJler hatte ich keine echten Schwierigkeiten in der Schule. Anders war es bei der Berufswahl. Ich wollte gerne studieren. Diese Möglichkeiten waren begrenzt. Deshalb bewarb ich mich für ein Theologiestudium. Das wollte ich drei Semester studieren und dann über Westberlin im Westen

verschwinden. Wenn man drei Semester eines Studiums in der DDR nachweisen konnte, wurde in Westdeutschland das Abitur anerkannt. Am 13. August 1961 wurde die Berliner Mauer gebaut. Damit war dieser Weg versperrt. So habe ich Theologie bis zum Ende studiert. Ich habe dann versucht, in einen anderen Beruf zu kommen. Das gelang mir nicht. Einige ehemalige Theologiestudenten waren in Berlin Straßenbahnfahrer oder Gemüsehändler geworden. Das wollte ich nicht. Später konnte ich dann in Greifswald eine Verwaltungsausbildung absolvieren und mich beruflich anders orientieren.



Foto 1984 Hinrich Kuessner

Erich Honecker war zum ersten Mal in Westdeutschland auf Staatsbesuch.  
 Fiebernd erwarten seine Parteigenossen ihn bei seiner Rückkehr.  
 „Genosse Staatsratsvorsitzender! Wie ist es denn in der Bundesrepublik?“  
 „Wie bei uns! Für Westmark bekommt man alles.“

Warum musste in den Metzgerläden immer mindestens eine Wurst liegen?  
 Weil sich sonst die Leute angestellt und Kacheln gekauft hätten.

Stasi-Mitarbeiter auf der Straße: „Wie beurteilen Sie die politische Lage?“  
 Passant: „Ich denke ...“ Stasi-Mitarbeiter: „Das reicht. Sie sind verhaftet!“

Zuletzt wurde der Trabant ohne Motor ausgeliefert.  
 In der DDR ging sowieso alles bergab.

## Ausländische Studenten in der DDR

1962

Im Herbst 1962 lernte ich Studenten aus Indonesien und Afrika kennen. Die DDR-Regierung hatte eine größere Anzahl von Studienplätzen besonders für die neuen Staaten in Afrika zur Verfügung gestellt. Diese Studenten waren schon etwas älter. Mit ihnen war ich viel zusammen. Sie waren fast alle von ihren Regierungen geschickt, manche auch von Parteien und Gewerkschaften. Die Afrikaner hatten an den Befreiungsbewegungen teilgenommen. Viele waren Sozialisten, aber keine DDR-Sozialisten. Freundschaften entstanden auch mit Studenten aus Indonesien, die in Rostock Schiffbau studierten. Ab und an nahm ich sie mit nach Hause.

Wir haben viel gemeinsam unternommen. Jedem ausländischen Student war ein FDJ-Betreuer zugeordnet. Es war wohl im Winter 1962/63. Heizmaterial wurde in der DDR knapp. Im Februar wurden alle Studenten nach Hause geschickt, weil die Studentenheime nicht beheizt wurden. Nur ein Haus wurde beheizt, in das alle ausländischen Studenten einquartiert wurden. Die FDJ-Betreuer sollten sich um sie kümmern. Die Betreuer der Indonesier schickten wir nach Hause und versprachen ihnen, dass wir, einige Studenten aus der ESG (Evangelische Studentengemeinde), sie würdig vertreten. Es waren genug freie Betten da, so dass wir dort bleiben konnten. Einmal kam der FDJ-Sekretär der Uni vorbei und lobte uns, die FDJ-Betreuer, für unseren tollen Einsatz. Wir kochten indonesisch und lernten viel über das Land kennen. Die Indonesier konnten in den Westen reisen und die nötigen Zutaten zum Kochen dort einkaufen.

Mein Freund Sammy aus Indonesien schaffte das Studium nicht. Auch der Versuch einer weiteren Ausbildung gelang nicht. Die Ausbildung an einer Fachschule beendete er nicht. In Dresden lernte er seine Frau kennen. Sie bekamen einen Sohn. Sammys Zeit in der DDR lief ab. Nach Indonesien wollte er nicht mit seiner Familie. Sie wollten in den Westen. Wir gaben ihnen die Adresse von meinem Bruder. Die Familie tat so, als ob sie von Amsterdam mit dem Schiff nach Indonesien reisen wollte. Die Bahnfahrt nahmen sie über die CSSR. Ihre Papiere stimmten aber nicht. Bei der Kontrolle wurde das bemerkt. Aber der tschechische Kontrolleur hatte Erbarmen und ließ die Familie fahren. So kamen sie zu meinem Bruder. Ihre Ehe scheiterte. Ihren Sohn gaben sie zurück in die DDR zu Verwandten. Diese Verwandten hatten ihn schon früher betreut, als sie noch in der DDR lebten. Seine Rückkehr in die DDR wurde nur unter der Bedingung erlaubt, dass die Verwandten ihn adoptierten. Das taten sie.

In der Evangelischen Studentengemeinde war ich auf DDR-Ebene Mitglied im Arbeitskreis für Mission und Ökumene (AfM). Ein Jahr gehörte ich zum Vorstand. Unsere Aufgabe war vor allem, eine Osterkonferenz in Berlin zu organisieren und zu leiten. Dazu kamen über 100 Studenten aus der DDR, aber auch Gäste aus der Bundesrepublik und westlichen Staaten. Zu der Osterkonferenz, die ich mitleiten musste, hatten wir den indonesischen Botschafter aus Prag eingeladen. Er war auch für die DDR zuständig. Die Einladung ließen wir über die indonesischen Studenten, die in Rostock studierten, übergeben. Wir übersahen dabei nicht, was damit alles auf uns zukam. Denn dass Studenten einen ausländischen Botschafter einluden, war in der DDR völlig ungewöhnlich. „Die indonesische Botschaftsgeschichte zieht immer weitere Kreise. Dem Außenministerium haben wir Bericht erstattet. Das geschah formlos und kurz. Jetzt kam ein Brief. Wir müssen noch mal hin und die Einzelheiten besprechen. Übrigens dankte man uns für unsere Initiative im Sinne der Völkerverständigung.“ (Brief vom 20. 3. 1965) Der Botschafter musste im Gästehaus der Regierung untergebracht werden, was für uns teuer war. Es wurde dann noch teurer, weil er mit einem großen Hofstaat kam. Ein Volkseigener Betrieb (VEB) entlastete dafür unsere Kasse. „Das Essen gab es in HO-Gaststätten oder in einem VEB-Betrieb. Das Essen war dort sehr gut, auch mit super freundlicher Bedienung. Sie freuten sich sehr, daß bei uns alles so harmonisch verlief. In dem VEB-Betrieb kochte man z.B. bei einem Abendbrot schnell noch Bratkartoffeln nach, als sie merkten, daß einige von uns nicht satt wurden. Für diesen Nachschlag wollten sie nichts bezahlt haben. Auch für den Eßraum, der extra für uns dreimal saubergemacht und geheizt worden war, wollte der Betrieb keinen Pfennig nehmen.“ (Brief vom 11. 4. 1964)

Nach dem 3. Studienjahr ging ich für ein Jahr als studentischer Obmann zur ESG in die Berliner Geschäftsstelle. Ich sollte vor allem Studenten aus Afrika Kontakte zu den Studentengemeinden vermitteln.

Viele Studenten aus Afrika waren Christen. Die Studentengemeinden durften nicht in den Studentenheimen für ihre Veranstaltungen werben. Auch kam nicht jeder in ein Studentenheim. Besonders die großen Heime hatten Pförtner. Dort musste man sich anmelden und sagen zu wem man wollte. Die ausländischen Studenten wohnten alle in solchen abgeschotteten Heimen. Als Student hatte man kein Problem an so einer Pforte.

Alles, was nicht üblich war, stieß in der DDR auf Hindernisse. Es dauerte ziemlich lange, bis ich von der Fakultäts- und Universitätsleitung die Genehmigung bekam, um ein Jahr auszusetzen und danach das Studium wieder in Rostock fortzusetzen. Vor allem die Professoren der theologischen Fakultät wollten mich nicht gehen lassen. „Die Fakultät will mir den Laufpass nicht geben. Der Herr Dekan telefonierte mit Vater eine halbe Stunde. Von der Studentengemeinde haben sich schon mehrere Leute für mich eingesetzt. Ich finde das ganze Theater höchst albern. Vielleicht lasse ich mich exmatrikulieren. Aber erst einmal muß ich sehen, daß mich 1965 eine andere Uni oder auch Rostock wieder annimmt. Aber das wird wohl einfacher sein als mit dem Wohlwollen unserer Professoren beurlaubt zu werden. Rostock hat augenblicklich Existenzsorgen. Mehrere Studenten wollen den Studienort wechseln. Anmeldungen für das kommende Semester scheinen nicht viele zu sein. Augenblicklich sind wir nur 57 Leuten an der Fak. Hauptgrund für unsere schwache Bestückung ist wohl die schlechte Wohnungsverhältnisse.“ (Brief vom 9. 5. 1964) Damals wandten sich die Professoren an unsere Väter, wenn sie mit dem Verhalten von Studenten nicht einverstanden waren. Die Freistellung klappte dann doch. Voraussetzung für die Genehmigung durch das Rektorat war, dass ich auf mein Wohnrecht in Rostock verzichtete. Auch mussten die Finanzen geklärt werden. Die ESG stellte beim Oberkirchenrat in Schwerin den Antrag, damit ich ein Monatsgehalt von 200 Mark bekam. Das gelang nur, weil ich einige Monate in Mecklenburg ehemalige Studentengemeindeleiter, die jetzt irgendwo in den Dörfern wohnten, aufsuchte und mit ihnen besprach, wie sie sich in der Kirche engagieren konnten.

Im September 1964 begann ich bei der Studentengemeinde. Vorher musste aber noch ein weiteres Hindernis abgeräumt werden. Es war sehr schwer, für Ostberlin eine Zuzugsgenehmigung zu bekommen. Ohne diese Genehmigung durfte man in Berlin nicht wohnen, auch nicht zeitweise zur Miete. „Mit dem Zuzug nach Berlin wird alles in Ordnung gehen. Ich bin im Sprachenkonvikt eingetragen. Mein Zimmer ist in der Barnimstr. 14 bei Kress (Berlin NO 18).“ (Brief vom 26. 8.1964) Das Sprachenkonvikt war eine kirchliche Hochschule. Hier konnten die Theologie studieren, die keinen Studienplatz auf staatlichen Universitäten bekamen. Ich habe dort nicht studiert. Die Eintragung habe ich nur genutzt, um in Berlin wohnen zu dürfen.

„Hier habe ich eine gute Bude bekommen, direkt am Alex. 15 Minuten gehe ich bis zum Büro. Die Wirtin ist eine nette Berlinerin. Sie redet ohne Punkt und Komma, ist aber sonst sehr nett. Sonntags kann ich bei ihr Mittag mitessen, auch sonst stellt sie mir öfter was herein, wäscht meine Strümpfe und Nyltesthemden.“ (Brief vom 22. 9. 1964) Mein Stubenfenster zeigte auf einen geschlossenen Hinterhof. Es gab dort mehrere solche Hinterhöfe. Bei gutem Wetter hingen die Leute in ihren Fenstern und unterhielten sich. So bekam ich einiges über das Berliner Leben mit. In einem Hinterhofhaus wohnte ein Bettler, der morgens zerlumpt mit einem kleinen Bauchladen loszog. Abends konnte ich ihn manchmal gut gekleidet ausgehen sehen. Einen Selbstmordfall erlebte ich dort. Jemand hatte die Trennung seiner Familie durch die Berliner Mauer nicht verkraftet.

Die Zeit in Berlin war für mich sehr interessant. Ich nutzte sie für Theaterbesuche. In der Brechtbühne sah ich alles, was auf dem Spielplan stand. Ich erlebte bei der ESG viele Tagungen und die Besprechungen der DDR-Studentenpfarrer. Die Studentengemeinden hatten in der DDR großen Zulauf. Sie waren an den Universitäten die einzige Alternative zur FDJ. In unseren Veranstaltungen wurde viel politisiert. Über die ESG bekamen wir Kontakt zu westlichen Studenten. Nach Rostock kamen z.B. regelmäßig Studenten aus Lund/Schweden. Sie durften ohne große Formalitäten einen Tag mit der Fähre nach Rostock kommen. Für die DDR war diese Maßnahme eine Einnahmequelle von Westgeld. In Schweden war Alkohol verboten. In Rostock konnten sich die Schweden preiswert volllaufen lassen. Das war nicht das Interesse der uns besuchenden Studenten. Mit ihnen diskutierten wir über Gott und die Welt. In Berlin kamen viele zu Tagesbesuchen durch den Tränenpalast in der Friedrichstraße. In der Marienkirche hörte ich eine Predigt

von Martin Luther King.

„Hier ging es in den letzten Tagen hoch her. Am Wochenende tagte der Vertrauensrat. Montag bis heute war die Studentenpfarrerkonferenz. Vor 1 Uhr kam man nie ins Bett. Beides war aber recht interessant. Auf der letzten Tagung wurde heftig über Herbert Braun diskutiert. *(Braun war ein sehr umstrittener Theologieprofessor. Ich habe seine Bücher mit immer mehr Interesse gelesen.)* Auch wurde über andere aktuellen Fragen gesprochen: Wehrersatzdienst und Prager Friedenskonferenz. Die Mitarbeit an der letzteren Sache ist für uns doch sehr umstritten, da die Schlüsselpositionen von CDU-Freunden eingenommen sind und man nur schlecht zum Zuge kommt. ... Am 13. X. beginne ich mit der offiziellen Reiserei. Zunächst geht es nach Quedlinburg, Erfurt, Ilmenau, Weimar und Jena. Am 23. bin ich wieder in Berlin. In Berlin ist dann die Herbsttagung der Ökumenereferenten. Am 27.X. geht es dann weiter: Leipzig, Halle, Merseburg, Leipzig, Cottbus, Dresden, Freiberg, Karl-Marx-Stadt, Zwickau und Jena, vielleicht noch Quedlinburg. Spätestens am 21.XI. bin ich wieder in Berlin Am 23. geht es dann über Greifswald, Rostock nach Schwerin, wo ich am 30.XI. hoffe aufzutauchen. Vom 4.-6.XII. ist dann das Afrikanertreffen im Stefanusstift. Die Zeit bis dahin ist gut ausgefüllt.“ (Brief vom 2. 10. 1964)

Ich fuhr damals in alle Orte, wo Afrikaner studierten oder ausgebildet wurden. Nur wenige hatten Kontakte zu Deutschen. Ich konnte viele Kontakte zu Studentengemeinden oder örtlichen Kirchengemeinden vermitteln. Es gab damals Rassismus in der DDR. In Freiberg und Ilmenau erlebte ich rechtsradikale Studentengruppen. Afrikanische Studenten hatten es damals insgesamt im Ostblock schwer. Wir haben versucht, ihnen durch eine Tagung in Meißen zu helfen. Über das John-Knox-Institut in der Schweiz gingen Einladungen an afrikanische Studenten in mehrere Ostblockländer. Mit Pfarrer Dr. Glöckner, der damals der Leiter der Geschäftsstelle in Berlin war, und einem Rostocker Medizinstudenten aus Ghana, wartete ich vergeblich auf die Teilnehmer der Tagung. Keiner konnte in die DDR einreisen. In der DDR waren solche Veranstaltungen nicht erwünscht. Später wurden einige afrikanische Studenten aus der DDR ausgewiesen. Viele damalige Studenten hatten an den Unabhängigkeitsbewegungen ihrer Länder teilgenommen. Sie waren Sozialisten, kritisierten aber in Universammlungen den undemokratischen DDR-Sozialismus. Für mich waren die Gespräche mit diesen Studenten interessant. Ich lernte durch sie andere Formen des Sozialismus kennen. Präsident Julius Nyerere aus Tansania begeisterte mich damals mit seinem Gesellschaftsmodell.

Meine Aktivitäten für die Ausländer wurden vom Staat beobachtet. „Gestern hatte ich ein längeres Gespräch bei Eis im Haus des Lehrers mit einem Herrn des Staatssekretariats für Kirchenfragen. Ein Ministerium hatte angefragt wegen 2 Ausländertagungen. Bei der letzten in Leipzig vor einer Woche streifte die Diskussion unangenehme Stellen. Das war höchstwahrscheinlich Anlaß der Nachfrage. Erstaunlich, wie schnell man bis in die Spitze hinein informiert wird. Es scheint aber keinerlei Folgen für uns zu haben.“ (Brief vom 20. 3. 1965) Mit solchen Beobachtungen musste man in der DDR immer rechnen. Mit den ausländischen Studenten haben wir oft über Politik gesprochen. Sie hatten viele Fragen zur DDR und wir zu ihren Ländern. Stasi-Informanten berichteten wohl über solche Gespräche.

„In Dresden diskutierte ich ziemlich heftig mit einigen Indonesiern über den UNO-Austritt. Der Prager Botschafter hatte gerade eine politische Versammlung abgehalten, zu der aus jeder Stadt *(in der DDR)* ein Indonesier kommen mußte. Er muß ganz schön gegen die UNO, die Westmächte und Malaysia gehetzt haben. Auch ist den Indonesiern jetzt jede Diskussion über das Pantasila – Sukarnos Staatsideologie – verboten. Erstaunt war ich über den nationalen Fanatismus, dem die meisten erlegen waren. Sie verstanden nicht, daß Tito und Nasser und andere Staatsführer ihren Austritt aus der UNO nicht positiv bewerteten. Ich sprach allerdings auch einige, die sich überlegten, in welches andere Land sie nach dem Studium gehen sollten.“ (Brief vom 31. 1. 1965) Indonesische Studenten, die die Politik ihres Präsidenten kritisierten, wurden aufgefordert sofort das Studium zu beenden und in ihr Land zurückzukehren. Sie mussten mit ihrer Verhaftung rechnen. Damals wurden viele politische Gegner ermordet.

Für den innerkirchlichen Dienstgebrauch schrieb ich am 25. Mai 1970 einiges von meinen Erfahrungen „Zur Situation der Afrikaner und Asiaten in der DDR“ auf. „Wenige Afrikaner und Asiaten haben gute Kontakte zu Deutschen. Meistens ist das Verhältnis sehr gespannt. Nachdem vor Jahren (bis ca. 1965) Ausländer fast

immer in Studentenheimen mit Deutschen zusammenwohnten, gibt es das heute kaum noch. Die Ausländer werden isoliert und isolieren sich immer mehr von Deutschen. Besonders Afrikaner südlich der Sahara klagen über Beleidigungen und Verunglimpfungen hinsichtlich ihrer Rasse. Viele halten aus persönlichen Erfahrungen in der DDR ein friedliches Miteinander von Weißen und Schwarzen nicht für möglich und sehnen den Tag herbei, an dem sie die DDR verlassen können. Da die Ausländer im heiratsfähigen Alter oft 7-10 Jahre in der DDR bleiben müssen, ist das Verhältnis zum anderen Geschlecht ein Problem, dem sich nur wenige entziehen. Viele versuchen die Frage zu lösen durch Umgang mit Mädchen, an die sich keiner gebunden fühlt. Ernstzunehmende Freundschaften sehen sich dem Spott und der Verachtung der Umwelt ausgesetzt. Mischehen sind z.Zt. verhältnismäßig selten. Ihr Zustandekommen wird durch ein langwieriges, z.T. demütigendes staatliches Genehmigungsverfahren und durch die Ungewissheit erschwert, wie die Familie und Umwelt des Mannes beide aufnehmen werden. Die Zahl der Mischlingskinder mit alleinstehenden Müttern nimmt ständig zu.“ Ich habe damals vorgeschlagen, „dass ein verheirateter Theologe für mehrere Jahre ganz für die Kontaktaufnahme und Beratung von ausländischen Studenten und Praktikanten freigestellt wird.“ Außerdem schlug ich vor, dass „in der DDR mehrere Begegnungszentren entstehen, wo Ausländer ständig aus und ein gehen können.“ Von diesen Vorschlägen wurde nichts realisiert. Als ausländische Studenten an den Universitäten habe ich damals nur Männer erlebt. In Quedlinburg gab es Afrikanerinnen, die eine Ausbildung als Krankenschwester absolvierten.



DDR-Wunschvorstellung der  
führenden Genossen

Foto 1984 Hinrich Kuessner

## Tod im Stasiknast Bautzen II

1970

Bei einem Praktikum auf dem Michaelshof im Sommer 1962 befreundete ich mich mit Reimar Krell. Er wollte Diakon werden. Bis zum Beginn dieser Ausbildung in Berlin arbeitete er auf dem Michaelshof. Die Ausbildung im Berliner Stefanusstift brach er später ab, weil er schwul war und meinte, dass das Sünde ist. Das war damals gängige kirchliche Meinung. Er arbeitete dann in einem Berliner VEB-Betrieb und später als Kellner im Erzgebirge.

Er „wurde als uneheliches Kind der Arbeiterin Irma KRELL geboren und wuchs in ungeordneten familiären Verhältnissen auf.“ (Stasiakte Schlussbericht beim Ermittlungsverfahren am 27. 1. 1969) Mit vier Jahren kam er in ein evangelisches Kinderheim. Seine Mutter saß im Gefängnis wegen einer unerlaubten Schwangerschaftsunterbrechung mit tödlichem Ausgang. Mit 10 Jahren kam er zurück in die Familie. Seine Mutter hatte inzwischen geheiratet. Das Verhältnis Mutter-Sohn war immer gestört. Auf eigenen Wunsch kam er wieder in ein Heim. Nach dem Abschluss der 8. Klasse begann er eine Bäckerlehre, die er aber abbrach. Mit 15 Jahren kam er in den Jugendwerkhof in Hennickendorf und musste in einem Zementwerk arbeiten. Jugendwerkhöfe waren Gefängnisse für Jugendliche. Der einzige Grund für seine Inhaftierung war wohl sein Abbruch der Lehre. Nach drei Jahren wurde er entlassen und wurde Beifahrer in einer Molkerei in Lüththeen, seiner Heimatstadt. Er kehrte aber nicht zurück zu seiner Familie, sondern ging zu einer Bekannten, Frau Timm, eine behinderte Frau, die er später als seine Mutter bezeichnete. Sie hatte einen Fernsehapparat zu einer Zeit, als das noch nicht viele hatten. Das war wohl die Ursache für diese Bekanntschaft. Seine Mutter zeigte ihn einmal bei der Polizei an, weil er dort Westfernsehen sah. Reimar hatte eine schwierige Kindheit. Er wollte immer wissen, wer sein Vater war. Seine Mutter sagte es ihm nicht. Als wir uns kennenlernten, war das für ihn ein wichtiges Thema. Er bekam darauf keine Antwort.

Im Frühjahr 1968 wollte er über die Grenze der CSSR in den Westen abhauen. Er hatte im Deutschlandfunk, einem westdeutschen Radiosender, gehört, dass die Tschechen Grenzhindernisse zur Bundesrepublik abgebaut haben. Der Prager Frühling weckte manche Hoffnung auf Änderungen in den Ostblockstaaten und auf eine Öffnung in Richtung Westen. Im Erzgebirge wurde die Grenze zur CSSR nicht sehr bewacht. Mit Hund und Fahrrad ging er über die grüne Grenze. Aber die Grenze zum Westen war auch in der CSSR gut gesichert. So blieb er monatelang illegal in der CSSR. Dann kam der Einmarsch der Warschauer Paktstaaten am 21. August 1968. Reimar sammelte auf dem Wenzelplatz in Prag Unterschriften gegen den Einmarsch. Er hatte Plakate mit Schriftsätzen gegen den Einmarsch gefertigt, die er an seinem Stand zeigte.

Er sammelte täglich über 10.000 Unterschriften. Weitere DDR-Bürger unterstützten ihn dabei. Dem ZDF gab er ein Interview. Der Journalist versäumte, seine Stimme unkenntlich zu machen. Zu spät versuchte er, mit einem falschen Pass, den die französische Botschaft ihm ausstellte, nach Österreich zu kommen. Die Franzosen vertraten die Interessen der Bundesrepublik in der CSSR. Eine westdeutsche Botschaft gab es damals nicht in Prag. Er hatte einen westdeutschen Pass, aber kein Visum. An der Grenze wurde schnell festgestellt, dass er als DDR-Bürger mit falschem Pass in den Westen wollte. Er wurde festgenommen und an die DDR ausgeliefert. In der Untersuchungshaft in der CSSR wurde ein Selbstmordversuch von ihm durch das Aufsichtspersonal verhindert. Nach der Auslieferung in die DDR kam er in ein Stasiuntersuchungsgefängnis in Berlin.

2013 haben meine Frau und ich bei dem Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes in die Prozess- und Gefängnisakten eingesehen. In den Akten wird geschildert, dass Reimar große Angst vor der Untersuchungshaft bei der Stasi hatte. In den Stasiakten kann man nachlesen, dass er völlig überrascht war, als ihm ein junger freundlicher Stasileutnant als Vernehmer begegnete. Dieser Leutnant erschlich und missbrauchte sein Vertrauen. Er bereitete ihm so ein hohes Strafmaß vor. Damit tat der Leutnant wohl seinen ersten erfolgreichen Schritt für seine Karriere im Apparat der Stasi. Im Internet konnte ich nachlesen, dass dieser Stasimann eine erfolgreiche Karriere bis 1989 gemacht hatte. Er machte aus Reimar einen gefährlichen Staatsverbrecher. Das Ergebnis war eine Verurteilung zu 6 Jahren Haft im Stasigefängnis Bautzen II.

Von Frau Timm hörte ich, dass Reimar in einem Berliner Untersuchungsgefängnis einsaß. Er hatte ihren Namen für den Briefkontakt angegeben. Ich wollte versuchen, ihm auch zu schreiben. Am 17. Mai 1969 schickte ich einen Brief ab an die Adresse, die mir Frau Timm mitgeteilt hatte. Den Brief fand ich in den Stasiakten. Er wurde Reimar nicht ausgehändigt. Ich bekam aber eine Schreiberlaubnis. Monatlich durfte ich ihm und er mir einen Brief schreiben. So bekam er wenigstens von zwei Leuten Post ins Gefängnis. Gefangene durften nach der Verurteilung alle drei Monate Besuch bekommen. Frau Timm war alt und behindert und konnte nicht die Fahrt nach Bautzen bewältigen. Darum wollte ich ihn besuchen. Das wurde zunächst abgelehnt. Über eine Staatsratseingabe habe ich damals erreicht, dass ich ihn besuchen durfte.

Ein Vetter von mir aus dem Westen war mit Reimar befreundet. Er hatte ihn einmal in der CSSR getroffen. Reimar hoffte auf eine Hilfe von einer Person in Wien. Mein Vetter hat versucht, mit dieser Person Kontakt zu bekommen. Aber das brachte nichts. Zusammen mit meinem Vetter habe ich den Pflichtverteidiger von Reimar in Berlin aufgesucht. Es war ein junger Jurist und SED-Genosse. Er erzählte uns, dass Reimar in der Untersuchungshaft in der CSSR einen Selbstmordversuch gemacht hatte. Er sagte uns, dass er versuchen will, Reimar vorzeitig aus der Haft zu bekommen. Wir hatten den Eindruck, dass dieser SED-Genosse es ernst meinte.

Reimar saß im Stasigefängnis in Bautzen II. Einmal am 8. Juni 1970 habe ich ihn dort besucht. Das war der einzige Besuch, den Reimar im Gefängnis bekam. Damals wusste ich nicht, dass es in Bautzen zwei Gefängnisse gab. Ich ging vom Bahnhof zum Gelben Elend, wie das mir bekannte Gefängnis genannt wurde. Dort kannte man keinen Strafgefangenen Reimar Krell. Schließlich sagte man mir, dass er dann wohl im anderen Gefängnis einsitzt. So pilgerte ich zum nächsten Gefängnis. Diesen Besuch habe ich in fürchterlicher Erinnerung. Er war für mich eine Warnung, es nie so weit zu treiben, dass ich in der DDR inhaftiert werde. Nachdem ich am Eingangstor über Sprechfunk mein Anliegen gesagt hatte, musste ich lange warten bis zum Einlass. Ich wurde in eine kleine Besucherzelle geführt und gründlich durchsucht und darüber belehrt, was ich sagen und was ich nicht sagen durfte. Dann dauerte es wieder endlos, so kam es mir jedenfalls vor. Reimar kam dann schließlich mit einem Bewacher. Ich hatte den Eindruck, dass er erst von meinem Besuch gehört hatte, als er zu diesem Gespräch abgeholt wurde. Wir saßen an einem kleinen Tisch. Reimar mir gegenüber, der Bewacher zwischen uns. Wenn Reimar etwas sagte, dann sah er zunächst zu dem Bewacher. Der Bewacher, dort genannt Erzieher, mischte sich ständig in unser Gespräch. Wenn ich einen Namen nannte, fragte er, wer das ist. Wir konnten uns nicht richtig unterhalten. Ich ging mit einem sehr schlechten Gefühl weg.

Der Gefängnisleitung wollte ich zeigen, dass Reimar einen Kontakt hat, der ihm nach seiner Entlassung hilft. Ich hatte darum um ein Gespräch mit einem Verantwortlichen der Gefängnisleitung gebeten. Das Gespräch kam auch zustande. Ich konnte mein Anliegen äußern. Aber auch dieses Gespräch machte mir nicht Hoffnung, dass dadurch seine Haftzeit verkürzt werden könnte.

Reimar hat sich bald danach am 30. Juli 1970 im Gefängnis das Leben genommen. Seine Mutter bekam die Nachricht, obwohl sie über Jahre keinen Kontakt hatten. Frau Timm, seine offizielle Briefkontaktfrau, bekam keine Nachricht. Über den Kleinstadtklatsch hatte sie gehört, dass er gestorben sei, wohl Selbstmord gemacht hat. Aber Genaues wusste sie nicht. Sie benachrichtigte mich. Ich versuchte dann herauszubekommen, was passiert ist. Ich schrieb an die Gefängnisleitung von Bautzen II, bekam aber keine Antwort. In den Stasiakten konnten wir lesen, dass ein Genosse Oberst der Meinung war, dass mein Schreiben nicht beantwortet werden muss, da ich nicht mit Reimar verwandt war. Da ich nichts hörte, schickte ich ein Telegramm an die Haftanstalt: „LEBT HERR KRELL BITTE ANTWORT = KUESSNER“. Nun kam ein Antwortschreiben allerdings ohne Antwort auf meine Fragen. Darin hieß es, „daß es nicht üblich ist über Personenstandsfälle, außer den nächsten Verwandten, andere Personen zu benachrichtigen. Ich stelle Ihnen deshalb anheim, sich an seine leibliche Mutter zu wenden.“

Ich nahm den Kontakt zu seiner Mutter auf. Sie bekam die Urne zugeschickt. Ich fuhr zur Beerdigung. „Morgen will ich zur Beisetzung von Reimar nach Lübtheen. Die Urne ist seiner Mutter ausgeliefert worden. Auf meine Anfrage teilte sie mir den Termin mit. Sie hat ihn noch so gelegt, daß ich hinfahren konnte. Das finde ich sehr nett. Seit Jahren sagten sich beide ja nicht mehr guten Tag.“ (Brief vom 30. 8. 1970) „Es war gut, daß ich gestern in Lübtheen war. Die Mutter machte auf mich einen guten Eindruck, auch ihre Familie.“

Sie scheint weithin auch ein Opfer ihrer Umgebung zu sein. Kleinstädtisches Geklatsche kann Menschen wohl ganz schön ruinieren. Die Gemeinde hat sich dabei auch nicht gerade intelligent verhalten. Mit dem Pastor, der die Beerdigung hielt, unterhielt ich mich auch länger. Mehr erfahren über Reimars Ende habe ich bei seiner Mutter auch nicht. Sie hat nur einen nichtssagenden Brief und die Sterbeurkunde mit der Angabe ‚in Bautzen tot aufgefunden‘. Diese Angabe ist ja etwas seltsam, und läßt viele Vermutungen aufkommen.“ (Brief vom 1. 9. 1970)

„In Bautzen tot aufgefunden“, das konnte viel sein. In dem Brief des Leiters des Gefängnisses hieß es: „Bitte gestatten Sie mir, daß ich Ihnen zum Ableben Ihres Sohnes Reimar mein aufrichtiges Beileid übermittle. Die Handlung Ihres Sohnes kam für uns unverhofft, so daß wir keine Gelegenheit nehmen konnten, ihn von seinem Vorhaben abzubringen bzw. ihn daran zu hindern.“ (5. 8. 1970) Dieser Brief ließ Selbstmord vermuten. Aber warum stand dann auf der Sterbeurkunde diese seltsame Notiz „in Bautzen tot aufgefunden“. Unangenehme Tatsachen wurden von den Funktionären der DDR oft verschwiegen oder verfälscht. Gab es Streit mit tödlichem Ausgang zwischen Häftlingen oder sogar mit den „Erziehern“?

Für den Pastor war es Selbstmord und Selbstmord war Sünde, auch wenn man ihn im Gefängnis begeht und man gar nicht genau wusste, was dort vorgefallen war. Es gab darum nur eine kurze Trauerfeier am Grab, eine für Selbstmörder.

Erst 2013 habe ich bei der Einsicht in die Stasiakten erfahren, was damals passiert ist. In den Akten fand ich seinen letzten Brief an mich, den er wenige Tage vor seinem Tod geschrieben und den man mir nicht zugestellt hatte. Auch ein Brief an Frau Timm war in den Akten. Frau Timm war inzwischen verstorben. Im Abschlussbericht des Hauptmanns SV Pokorny vom 4. August 1970 zur Selbsttötung heißt es: „Gegen 15.00 Uhr wurde Krell nach einer erfolgten Aussprache beim Erzieher in seinen Arbeitsraum zurückgeschleust. Er setzte sich an seinen Arbeitsplatz, rauchte eine Pfeife und begab sich danach in den angrenzenden Toilettenraum. Da die Mitgefangenen bei Krell keine Auffälligkeiten bemerkten und nach ca. 10 Min. die Betätigung der Wasserspülung vernahmen, schöpften sie in keiner Weise irgendwelche Vermutungen. Gegen 15.30 Uhr verlangte der Gefangenenbrigadier die Tagesarbeitsergebnisse der Strafgefangenen. Da sich Krell in der Toilette befand, wurde er zu diesem Zweck angerufen. Es erfolgte keine Antwort, so daß der Stfg. ... die von Krell verklemmte Toilettentür durch Anheben öffnete. In diesem Augenblick wurde die Selbsttötung festgestellt. Der Strafgefangene ... schnitt mit einer Schere (Arbeitswerkzeug) die Schlinge los. Die von dem Stfg. ... sofort unternommenen Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos, so daß der gegen 15.50 Uhr eintreffende VP-Arzt Dr. Böhme nur noch den Tod feststellen konnte.“

Reimar hatte sich im Gefängnis mit einem Mithäftling angefreundet und mit ihm Zukunftspläne geschmiedet. Das hatten seine „Erzieher“ mitbekommen. Der Mithäftling wurde so verlegt, dass sie keinen Kontakt mehr haben konnten. Das wurde Reimar in der Aussprache mitgeteilt. Nach dieser Mitteilung nahm er sich das Leben.

In den Akten konnte ich auch nachlesen, dass sich seine Mutter, als Reimar in der Stasiuntersuchungshaft war, in einem Brief an den Generalstaatsanwalt sehr negativ über ihren Sohn ausließ. Ihr war eine Westreise abgelehnt worden. Sie vermutete, dass das wegen Reimar geschah. Sie schrieb dem Generalstaatsanwalt, dass Reimar schon immer gegen die Politik der DDR war und dass sie ihn deswegen schon früher angezeigt hat. Im Brief verurteilte sie ihren Sohn und machte deutlich, dass sie keine Gemeinsamkeiten mit ihm hat. Sie sei eine treue DDR-Bürgerin, Reimar sei aber ein Gegner der DDR. Ihre Trauer bei der Beerdigung wurde mir wohl nur vorgespielt. Aber was damals bei der Mutter vorging, weiß ich nicht. Ich kannte damals nicht die Hintergründe. Nach der Beerdigung war ich bei der Familie zu einer Tasse Kaffee. Wir unterhielten uns nett. Ich dachte damals, dass der Tod vielleicht zur Versöhnung der Mutter mit dem Sohn beigetragen hat. Nachdem ich die Stasiakten las, konnte ich mir das nicht mehr vorstellen.

Berlin, den 25. 9. 1968

## Verfügung

Gemäß § 98 der Strafprozeßordnung wird gegen ~~den~~/die

Name **KRELL**  
Vorname **Reimar**  
geboren am **15. 10. 1943** in **Lübtheen**  
Beruf **ohne** zuletzt **Bufettier**  
Wohnanschrift **Lübtheen, Jessenitzer Weg 3**

aus den unten angeführten Gründen die Einleitung/Erweiterung eines/des\*) Ermittlungsverfahrens angeordnet.

### Gründe:

**KRELL** steht im dringenden Verdacht, in der CSSR Hetzlosungen geschrieben und angebracht und Fernseh- und Rundfunkinterviews gegeben sowie die konterrevolutionären Elemente unterstützt zu haben mit der Zielsetzung, die Maßnahmen der fünf verbündeten Armeen zu diskriminieren, wozu er sich zum Teil westlicher Publikationsorgane bediente. Des weiteren ist der Beschuldigte **KRELL** verdächtig, es am 27. 8. 1968 mit Hilfe falscher Dokumente von der CSSR aus versucht zu haben, die DDR auf ungesetzliche Weise nach Westdeutschland zu verlassen.

Strafbar gemäß § 106 (1), 1, 3 (2), § 108 und § 213 (1), (2) 2, (3) StGB



\*) Nichtzutreffendes streichen

0340 665 20.0 Form 97

*H. Smith*  
Leiter des Untersuchungsorgans

BSTU  
0200 680

Persönliche Niederschrift 81 ASR

Kell, Reimar  
geb. 15. 10. 43 in Lübbchen  
Wohnort: Lübbchen, Jersmitzer Weg 3  
Beruf: ohne

Name: KUESSNER  
Vorname: HINRICH  
geb.: 1943  
Wohnort: Schwerin, Körnerstraße 19  
Tätigkeit: Student der Theologie in Rostock  
Familienstand: ledig  
Nationalität: deutsch Staatsangehörigkeit: DDR  
Grösse: ca. 176 cm  
Gestalt: schlank  
Sprache: hochdeutsch

BSTU 681  
0201

-2-

Hinrich Kuessner konnte ich 1962 während meines Aufenthaltes in Rostock kennen. Er arbeitet sonntags auf dem „Michaelshof“ - einer Anstalt der Inneren Mission für Körperbehinderte und geistiggestörte Kinder - wo auch ich tätig war.

Während des Aufenthalts in Rostock besuchte ich ihn häufig. Als ich dann nach Berlin übersiedelte, setzte reger Briefwechsel ein. Von Berlin aus bin ich des öfteren per Anhalter über das Wochenende nach Rostock gefahren. Einmal hat Hinrich mich auch in Lübbchen bei Frau Timm besucht. Einige Male habe ich ihn auch kurz bei seinen Eltern in Schwerin besucht.

Vater und Mutter von Hinrich leben in Schwerin. Der Vater ist bei der Inneren Mission als Landespastor beschäftigt. Hinrich ist das letzte Kind einer grossen Schar. Von diesen Geschwistern kenne ich persönlich die Schwester Ingrid, die in Dresden als Krankenschwester tätig ist. Hinrichs Hobby ist der Handball. Er ist aktiv in einer Studentenmannschaft.

Mir sind namentlich keine Verbindungen Hinrichs bekannt. Ich weiss lediglich, daß er umfangreiche Korrespondenz mit seiner Verwandtschaft besitzt. Hinrich ist mit Gudrun [REDACTED] einer Theologiestudentin verlobt.

Reimar Kell

Alle Dokumente sind aus der Stasiakte:

Reimar wurde in der Untersuchungshaft aufgefordert, alles aufzuschreiben, was er über seine Bekannten wusste.

Hier ist sein Bericht über mich.

Darstellungstaktik: Die Darstellungen sind auf einer richtigen sehr soliden Basis zu führen. Wohl hatte andere Vorstellungen von den Darstellungen beim MFS und ist vom bisherigen Ablauf der V-Phase beeindruckt. Auf Grund seiner persönlichen Bindungen versuchte er zu Anfang die Namen von DDR Bürgern sowie CSSR Bürgern, da er befürchtete und noch befürchtet, daß diese Personen belauert werden könnten. Seine Angst und die Sorge um seine Pflegeeltern ist dem Beschuldigten zu nehmen.

Darum ist die Fragestellung so aufzubauen, daß der Beschuldigte umfassende Aussagen machen muß, jedoch die konkrete Zielrichtung noch nicht erheut. Die Aussagen sind detailliert zu protokollieren.

Durch bestimmte konkrete Andeutungen in den Darstellungen ist der Beschuldigte zu der Auffassung zu bringen, daß sein MFS über sein bisheriges Leben und besonders über seine Tätigkeit nach dem 21.8.68 hinreichend informiert ist, um wohl zu veranlassen, alle zusammenhänge seiner Phantasien zu offenbaren.

Bisher hat Well im Daskelhaus offen seine Phantasien eingestanden. Es ist zu beachten, daß diese Offenheit von Seiten des Beschuldigten ein habituelles Verhalten sein kann, um andere, schwerere Phantasien zu verheimlichen.

-7-

101

BSTU  
0112

Da die Aussagen des Urell bezüglich seines Aufenthaltes in der CSSR nicht im vollen Umfang überprüfbar sind, wird der Beschuldigte versau kopiert detaillierte Niederschriften auszufertigen, um einem eventuellen Widerruf der Aussagen zu begegnen. Alle Möglichkeiten der Beweisführung sind zu nutzen, da der Beschuldigte ein großes Gelübungsbedürfnis hat und möglicherweise seine sich durch erdachte Aussagen sich sicherer machen will.

Urell übernehmen in Plauen in der U-Haft einen Selbstmordversuch.

Der Beschuldigte ist sehr leicht beeinflussbar und beeindruckbar, was in der Untersuchungstaktik genutzt werden kann.

055

Berlin, den 29.01.1969  
3 Expl. 2. Ausfertigung

BSTU  
0069

### E I N S C H Ä T Z U N G

Über das Verhalten des Beschuldigten KRELL, Reimar  
während der Zeit der Untersuchungshaft

Der Beschuldigte entstammt einer Arbeiterfamilie und wuchs in ungeordneten familiären Verhältnissen auf. Seine früheste Jugendzeit verbrachte er in einem Kinderheim. Da ihm die elterliche Liebe nicht entgegengebracht und es Auseinandersetzungen mit seinen Eltern gab, verließ er das Elternhaus und wurde erneut in ein Kinderheim eingewiesen, wo er die 8. Klasse beendete. Eine begonnene Bäckerlehre setzte KRELL nicht fort, im Resultat dessen er in einen Jugendwerkhof kam. In der Folgezeit nahm der Beschuldigte mehrere beruflichen Tätigkeiten auf, ohne einen beruflichen Abschluß zu erlangen.

Seiner homosexuellen Veranlagung wegen verhielt sich der Beschuldigte gegenüber seiner Umwelt zurückhaltend. Über die Gestaltung seines Lebens machte er sich keine tiefgründigen Gedanken. Daraus resultierte, daß er die ihm gebotenen Vorteile der Gesellschaft in Anspruch nahm, ohne seine gesellschaftlichen Pflichten zu erfüllen. Durch Bücher dekadenten Inhalts sowie Westfernsehen und Westrundfunk bildete sich KRELL in den letzten Jahren ausschließlich seine politische Meinung. Aus diesen Sendungen stellte er sich eine Meinung zusammen, die ihm genehm war, ohne die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu berücksichtigen. Dadurch geriet der Beschuldigte in Widerspruch zur DDR. Seiner Meinung zufolge gäbe es in der DDR keine "persönliche Freiheit", die nur in kapitalistischen Staaten vorhanden sei. Diese auf KRELL wirkenden negativen Einflüsse führten dazu, daß er sich

- 2 -

BSTU  
0070

056

allen gegen die DDR gerichteten Meinungen anschloß, diese billigte und kein Vertrauen zur Politik der DDR hatte.

In den Vernehmungen trat der Beschuldigte korrekt und zuvorkommend auf. Mit KRELL sehr sachlich geführte Unterhaltungen veranlaßten ihn, seine anfängliche Zurückhaltung aufzugeben und umfassende wahrheitsgemäße Aussagen zu machen. Diese anfängliche Zurückhaltung war zum Teil auf seine stark religiösen Bindungen sowie auf seine falschen Vorstellungen von der Untersuchungsführung zurückzuführen.

Die Führung des Beschuldigten in der Untersuchungshaftanstalt verlief ohne Beanstandungen. Die Weisungen des Wach- und Aufsichtspersonals befolgte er. Auf Grund der gesundheitlichen und körperlichen Verfassung kann KRELL im Strafvollzug zur Arbeit herangezogen werden.

Bei der Unterbringung im Strafvollzug ist zu beachten, daß der Beschuldigte homosexuell veranlagt ist. In seinen bisherigen Leben unternahm er mehrere Selbstmordversuche, letztmalig in der Untersuchungshaftanstalt Plzen.

*Krenkel*  
Krenkel  
Leutnant

Eingegangen  
am - 8. Dez. 1969  
erledigt 8/13/69

BSTU  
0040

Hinrich Kuessner  
3301 G n a d a u  
über Schönebeck/Elbe 1  
Seminar

den 5.12.1969

An  
die Verwaltung des Gefängnisses Bautzen  
86 B a u t z e n  
PSF 100/II

Betr.: Besuch bei dem Strafgefangenen Herrn Reimar Krell

Hiermit möchte ich für meine Frau und mich beantragen, daß wir zwischen dem 5. und 31.1.1970 den Strafgefangenen Herrn Reimar Krell besuchen dürfen. Wir sind nicht Verwandt mit Herrn Krell, aber seit langem mit ihm eng befreundet. Da er meines Wissens nur wenig Verwandte hat und diese zu ihm keine Kontakte haben wollen, kann dem Antrag hoffentlich genehmigt werden. Frau [REDACTED] die mit Herrn Krell z.Zt. Verbindung hält, ist wegen der weiten Entfernungen nicht in der Lage, ihn zu besuchen. Ich wäre dankbar, wenn der Antrag bald bearbeitet werden könnte.

*Hinrich Kuessner*

*Welchman!*

BSTU  
0041

Herrn  
Hinrich K u e s s n e r  
3301 G n a d a u  
über Schönebeck/Elbe 1  
Seminar

5.12.69

Po/Pa.

17.12.69

Besuchserlaubnis-

Sehr geehrter Herr Kuessner!

In Beantwortung Ihres Schreibens vom 5.12.69 teile ich Ihnen mit, daß ich Ihnen nach den gesetzlichen Bestimmungen den gewünschten Besuch bei dem Strafgef. Krell nicht genehmigen kann.

Hochachtungsvoll!

*[Signature]*  
- Hauptmann d. SV -

Hinrich Kuessner  
27 S c h w e r i n  
Körnerstr. 19

BSTU  
0042

An  
den Staatsrat der DDR  
102 B e r l i n  
Marx-Engels-Platz



den 27.12.1969



Betr.: Besuchserlaubnis bei dem Strafgefangenen Krell, Bautzen

Am 5.12.69 hatte ich bei der Strafvollzugsanstalt II Bautzen den Antrag gestellt, den Strafgefangenen Herrn Reimar Krell mit meiner Frau zusammen im Januar zu besuchen. Der Antrag wurde am 17.12.69 abgelehnt, da der Besuch "nach den gesetzlichen Bestimmungen" nicht gestattet ist.

Mir ist bekannt, daß nur Verwandte Strafgefangene besuchen dürfen. Wir sind nur befreundet mit Herrn Krell. Herr Krell hat aber keine Verwandten, die mit ihm Kontakt halten. Briefkontakte bestehen mit einer bekannten Frau, die aber schon so alt ist, daß sie die Reise von Jessenitz, Kreis Hagenow nach Bautzen nie unternehmen wird. Herr Krell hat eine 6-jährige Strafe zu verbüßen.

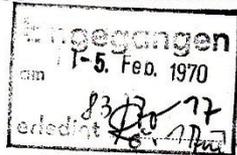
Wir in der DDR haben doch ein Interesse daran, daß die Strafgefangenen später möglichst reibungslos in das gesellschaftliche Leben eingegliedert werden. Dazu ist es sicher hilfreich, wenn die Strafgefangenen Verbindung halten können zu Menschen, denen sie vertrauen. Ich möchte Herrn Krell später helfen, daß er seinen Platz in der Gesellschaft findet.

Aus diesem Grunde möchte ich den Staatsrat bitten, ob er meiner Frau und mir oder mir allein einen Besuch bei Herrn Krell doch möglich machen läßt.

Für eine baldige Bearbeitung dieser Eingabe wäre ich dankbar.

*Hinrich Kuessner*

Rechtsabteilung

BSTU  
0043

den 2. 2. 70

Leiter der  
Strafvollzugsanstalt  
Bautzen II

Aktenzeichen:

Bl/Mz  
463004  
E 186 Bautzen

Staatsrat der DDR 102 Berlin, Marx-Engels-Platz

Betr.: Gesuch des Herrn Hinrich Kuessner -  
27 Schwerin, Körnerstr. 19 für den  
Strafgefangenen Reimar Krell

Werter Genosse Pogorny!

Wir überreichen das Gesuch des obengenannten  
Einsenders an den Staatsrat der Deutschen  
Demokratischen Republik und bitten, die wei-  
tere Bearbeitung der vorgetragenen Bitte auf  
Erteilung einer Besuchserlaubnis vorzunehmen.

Eine Nachricht an uns ist nicht erforderlich,  
das Gesuch kann bei den dortigen Unterlagen  
verbleiben.

Mit sozialistischem Gruß

  
Blühm  
Gruppenleiter
Anlage

*Bemerkung für 3.3.70 per Handzettel*

BSTU  
0045

Herrn  
Heinrich Kuessner  
27 Schwerin  
Körnerstr. 19

13.02.70

Sehr geehrter Herr Kuessner!

Auf Ihre Eingabe an den Staatsrat der DDR  
vom 27.12.69 kann ich Ihnen nunmehr mit-  
teilen, daß Sie im Ausnahmefalle Gelegenheit  
erhalten den Stfg. Krell hier in unserer  
Einrichtung zu besuchen.

Ich erteile Ihnen deshalb Besuchsgenehmigung  
mit Ihrer Gattin für den 03. März 1970 und  
bitte Sie, dieses Schreiben bei Ihrem Ein-  
treffen hier vorzulegen.

Hochachtungsvoll

  
Hptm. d. SV

BSTU  
0048Hinrich Kuessner  
3301 Gnadau  
Seminar

den 20.5.1970

An  
die Haftanstalt II  
86 Bautzen  
Mättigstr.Betr.: Strafgefangenen Herrn Reimar Krell

Zum 8.6.70 habe ich eine Besuchserlaubnis für den Strafgefangenen Herrn R.Krell erhalten. Da ich schon lange mit ihm befreundet bin, möchte ich ihm helfen, daß er nach Verbüßung seiner Haftzeit den Weg in die Gesellschaft findet. Wie Sie wissen, hat er es bisher besonders aufgrund seiner Persönlichkeitsstruktur schwer gehabt, sich im Zusammenleben mit anderen Menschen zurechtzufinden. Weder im Beruf noch in der Gesellschaft hatte er seinen Platz gefunden. Meiner Meinung nach ist das der Hauptgrund, warum sein Weg ihn nach Bautzen führte. Ich möchte ihm helfen, daß er nach der Entlassung nicht wieder scheitert. Dazu ist es wohl wichtig, daß ich in irgendeiner Form schon jetzt mit ihm seine Zukunft vorbereite. Wie das möglich ist, weiß ich allerdings nicht. Meine Frage ist darum, ob ich am 8.6.70 mit jemand<sup>von</sup> der Anstaltsleitung sprechen könnte. Ich bin am 8.6. von 11 bis 16.30 Uhr in Bautzen.

Hinrich Kuessner

**Fernschreiben - Fernspruch - Funkspruch Nr.**

Dringlichkeitsstufe

|   |                   |         |
|---|-------------------|---------|
| IdI -Stab-<br>über BDVP Stab            | Berlin<br>Dresden | 30.7.70 |
| Dienststelle, Einheit, Abt. (Abkürzung) | Ort               | Datum   |

19<sup>55</sup> bis 20<sup>03</sup>

BSTU  
0068

Betreff: Sofortmeldung Selbsttötung eines Strafgefangenen  
 Bezug: lt. Melde- u. Berichtsordnung

Am 30.7.70, gegen 15.30 Uhr, erfolgte in der StVA Bautzen II eine Selbsttötung eines Strafgefangenen durch Strangulation mit seinen Schuhbändern in der Toilette des Produktionsraumes. Das Schuhband wurde von ihm an einem Wasserleitungsrohr befestigt. Es handelt sich um den Strafgefangenen K r e l l, Reimar, geb. 15.10.43 in Lüththen Kreis Hagenow, zuletzt wohnhaft ebendort, Hesenerweg 3.

Er ist wegen staatsgefährdender Hetze pp zu 6 Jahren Freiheitsentzug verurteilt, Strafbeginn 27.8.68, Strafende 26.8.74. Er ist ledig und ohne Beruf.

An Angehörigen sind bekannt seine Pflegemutter Else Temin, gleiche Adresse wie bei Krell.

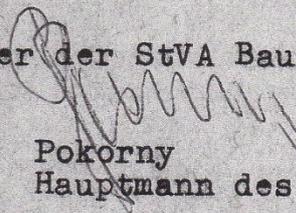
Er befindet sich seit dem 4.9.69 in der StVA Bautzen II und war bisher nicht auffällig. Vor ca. 8 Tagen wurde festgestellt, daß er illegale Verbindungen zu anderen Strafgefangenen aufnahm.

b.w.

Fernschreiben sind Telegramme - Telegrammstil anwenden - innerhalb von 30 Minuten der FS-Stelle zuleiten - Die Uhrzeit der Unterzeichnung neben der Unterschrift eintragen! - Text nicht über den Rand schreiben!

Zur Klärung dieses Sachverhaltes erfolgte am 30.7.70 von 13.15 - 15.00 Uhr eine Aussprache durch den Erzieher. Danach begab sich K. wieder in den Produktionsraum, ging in die zum Produktionsraum gehörende Toilette und setzte sein Vorhaben durch. Da sein Verbleib in der Toilette seinen Mitgefangenen auffällig wurde und er sich durch Rufen nicht meldete, wurde der von K. verklemmte Türriegel gewaltsam geöffnet. Der Mitgefangene Güttner durchschnitt sofort den Schnürsenkel und unternahm Wiederbelebungsversuche. Diese blieben ohne Erfolg, so daß der gegen 15.50 Uhr eintreffende VP-Arzt Dr. Böhme nur noch den Tod feststellen konnte. Die Untersuchungen der Abt. K ergab, daß kein Anhaltspunkt für das Einwirken anderer Strafgefangenen vorlag. Als Motiv seiner Handlung ist anzunehmen, daß er Angst vor weiterer Bestrafung hatte.

Leiter der StVA Bautzen II

  
 Pokorny  
 Hauptmann des SV

Hinrich Kuessner  
 2151 Blumenhagen  
 über Strasburg

BSTU  
 0129 UT28  
 8510

den 7.8.1970

An  
 den Leiter der Haftanstalt II  
 86 Bautzen  
 Mättigstr.

Eingegangen

am 10. AUG. 1970

erledigt 500/70

Betr.: Strafgefangenen Herrn Reimar Krell

Heute schrieb mir Frau [REDACTED] die mit Herrn Krell den offiziellen Briefwechsel führt, daß sich Herr Krell in der Haftanstalt erhängt haben soll. Da die Nachricht aber sie nicht auf dem normalen Wege von Ihnen erreicht hat, sondern über den "Dorfklatsch" und sie nicht weiß, was sie von der Nachricht halten soll, bitte ich Sie um schnell mögliche Aufklärung. Sie können sich denken, daß mich diese Nachricht erschüttert hat und ich unbedingt Genaueres über die Umstände erfahren möchte. Falls die Nachricht stimmt, teilen Sie mir bitte auch mit, wo Herr Krell begraben wurde und wer für das Grab verantwortlich ist.

Mit freundlichen Grüßen

*Krell*

Nach Auffassung des Gen. Oberst des SV Schmidt - Bock  
 brauch dieses Schreiben nicht beantwortet werden, da diese  
 Person kein verwandtschaftliches Verhältnis zu den  
 Betreffenden hat.  
 Nach Konsultierung mit Gen. Kempe ist dieses Schreiben  
 nicht zu beantworten.

13.8.70

*Römer*  
 R ö m e r

| TELEGRAMM                                   |  | DEUTSCHE POST   |              |
|---|--|---|--------------|
| 0 10 11 37<br>Aufgenommen                   | AN DIE HAFTANSTALT NR 2<br>MAETTIGSTR 86/BAUTZEN = | Übermittelt:  |              |
| Tag: Monat: Jahr: Zeit:                     |  | Tag: Zeit:  |              |
| 1484 STRASB                                 |  | an: durch   | BSTU<br>0130 |
| 1951Z BAUTZEN 3                             |  |   |              |
| Telegramm aus                               | 26 215/STRASBURG TF 20 1126 =                      |   |              |
| LEBT HERR KRELL BITTE ANTWORT = KUESSNER +  |  |   |              |
| 1131 1951Z BAUTZEN 1484 STRASBT             |  |   |              |
| Für dienstliche Rückfragen                  |  | Hinweis: Ein mit dem Zusatz TF oder TLX gekennzeichnete Aufgabebort muß nicht Wohn- oder Aufenthaltsort des Absenders sein. |              |
| VLV Sprecherei<br>Ag 210/69/DDR/3700 1/21/3 |  | C 137   |              |

BSTU  
0131

Herrn  
H i n r i c h K u e s s n e r  
2151 Blumenhagen  
über Strasburg

*Sehr geehrter*

Sehr geehrter Herr Kuessner !

Auf Ihr Schreiben und Ihr Telegramm teile ich Ihnen mit, daß es nicht üblich ist über Personenstandsfälle, außer den nächsten Verwandten, andere Personen zu benachrichtigen. Ich stelle Ihnen deshalb anheim, sich an seine leibliche Mutter zu wenden.

Hochachtungsvoll  
*[Signature]*  
Hptm. d. SV

## Ausreiseantrag in den Westen

1975

Meine Arbeit im Konsistorium gefiel mir nicht. Ich sah dort für mich keine Perspektive. Andere Tätigkeiten in der DDR schienen mir nicht offen zu stehen. Wir stellten darum nach der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa in Helsinki im Juli 1975 einen Übersiedlungsantrag zu meinem Bruder in den Westen. Den ersten Antrag vom 12. November 1975 begründeten wir so: „1973 mußte ich meinen erlernten Beruf als evangelischer Pfarrer aus gesundheitlichen Gründen aufgeben. Trotz längeren Suchens fand ich als Theologie keine Anstellung, die mein Gesundheitszustand zuließ und zu der ich geeignet war. Ich nahm deshalb an einer Erwachsenenbildung in der kirchlichen Verwaltung am Evangelischen Konsistorium in Greifswald teil. Dort arbeite ich jetzt als Abteilungsleiter. Ich habe dabei mit Dingen, die ich in meinem Beruf als Pfarrer gelernt habe, nicht zu tun. In der BRD könnte ich in meinem erlernten Beruf arbeiten, nicht als Gemeindepfarrer, aber z.B. als Regionslehrer. Ich könnte dort eine Stelle bekommen, die meiner Berufsausbildung entspricht und die mein Gesundheitszustand zuläßt.“

Der Antrag ging an den Rat der Stadt Greifswald. Es kam auch schnell eine Antwort: „Wir haben Ihr Schreiben erhalten und teilen Ihnen mit, daß Ihr Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch bearbeitet wird. Wir bitten um Ihr Verständnis.“ Dann hörten wir nichts mehr. Ich ging darum zum Rat der Stadt. Im Stadtarchiv las ich dazu 2018 folgenden Vermerk: „Am 19. 01. 1976 erscheint obengenannter Bürger (*Hinrich Kuessner*) und hält Nachfrage, ob seinem Antrag auf Übersiedlung in die BRD stattgegeben ist. Nach wie vor erklärte er, daß er seinen Antrag auf ständige Übersiedlung in die BRD aufrechterhält. Herrn K. wurde erklärt, daß sein Antrag nach wie vor bearbeitet wird und wenn eine Entscheidung vorliegt, durch unsere Abteilung davon in Kenntnis gesetzt wird.“

Am 31. Januar 1976 trafen wir uns mit meinem Bruder in Ostberlin. „Das Treffen war ganz gut. Wir haben einiges besprechen können. Konkretes natürlich noch nicht. Dazu müssen wir erst einmal den Bescheid in Händen haben. Wie lange das noch dauert, läßt sich nicht sagen.“ (Brief vom 15. 2. 1976) Wir hatten durchaus die Hoffnung, dass unser Antrag genehmigt wird. Wir hatten Berufe, die für die DDR nicht von Interesse waren. Für die Behörden waren wir unbequeme Bürger. Insofern dachten wir, dass es mit einer Genehmigung klappen könnte.

In einem weiteren Gespräch beim Rat der Stadt wegen des Ausreiseantrages wurde mir Hoffnung auf eine Genehmigung im Herbst 1976 gemacht. Da man nach so einer Genehmigung ziemlich schnell die DDR verlassen musste, bereiteten wir die Übersiedlung vor. Wir schrieben eine Liste mit den Büchern, die wir mitnehmen wollten. Unsere Westliteratur verschenkten wir. Unseren Trabant schenkten wir meinem Ost-Bruder, d.h. das Auto blieb noch bei uns. Als Eigentümer stand aber schon mein Bruder in den Papieren. Wir kauften uns zwei kleine teure Teppiche, was wir nie getan hätten, wenn wir nicht die Absicht der Ausreise gehabt hätten. Wir machten im Juli Urlaub in dem Erholungsheim in Heringsdorf. Das überstieg eigentlich unsere finanziellen Möglichkeiten. Aber jetzt wollten wir unser Ostgeld verbrauchen. Unsere Garage boten wir zum Tausch gegen eine Truhe an. Wir dachten, das bringt uns im Westen Geld, zumal wir DDR-Geld nicht mitnehmen durften. Der Garagentausch mit der Truhe hatte ein Nachspiel. Mit dem Tauschpartner einigte ich mich auf einen Wert der Truhe von 3.000 M. Das war auch der Preis für die Garage. Er verklagte mich beim Greifswalder Kreisgericht, weil ich einen zu hohen Preis für die Garage verlangt hätte und forderte eine Rückzahlung von 1.000 M. Im Verfahren wurde deutlich, dass er von unserem Ausreiseantrag wusste. Er dachte wohl, dass er deshalb den Prozess gewinnen wird. Bei dem Prozess konnte ich glaubhaft machen, dass wir uns einvernehmlich auf den Wert der Truhe und der Garage geeinigt hatten. Die Garage hatte allerdings nur einen Zeitwert von 2.000 M. In der DDR hätte man sie aber zu einem viel höheren Preis verkaufen können. Garagen gehörten zur Mangelware und weil auch Autos dazu gehörten, waren sie sehr begehrt. Ich beantragte beim Prozess, dass die Überzahlung an den Staatshaushalt geht. Der Kläger versuchte unseren Ausreiseantrag ins Spiel zu bringen. Darauf ging der Richter nicht ein. Wir mussten dann 1.000 M an den Staatshaushalt zahlen.

Unser Ausreiseantrag wurde im Herbst 1976 abgelehnt. Das war eine große Enttäuschung, wohl eine gewollte Schocktherapie der staatlichen Behörden. Die Ablehnung erfuhr ich zuerst nicht durch den Rat der

Stadt, sondern durch OKR Plath im Konsistorium. Er sagte mir, dass auch weitere Anträge nicht genehmigt werden. Wie wir nach der Friedlichen Revolution erfuhren, war er für die Stasi tätig. Das Konsistorium befürchtete wohl, dass auf eine Genehmigung unseres Antrages weitere Anträge von kirchlichen Mitarbeitern folgen würden. Damals stellten immer mehr Menschen Ausreiseanträge. Auch die Familie vom Patenonkel unseres Sohnes stellte einen Antrag. Der Patenonkel war wegen einer politischen Äußerung 1968 von der Uni geflogen und zur Armee eingezogen. Das war für ihn sehr belastend, weil er während des Einmarsches der Warschauer Paktstaaten in die CSSR Soldat war. Wir besuchten ihn oft in einer Rostocker Kaserne. Ein Mitsoldat versuchte damals mit einem Boot die DDR über die Ostsee zu verlassen. Das gelang ihm nicht. Er wurde eingesperrt. Die befreundete Familie konnte nach einigen Jahren ausreisen nach Hamburg.

Nach dem Gespräch mit OKR Plath ging ich wieder zum Rat der Stadt. Im Vermerk der Stadt heißt es dazu: „Am 26. 08. 1976 erscheint wie vereinbart Herr Kuessner in unserer Abteilung zu einem Gespräch. Herr K. wurde mitgeteilt, daß sein Antrag auf Übersiedlung in die BRD mit Familie abgelehnt ist (Kriterien laut Weisung nicht gegeben). Hiermit erklärte sich Herr K. nicht einverstanden und führte an, daß er diesbezüglich eine Eingabe machen wird.“

In der Aussprache führte er an, daß diese Entscheidung, die durch unsere Abteilung getroffen wurde, nicht im Interesse der Schlußakte von Helsinki ist. Herr Kuessner erwähnte, daß mit der Unterschrift unter der Schlußakte der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa sich die DDR ausdrücklich dazu bekannt hat, die Menschenrechte und Grundfreiheiten zu achten. Die DDR mißachtet alle Paragraphen der Schlußakte von Helsinki. Er brachte zum Ausdruck, daß er in der DDR nicht leben kann, da keine freie Berufswahl besteht.

Herr Kuessner hat zur DDR eine negative Einstellung und fordert, daß seinem Anliegen auf Entlassung in die BRD stattgegeben wird. Eine Eingabe hat er ebenfalls der BRD-Vertretung in Berlin zur weiteren Veranlassung übergeben.“

Wir stellten neue Anträge. Wir fuhren nach Berlin und besuchten die Ständige Vertretung der BRD. Wir wussten, dass sie uns nicht helfen konnten. Wir wussten, dass man von DDR-Seite unseren Besuch beobachten wird. Wir wollten, dass wir beobachtet werden. Wir wollten provozieren, um so unseren Antrag voranzubringen. So war es auch. Als wir aus der Vertretung kamen, wurden wir von zwei Männern in Zivil auf der Straße angesprochen. Sie nahmen unsere Personalien auf. Später lasen wir in den Stasiunterlagen: „Begehungsform: VERBINDUNG PERSOENLICH DDR – BRD, Entwicklungsstadium: VOLLENDUNG BEWIESEN, Methode: AUFSUCHEN GEGNERISCHE STELLE - Das Ehepaar Kuessner suchte am 110976 die ständige Vertretung der BRD in der DDR auf.“

Ich ging wieder einmal zum Rat der Stadt. Ich wurde aggressiver in der Argumentation. In einem weiteren Vermerk des Rates der Stadt heißt es: „Am 26. 10. 1976 erscheint Herr Kuessner und hält Nachfrage, ob sein 2. Antrag bearbeitet wurde und Entscheidung zur Genehmigung vorliegt. Er bekam Kenntnis davon, daß wir keine Veranlassung haben, unsere Entscheidung vom 1. Antrag, der abgelehnt wurde, zu revidieren. Mit diesem Ergebnis erklärte sich K. nicht einverstanden und sagte, daß er nicht länger bereit ist, in einem Staat zu leben, wo sich ein Mensch nicht frei entwickeln kann. Auch in beruflicher Hinsicht hat er keine Möglichkeit, die Arbeit aufzunehmen, die seinen Interessen entspricht. In der Unterhaltung forderte er hartnäckig, daß die DDR endlich die Prinzipien von der Schlußakte von Helsinki verwirklichen sollte. Er vertrat den Standpunkt, daß die DDR der humanitären Richtung keine Beachtung schenkt. In diesem Zusammenhang zog er aus den bisherigen Gesprächen Bilanz und schätzte ein, wieviel Westgeld er auf den Tisch legen muß, damit seinem Anliegen betreffs seiner Übersiedlung in die BRD stattgegeben wird. Ihm sei bekannt, daß Frau Dr. Eggert im Jahr 1975 legal aus Greifswald in die BRD verzogen ist und dafür unserer Abteilung eine größere Summe Westgeld übergeben hat. Wenn er von seiner Entwicklung ausgeht, hat Frau Dr. Eggert von der Ausbildung her (Ärztin) dem Staat der DDR doch mehr Geld gekostet, wie seine Ausbildung. Aus diesem Grunde kann er nicht verstehen, daß dieser Antrag durch unsere Abteilung genehmigt wurde. Konkret befragt, woher er die Information hat, erklärte K., daß diese aus einer bestimmten Quelle stammt. Herrn K. wurde gesagt, daß diese Behauptung eine Verleumdung sei und erhielt Kenntnis, daß wir diese Behauptung überprüfen werden lassen. Daraufhin sagte er, daß er diese

Information aus der BRD hat. Herr K. war in der Unterhaltung sehr aufsässig, brachte seine negative Einstellung zur DDR konkret zum Ausdruck und wird weitere Eingaben machen, damit sein Antrag auf Übersiedlung in die BRD genehmigt wird.“

Diese Westgeldbehauptung führte zu einer Vorladung durch den Stellvertreter des OB für Inneres Herrn Wessel am 2. November 1976. Bisher hatte ich nur mit dem Abteilungsleiter Siegmeier und seinem Stellvertreter Papenfuß zu tun. Bei dieser Vorladung saßen zwei mir unbekannte Personen gegenüber. Sie stellten sich auch nicht mit Namen und Funktion vor. Ich nahm damals an, dass sie von der Stasi waren. Da es zu diesem Gespräch keinen Vermerk im Stadtarchiv gibt, ist diese Annahme wohl richtig. Meine Westgeldaussage war gefährlich. Sie hätte zu einer Verhaftung führen können. Herr Papenfuß trug vor, dass ich gesagt haben soll: „Was wollen sie noch? Wollen Sie Westgeld.“ (so mein Vermerk). Dem konnte ich widersprechen und erklärte, dass ich von einem kirchlichen Mitarbeiter, einem Verwandten gehört habe, dass für die Ausreise von Frau Dr. Eggert Westgeld gezahlt wurde. Diese Diskussion lief dann ins Leere. Mir wurde deutlich gesagt, dass alle künftigen Anträge auf dem Tisch des Rates der Stadt landen, egal wohin ich die Anträge schicke. Und es wird immer eine ablehnende Antwort kommen.

Am 3. November 1976 ging ein dritter Antrag an das Ministerium für Innere Angelegenheiten in Berlin ab. Wir zitierten die Schlussakte von Helsinki: „Jeder Mensch hat das Recht, jedes Land, einschließlich seines eigenen, zu verlassen.“ Und „Niemand darf seine Staatsangehörigkeit willkürlich entzogen, noch ihm das Recht versagt werden, seine Staatsangehörigkeit zu wechseln.“ In einem zweiten Punkt brachten wir unsere ablehnende Haltung zur Politik der DDR zum Ausdruck: „Wie in den beiliegenden Lebensläufen nachlesbar ist, stimmen wir mit den Grundzügen der Politik der Staatsorgane der DDR nicht überein. Wir haben deshalb in der Vergangenheit erhebliche Schwierigkeiten gehabt, die sich auf unser privates Leben bis in die Gegenwart auswirken. Wir müssen befürchten, daß es unseren Kindern ebenso ergehen wird. Ihnen werden nicht alle Bildungsmöglichkeiten offen stehen, da wir sie nicht zu marxistisch geprägten Sozialisten erziehen.“

Aber auch das führte nicht zu einer Genehmigung. Wir versuchten uns unbeliebt zu machen. Ich stellte im November 1976 einen Antrag auf eine Besuchsreise zu meinem Bruder. Das wurde natürlich abgelehnt. Im Dezember 1976 kam eine Gesprächseinladung von Abteilungsleiter Siegmeier mit dem Hinweis: „Den Termin bitten wir unbedingt zu berücksichtigen.“ Im Vermerk zu diesem Gespräch heißt es: „Am 14. 12. 1976 war Herr Kuessner auf Grund seiner Eingaben zu einem Gespräch eingeladen.“

Ihm wurde mitgeteilt, daß trotz seiner Eingaben sein Antrag auf Übersiedlung in die BRD abgelehnt ist. Voller Ironie wies er diese Ablehnung zurück und erklärte, daß diese nicht (*im*) Sinne der Schlußakte von Helsinki getroffen wurde. Von sich aus führte er an, daß er im Staat der DDR keine Freiheit genießt und auch große Sorgen um die weitere Entwicklung seiner Kinder hat. Er vertritt den Standpunkt, daß wir einen Gesuchsteller moralisch fertig machen und zu ungesetzlichen Handlungen Anlaß geben.

Mit der getroffenen Ablehnung ist er nicht einverstanden und wird weitere Eingaben machen. Er betitelte die staatlichen Organe als Schicksalslenker, die bei ihren Entscheidungen das Gefühl der Menschlichkeit nicht beachten.“

In diesem Gespräch forderte ich eine Stellungnahme zu der Haltung der DDR zu der Schlussakte von Helsinki. In meinem Vermerk zu dem Gespräch zitierte ich Herrn Siegmeier mit den Worten: „Wir wollen darauf gar nicht eingehen. Wir haben es nicht nötig. Die DDR ist nicht in die UNO eingetreten, damit DDR-Bürger in die BRD übersiedeln können.“ Die Diskussion ging dann auch auf das Verhältnis Staat – Kirche in der Schule ein: „Papenfuß: Bibel gehört nicht in ein Internat. Dort ist eine Gemeinschaft, deren Form durch den Staat bestimmt wird.“ Im Gespräch wiesen die staatlichen Vertreter auf für sie positive Äußerungen von Bischof Gienke bei einer Reise nach Moskau zum Verhältnis von Christen und Marxisten hin. Siegmeier stellte außerdem fest, dass es mit mir keine weiteren Gespräche geben wird und dass alle weiteren Anträge abgelehnt werden.

Wir ließen nicht nach. Am 19. Dezember 1976 schickten wir eine Beschwerde über die Bearbeitungsweise unseres Antrages an das Ministerium für Innere Angelegenheiten. Am gleichen Tag schickte ich meinen

Wehrpass an das Greifswalder Wehrkreiskommando: „In der Anlage übersende ich meinen Wehrpaß und die Erkennungsmarke. Ich habe für mich und meine Familie einen Antrag auf Übersiedlung in die BRD und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR gestellt. Da ich nur noch gegen meinen Willen DDR-Bürger bin, übersende ich meinen Wehrpaß. Der Rat der Stadt Greifswald, Abteilung für Innere Angelegenheiten, erhält Abschrift.“

Am 6. Januar 1977 kam es zu einem Gespräch im Wehrkreiskommando. Man versicherte mir, dass ich 1977 zu keinem Reservistendienst einberufen werde. Ich stellte den Antrag, dass ich bis zur Genehmigung unseres Übersiedlungsantrages nicht einberufen werde und nahm den Wehrpass wieder an.

Ich befasste mich ausführlich mit der DDR-Rechtsauffassung zur Übersiedlung und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft von DDR-Bürgern und schrieb dazu einen Artikel unter der Überschrift „MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN. Ihre Gültigkeit und Bedeutung in der DDR“. Ich ging in die Abteilung Kultur des Rates der Stadt und fragte, ob der Artikel genehmigungspflichtig ist. Ich bekam die Auskunft, dass das nicht der Fall ist, da der Artikel mit Schreibmaschine geschrieben ist und nur an Bekannte weitergegeben werden soll. Er darf nicht als Flugblatt verbreitet werden. Die falsche Verwertung von Zitaten sei strafbar, ebenso staatsfeindliche Schriften. Aber da ich richtig zitiert hatte, musste ich nichts befürchten. Mit dem Gang zur Abteilung Kultur wollte ich, dass die Abteilung Inneres von meiner Schrift erfährt und auch davon, dass ich sie anderen gebe.

So konnte ich den Artikel verschicken an den Rat der Stadt, an das Ministerium für Innere Angelegenheiten und an meinen Bruder im Westen. Auch anderen Antragstellern gab ich den Artikel. Bei der Kirche fragten immer mehr Antragsteller nach Arbeit.

So versuchten wir uns, unbeliebt zu machen, um so die Übersiedlung zu erreichen. Bei der Abteilung Kultur beschwerte ich mich, weil mir die Ausleihe von einigen Büchern in der Universitätsbibliothek verweigert wurde. In der Antwort vom 22. März 1977 hieß es: „In § 14,4 der Benutzerordnung der Univ-Bibl. heißt es: ‚Nur für nachweislich wissenschaftliche oder berufliche Zwecke stehen zur Verfügung: Belletristische Bücher mit Ausnahme solcher Bestände, die von der Bibliothek aus literaturpropagandistischen Gründen für die allgemeine Benutzung ausdrücklich bereitgestellt werden.‘ Selbst Bücher von Klaus Mann durfte ich nicht ausleihen, nur weil die Ausgabe aus der Nazizeit stammte.

Zum Übersiedlungsantrag hörten wir nichts mehr von den staatlichen Stellen. Immer wieder schrieben wir an die staatlichen Organe. Aber es brachte nichts. Am 11. April 1977 zitierten wir Erich Honecker in einem Schreiben an den Rat des Bezirkes: „Erich Honecker: ‚Die Deutsche Demokratische Republik hält sich an das Völkerrecht, und wenn ich richtig informiert bin, geht Völkerrecht vor Landesrecht. Für uns gelten Geist und Buchstaben der Verträge und sonst nichts.‘ (Interview des stellvertretenden Chefredakteurs der ‚Saarbrücker Zeitung‘ Erich Voltmer am 17. 2. 1977, in: Ostsee-Zeitung 22. 2. 1977 Nr. 45 S. 3).“ Aber auch das brachte nichts. In der DDR galt der Grundsatz: Die Partei hat immer recht! Auch wenn man sich auf die Verfassung oder auf Gesetze der DDR oder auf gültige internationale Verträge mit der DDR berufen konnte, hatte man keine Chance, wenn die Partei, die SED, es nicht wollte. Meinem Frust gab ich Ausdruck mit einem Artikel „Antrag auf Übersiedlung oder im Wartestand“. Er endete mit dem „Nachsatz: Es soll Menschen geben und auch Ideologien, die im Warten höchste Befriedigung finden. Bettler warten und Katzen auf Mäuse.“

Am 10. November 1977 schrieb ich an die Ständige Vertretung der BRD in Berlin und bat um Übersendung eines Exemplars der Dokumentation der Bundesregierung zum Fall von Arbeitgeberpräsidenten Schleyer. Er war von der RAF ermordet worden. Das sollte dokumentieren, dass wir Westnachrichten hören. Die Vertretung durfte uns diese Dokumentation nicht schicken. Die Rechtsvorschriften der DDR erlaubten das nicht, teilte man uns mit.

Die Zeit der Antragstellung war für uns anstrengend und frustrierend. Wir bekamen voll zu spüren die Ohnmacht eines DDR-Bürgers, der sich nicht in das System einordnen will. Recht und Gesetz galten nicht für die Genossen, die das Sagen hatten. Wir isolierten uns, denn Kontakte zu uns konnten andere gefährden. Zum Ausgleich schafften wir uns schöne Erlebnisse. Wir begannen mit unseren Kindern zu zelten, 1977 auf

Rügen, 1978 in Polen.

Unsere Chancen für eine Genehmigung der Ausreise schätzten wir 1977 nicht positiv ein. Ich sah mich deshalb nach anderer Arbeit um. Eine Anfrage bei der Diakonie in Mecklenburg hatte aber keinen Erfolg.

Als ich im Frühjahr 1978 vom Diakonischen Werk das Angebot bekam, als Geschäftsführer in der Greifswalder Geschäftsstelle tätig zu werden, überlegten wir nicht sehr lange. Ich nahm das Angebot an. Voraussetzung war, dass wir unseren Übersiedlungsantrag zurücknehmen. Dazu waren wir bereit. Das Konsistorium besorgte mir einen Termin beim Rat der Stadt. Auch hier zeigte sich wieder die gute Zusammenarbeit zwischen den führenden Leuten der Greifswalder Kirche mit den staatlichen Organen. In dem Vermerk vom Rat der Stadt Abteilung Innere Angelegenheiten vom 18. Mai 1978 heißt es: „Herr Kuessner und Ehefrau erschienen wie vereinbart am heutigen Tage zu einem Gespräch in unserer Abteilung. Im Gespräch wurde Herrn Kuessner mitgeteilt, daß sein Anliegen durch unsere Abteilung eingehend geprüft wurde, und die gefaßte Entscheidung daß seinem Antrag auf ständige Übersiedlung in die BRD nicht stattgegeben wird, durch unsere Abteilung nicht revidiert wird.“

In diesem Zusammenhang wurde ihm vorgeschlagen seinen Antrag zurückzunehmen.

Herr Kuessner und seine Ehefrau nahmen die Darlegungen ruhig gelassen zur Kenntnis.

Herr Kuessner betonte, daß er sich zur Rücknahme seines Antrages nicht gleich entscheiden möchte, da noch einige Probleme in seiner Angelegenheit geklärt werden.

Zu einem späteren Zeitpunkt wäre er bereit über den Vorschlag nochmals mit uns zu sprechen.

In der Vergangenheit habe er sehr viel Schwierigkeiten in fachlicher Hinsicht gehabt, Arbeitsplatzwechsel wo durch die kirchliche Leitung laufend abgelehnt wurde mit der Bemerkung er sei nicht zuverlässig für die auserwählte Stelle.

Dazu kamen die Probleme der Wohnung, auch hier wurde von der Kirche bis zum heutigen Tage keine Unterstützung gegeben.

Bezugnehmend auf sein Anliegen teilte er mit, daß er am 10. 01. 1977 vom Bezirk Rostock ein Schreiben auf Grund einer Beschwerde erhalten hat mit dem Vermerk das die Abt. Innere Angelegenheiten der Stadt sich mit ihm in Verbindung setzen, aber bis heute sei das nicht geschehen. Er sieht immer wieder, daß man die Gesetze immer anders auslegt und man als Bürger der benachteiligte ist.

Zum Abschluß des Gespräches wurde ihm angeboten sich um seine stehenden Probleme durch unsere Abteilung mit zu kümmern, speziell seines Wohnungsproblems.

Damit war er einverstanden, und brachte zum Ausdruck wenn die für mich noch stehenden unklaren Probleme geklärt sind, bin ich bereit ihren Vorschlag anzunehmen.“ Die Schreib- und Ausdrucksfehler stehen so im Bericht.

In der DDR konnte man etwas erreichen, wenn man zu besonderen Anlässen, die für die Funktionäre wichtig waren, Forderungen aufstellte. Wenn man z.B. drohte, nicht zu Wahl zu gehen, weil kein Handwerker für die Reparatur einer Wasserleitung zu haben war, kam ein Handwerker schnell. Alles wurde staatlich gelenkt und so konnten Wahlforderungen schnell abgearbeitet werden. Für die Rücknahme unseres Übersiedlungsantrages stellten wir zwei Forderungen:

1. Wir forderten eine 2 <sup>2</sup>/<sub>2</sub> -Zimmer-Wohnung. Uns standen mit zwei Jungen damals nur 2 <sup>1</sup>/<sub>2</sub> Zimmer zu.
2. Wir forderten, dass wir so reisen dürfen, wie es DDR-Bürger durften. Wir rechneten damit, dass uns als ehemalige Ausreiseleute Reisen in Ostblockstaaten nicht genehmigt werden.

Beiden Forderungen wurde zugestimmt. Wir bekamen mehrere Wohnungsangebote, die auch unseren Vorstellungen entsprachen. Am 28. August 1978 erklärten wir dem Rat der Stadt: „Da unser seit dem 12. November 1975 laufender Antrag auf Übersiedlung in die BRD und Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR mehrfach abgelehnt wurde, sind wir bereit zu erklären, daß wir nicht weiter auf ihm bestehen.“

Voraussetzung dafür ist, daß unsere Wohnungsfrage zu unserer Zufriedenheit gelöst wird.“

Mit der Wohnung klappte es gut. Bei unserem Antrag für eine Reise nach Rumänien gab es Probleme. Es war ein Fehler, dass wir das in unserem Schreiben nicht erwähnt hatte. Erst nach einer heftigen Auseinandersetzung bekamen wir die notwendigen Papiere für unsere Urlaubsfahrt.



Aufsteller am Ortseingang von Ferdinandshof

Foto 1984 Hinrich Kuessner

## Urlaub im Ausland, für einen DDR-Bürger nicht immer einfach

1979

Im Sommer 1979 wollten wir in Rumänien zelten. Dafür brauchten wir Reiseerlaubnisse für die CSSR, für Ungarn und Rumänien. Die Greifswalder Polizei lehnte unseren Antrag ab. Erst nach einer Beschwerde mit Hinweis auf die Zusage bei der Rücknahme unseres Übersiedlungsantrages bekamen wir die Genehmigung. Es war unsere erste Reise dorthin. Diese Reise war für uns ein besonderes Erlebnis. In Rumänien konnte man damals zelten, wo man wollte. Wir zelteten mitten in Dörfern und erlebten die Gastfreundschaft der Menschen. Wir erleben auch Rassismus. Abends saßen alte Frauen um einen Ziehbrunnen. Es waren Siebenbürger Sachsen, die seit Jahrhunderten dort lebten. Wir fragten sie, ob sie sich vorstellen können, dass ihre Töchter einen Rumänen heiraten. Die Antwort war: „Einen Affen heiratet man nicht.“

Wir hatten die Adresse von einer Familie. Wir wurden freundlich aufgenommen und bekamen ein üppiges Mahl. Der Hausherr ging mit seiner Frau sehr unfreundlich um. Sie hatte zu dienen und sich dem Willen des Mannes unterzuordnen. Der Mutter schenkten wir ein Päckchen ungemahlene Westkaffee. So einen Kaffee kannte sie nicht. Da es ein Geschenk von Deutschen war, dachte sie wohl, dass es etwas Gutes sein musste und aß die Bohnen so, wie sie aus der Tüte kamen. Am nächsten Tag war sie krank.

Die Familie informierte uns, dass in den nächsten Tagen Benzin rationiert wird, d.h. man sollte nur noch kleine Mengen bekommen. Sie hatten sich schon Vorräte angelegt, die sie in Fässern auf dem Hof eingegraben hatten. Unser Eindruck war, dass es in Rumänien besser mit der Versorgung der Bevölkerung klappt als bei uns in der DDR. Es gab Südfrüchte und schöne Käsesorten, alles Mangelware in der DDR. Aber das sollte sich in den nächsten Jahren drastisch ändern. Rumänien hatte einen Diktator, der unsere politische Führung in den Schatten stellte.

Auf einer späteren Rumänienreise hatten wir ein eindrückliches Erlebnis mit wilden Tieren. Wir fuhren durch eine herrliche Gebirgslandschaft. Die Straßen waren nicht sehr gut. Ich konnte nur langsam fahren. Es ging auf Abend zu. Wir mussten uns einen Zeltplatz suchen. Dörfer hatten wir schon längere Zeit nicht gesehen. In einem breiten Tal fanden wir einen sehr schönen Platz unter einem großen Baum. Ein Hirte mit Schafen kam vorbei. Wir fragten ihn, ob es hier Bären gibt. Er gab eine unklare Antwort. Wir zündeten ein Lagerfeuer an. Trockenes Holz fanden wir genug. Das Feuer ließen wir brennen, als wir uns im Zelt zum Schlafen hinlegten. Wir lagen noch nicht lange, als wir in der Ferne Hunde bellen hörten, ein Zeichen dafür, dass es Bären gab, die Appetit auf Schafe hatten. Der Hirte war wohl noch in hörbarer Nähe. Meine Frau ging mit den Kindern ins Auto, setzte sich ans Steuer und bediente immer wieder die Lichthupe. Platz für die Kinder war dort zum Liegen. Ich war sehr müde und wollte mich weiter im Zelt ausschlafen. Da war mehr Platz. Für den Fall der Fälle legte ich unser Beil bereit, das wir immer auf den Fahrten mithatten. Das Feuer brannte immer noch schwach. Plötzlich hörten wir Geräusche. Bären zogen wohl vorbei. Am nächsten Morgen stellten wir fest, dass eine Bärin mit Jungen ziemlich dicht an unserem Zelt vorbeigezogen war. Die Spuren waren deutlich zu erkennen. Es war gut, dass unser Feuer noch nicht aus war. Später erzählten uns Rumänen, dass die Hirten in den Bergen das Wort „Bären“ nicht in den Mund nehmen. Wenn man das Wort sagt, dann werden die Bären kommen, war der Glaube. Und wir hatten erlebt, dass es so war.

1980 wollten wir in Polen zelten. Aus dem Westen hatten wir ein Schlauchboot. Auf den polnischen Seen wollten wir damit fahren. „Unser Boot haben wir inzwischen ausprobiert. Es ist etwas über 3 m lang. Es ist eine prima Sache. Nur mit Polen wird es nun nichts. Durch die Umtauschpflicht für Personen ab 7 Jahre und pro Aufenthaltstag von 200 Zloty würde uns der Urlaub neben dem, was wir hier kaufen (Konserven etc.), 3000,- M kosten. Das steht in keinem Verhältnis zu dem Vergnügen. Wir werden nun nach Südböhmen fahren. Dort gibt es auch viel Wasser und dazu Gebirge. Schade ist es natürlich, daß es mit Masuren nicht klappt. Es betrifft sehr viele. Hans-Jörg hält sich keine Zeitung u. hörte es erst von mir. Er war auch ganz konsterniert. Alle Planungen sind umsonst. Für die CSSR hätte ich z.B. nicht so viele Konserven kaufen brauchen, denn die gibt es dort zum gleichen Preis wie in der DDR.“ (Brief vom 18. 6. 1980) Dieser Umtauschsatz sollte Reisen von DDR-Bürgern nach Polen verhindern. Die Gewerkschaft Solidarnosc hatten die Polen gegründet und das war nichts Gutes für die DDR-Genossen.

Wir fuhren auch in den nächsten Jahren wieder zum Zelten nach Rumänien. 1981 wollten wir dabei über die Sowjetunion fahren. Das Genehmigungsverfahren war sehr aufwendig. Darum begann ich mit der Antragstellung schon im Februar. Zunächst reichte ich bei der Polizei die Anträge für die Reiseerlaubnis ein. Zu meinem Erstaunen musste ich zwei Anträge ausfüllen, einen für Rumänien mit der Transitdurchreise durch UdSSR und zurück durch Ungarn und die CSSR und einen zweiten Antrag für Polen. Den polnischen Antrag gab ich ab in einem Raum, an dessen Tür stand „Anträge für NSW“ (Nichtsozialistisches Ausland). Die Gewerkschaft Solidarnosc veränderte das Land. Für die DDR war das Verrat am Sozialismus. Gegen Polen wurde gehetzt, Truppen standen in Alarmbereitschaft. Ich leitete damals einige Monate das Feierabendheim in Kronsberg. In einigen Nächten hörten wir in dem Heim vorbeiziehende russische Panzer. Einige alte Frauen packten ihre Sachen, da sie dachten, dass es wieder Krieg gibt. Alte Erinnerungen kamen hoch.

Die Durchreiseerlaubnis für Polen bekamen wir innerhalb von 24 Stunden. Auf die anderen Genehmigungen mussten wir länger warten, bekamen sie auch, aber erst am Tag der Abreise Anfang Juli. „Bei der Polizei sagte man mir heute, nach 1 1/2 stündiger Wartezeit, daß man mir die Visa noch nicht geben könne. Also müssen wir am Freitag alles abhetzen: Polizei, Reisebüro, Versicherung, Geldumtausch. Später reisen geht nicht, weil die SU-Übernachtungstermine genau festgelegt sind (wir müssen hier sogar das Frühstück schon mitbezahlen u. auf dem betreffenden Campingplatz einnehmen, obwohl wir alles bei uns haben).“ (Brief meiner Frau vom 23. 6. 1981) So konnten wir erst verspätet abreisen. Über das sowjetische Reisebüro hatte ich für uns drei Übernachtungen in Motels gebucht. Zelten durfte man in der UdSSR nicht. Durchreisegenehmigungen wurden für nur sechs Menschen aus dem Bezirk Rostock pro Monat bewilligt. Darum musste unser Antrag so früh gestellt werden.

Durch die verspätete Abreise mussten wir nun sehen, möglichst schnell an die sowjetische Grenze zu kommen. Die Einreise dort war nur an einem bestimmten Tag möglich. Dafür hatten wir zwei Tage Zeit. Das war bei einer Fahrt mit Trabant und Anhänger eine Herausforderung. Am Grenzübergang der Wilhelm-Pieck-Stadt Guben wollten wir nach Polen. Die DDR-Grenzer nahmen unsere Ankunft erstaunt war. Im Sommer 1981 wurden wegen der politischen Entwicklung in Polen keine Reisen dorthin genehmigt. Wir hatten die Reise im Februar beantragt und hatten so eine Genehmigung in der Tasche. Wir wurden gründlich kontrolliert. Dabei stießen die Zöllner auf die Mundorgel, ein westdeutsches Heft mit Fahrtenliedern. Zufällig schlugen sie das Lied auf: „In Pankow gabs kein Essen, in Pankow gabs kein Bier, war alles aufgefressen von fremden Gästen hier.“ Das war – so meinten die Grenzer – eine politische Provokation gegen die Rote Armee, die fremden Gäste.

Sie telefonierten mit Vorgesetzten. Damals arbeiteten die DDR-Grenzer und ihre polnischen Kollegen noch unter einem Dach, allerdings nicht mehr befreundet. Unter den polnischen Grenzern gab es Mitglieder der Solidarnosc. Die polnischen Grenzer gaben uns nach stundenlanger Wartezeit den Rat, dass wir uns in einem Aufenthaltsraum schlafen legen sollten. „Dann würden die DDR-Grenzer nervös und würden uns fahren lassen,“ meinten sie. In dem Raum standen gut gepolsterte Hocker. Wir nahmen zwei Schlafsäcke aus unserem Auto. Zusammen mit einem meiner Söhne legte ich mich auf die Hocker und wir taten so, als ob wir schliefen. Meine Frau blieb mit dem anderen Sohn im Auto. Es dauerte nicht lange und wir konnten in Polen einreisen. Sechs Stunden dauerte die Kontrolle. In dieser Zeit wollte kein DDR-Auto über die Grenze.

Wir hatten viel Zeit verloren und mussten sehen, dass wir rechtzeitig an die sowjetische Grenze kommen. An einem Feldrand bauten wir für eine Nacht unser Zelt auf und erholten uns. Wir kamen gerade noch rechtzeitig an die polnisch-sowjetische Grenze. Auch an dieser Grenze mussten wir warten, zunächst vor der Grenzschanke. Sechs Autos wurden immer nur in den eingezäunten Bereich der sowjetischen Kontrollen hineingelassen. Drei Stunden dauerte das ganze Verfahren. Eine Grenzpolizistin forderte, dass wir alles Gepäck aus dem Auto nehmen. Wir taten so, als ob wir sie nicht verstehen. Unser Russisch reichte aber noch für diese Verständigung. So durchwühlte sie unser Gepäck und ließ uns fahren. Auch von unten wurde das Auto untersucht. Wir mussten über eine Grube fahren. Mit Drähten stießen sie in die Hohlräume des Autos. Aber wir hatten außer Bibeln in russischer Sprache keine verbotenen Sachen. Und die Bibeln fanden sie nicht.

Für die Fahrt durch die Sowjetunion bekamen wir eine Karte, auf der deutlich die Strecke eingezeichnet war, auf der wir durch das Land fahren durften. Es war verboten von der Straße abzuweichen. Wir versuchten es auf den 900 km, die wir zu befahren hatten. Aber es gelang nie. Entweder standen Polizisten an den Abfahrten oder einmal, als dort niemand stand, war die Straße so steil, dass sie unser Trabant mit Hänger nicht bewältigte.

So fuhren wir an gleichmäßig gestrichenen Gartenzäunen und an Kirchen, die äußerlich gut aussahen, vorbei. Zu einer Kirche gingen wir. Es hatte geregnet. Mit Stiefeln konnten wir die Kirche erreichen. Die Fassade war in Ordnung, innen war alles zerstört und mit Gerümpel gefüllt. 1980 waren die Olympischen Spiele in Moskau und die Ruderwettkämpfe in Kischinew, der Hauptstadt der Moldauischen SSR, heute Moldauische Republik. Wir fuhren auf einer Straße, die auch ausländische Teilnehmer und Besucher vor einem Jahr durchfahren hatten. Dafür waren die Fassaden und Zäune auf 900 km gleichförmig gestrichen und bemalt. An den Zäunen sahen wir immer wieder die Olympischen Ringe.

Wir suchten Kontakte zu Menschen. In Lwiw (Lemberg) gingen wir zu einer großen Kirche. Blumen steckten am Eingangsportal. Aber in den Städten bekamen wir keinen Kontakt. Wir versuchten es auch auf Friedhöfen. Auch da gelang es nicht. So wurden wir unsere russischen Bibeln nicht los. In einem Motel bekamen wir Kontakt. Männer erzählten uns, dass sie als Soldat in der DDR gedient hatten. Das war für sie wohl eine schöne Zeit. Einer Frau gaben wir die Bibeln. Aber ob sie wirklich an Menschen weitergegeben wurden, die sie gerne haben wollten, wissen wir nicht. In solchen Motels, wo auch Ausländer übernachteten durften, wurden die Leute sicher auf ihre politische Einstellung überprüft.

In Kischinew hatten wir ein Motel gebucht. Auf unserem Schein von Intourist lasen wir aber Hotel und fuhren zu dem einzigen internationalen Hotel, das für die Olympischen Spiele gebaut war. Dort war man erstaunt über unser Kommen. Aber man ließ uns dort schlafen. Zimmer waren wohl viele frei. Es war ein Hochhaus. In jedem Stockwerk saß eine Aufsichtsperson. Mit den Kindern wollte ich mit dem Fahrstuhl in das oberste Stockwerk fahren. Das durften wir nicht. Als wir am nächsten Tag abreisen wollten, wurde zunächst unser Zimmer kontrolliert, ob noch alle Handtücher und die Bettwäsche da waren und alles in Ordnung war. Erst dann durften wir das Hotel verlassen.

Wir sahen von unserem Zimmer auf ein übergroßes Breschnew-Bild an der gegenüber liegenden Wand eines weiteren Hochhauses. Zu unserem Zimmer gehörte ein Badezimmer mit Badewanne. Dem Sanitärmaterial sah man an, dass es zur Mangelware in diesem Land gehörte. Neben einem Plastewasserhahn war einer aus Porzellan. Auch die Wasserleitungen waren aus unterschiedlichem Material, mal unter Putz, mal kamen die Rohre aus der Wand heraus.

In Kischinew wollten wir zehn Ansichtskarten erwerben. Aber wo kauft man so etwas in einer sowjetischen Stadt? Zeitungskioske hatten wir bisher im Land nicht gesehen. So gingen wir in eine Buchhandlung. Dort gab es so etwas nicht. In der Buchhandlung sprach uns ein Mann auf Deutsch an und bot sich an, uns zu helfen. Er ging mit uns zum Bahnhof. Nur dort, sagte man uns, gibt es Ansichtskarten. Wir kauften die letzten sieben. Um die Zahl zehn voll zu machen, mussten wir drei mit Porträts von führenden Genossen nehmen. Auch der Einkauf von einigen Süßigkeiten erwies sich als kompliziert. Auch das war eine Mangelware.

Unser Begleiter erzählte uns, dass er nach vielen Jahren zum ersten Mal seine Mutter in Kischinew besuchen durfte. Er war vor vielen Jahren nach Sibirien verbannt worden und musste wohl dort wohnen bleiben. Nach Jahrzehnten war er jetzt zu Besuch in seiner Heimatstadt. Aber er sprach nur positiv von den führenden Genossen. Das machte uns misstrauisch. Hatte man uns einen Schatten zugeordnet? Als wir wieder zuhause waren, schrieben wir ihm, bekamen aber nie eine Antwort.

Wir fuhren dann weiter zur rumänischen Grenze. Die sowjetische Grenzkontrollstelle war geschlossen. Hier kam wohl nur sehr selten jemand vorbei. Nachdem wir schon eine Weile vor dem Schlagbaum standen, entdeckte man uns und ließ uns nach Einsicht in die Papiere schnell weiterfahren.

In Rumänien hatten sich die wirtschaftlichen Verhältnisse gegenüber dem Jahr 1979 sehr verschlechtert. Der Monat Juli war in diesem Jahr als fleischloser Monat ausgerufen worden. Es gab deshalb kein Fleisch zu kaufen. Wenn Brot in ein Geschäft kam, bildete sich sofort eine lange Schlange. Wir bekamen nicht immer

welches. Speiseöl und Fette bekamen wir gar nicht. Südfrüchte und Käse, 1979 noch viel im Angebot, war Mangelware. Wir hatten uns nur mit Lebensmittelvorräten für die Durchfahrt durch die UdSSR ausgerüstet. 1979 hatten wir in Rumänien alles bekommen, besser als in der DDR. Jetzt war das völlig anders. Wir mussten Rumänien früher verlassen, weil wir unsere Verpflegung nicht absichern konnten. Bei späteren Fahrten nahmen wir immer genügend Vorräte mit.

1983 planten wir die nächste Rumänienreise. „Die Reiseanträge laufen. Transit durch Polen wird noch nicht bearbeitet. Ob wir durch die SU dürfen, scheint auch fraglich zu sein. Im Mai werden wir mehr hören.“ (Brief vom 29. 3. 1983) „Unsere Einreisepapiere für Rumänien habe ich nun abgeholt, u. da wir allein für die ‚Zettel‘ schon 100,- zahlen mußten, werden wir die Reise sicher auch antreten. Kuko-Reis habe ich schon genügend gehamstert. Für die Fleischbüchsen ist es wahrscheinlich schon zu spät, aber einige habe ich auch noch, u. meist gibt es sowas noch in Pasewalk länger als hier. Honig haben wir sehr reichlich, u. es ist wahrscheinlich unser hochwertigstes Lebensmittel auf diesen Fahrten, das die Kräfte aufrecht erhält. Wir haben uns noch ein kleines Minizelt für 2 Pers. dazu besorgt. Im ‚großen‘ Zelt mit 3 1/2 Luftmatratzen wurde es doch schon eng mit unseren größer gewordenen Knaben. Und wenn wir nur kurz Station machen auf der Reise, werden wir für eine Nacht jeweils nur das Mini-Zelt aufbauen u. 2 Leute schlafen im Auto.“ (Brief meiner Frau vom 8. 6. 1983) Fleischbüchsen gab es dann doch in Greifswald. Man musste nur ständig auf der Jagd nach ihnen sein, was meine Frau auch tat. „Mit Büchsen bin ich nun reichlich eingedeckt, wie wir überhaupt gut versorgt sind. Am Bahnhof bei der Mitropa gab es noch allerhand davon.“ (Brief meiner Frau vom 22. 6. 1983)

„Gestern sind wir gut zuhause gelandet. Es waren interessante, aber auch erholsame Wochen. Zwischendurch war die Hitze manchmal kaum zu ertragen. Auf der Hinfahrt waren wir zunächst in Jena, dann je 2 Nächte in der CSSR und Ungarn. In Ungarn hatten wir sogar einen Platz an einem See gefunden, für den man kein Geld hinblättern mußte. Die Hitze war dort aber auch nur am Wasser zu ertragen. In Rumänien kühlte es sich etwas ab. Wir erlebten einige schwere Gewitter. Unsere Zelte hielten zum ersten Mal nicht ganz stand. Aber es ging immer noch. Unser Hauptziel in Rumänien war Kronstadt in Siebenbürgen. Auf der Fahrt dorthin hatten wir zum Teil wunderschöne Zeltplätze im Gebirge. Durch die schweren Regengüsse waren manche Straßen ziemlich demoliert. Einmal mußten wir umdrehen, nachdem wir schon einige Kilometer im 1. Gang geschlichen waren. Das Auto hielt alles durch. Auf dieser abgelegenen Straße erlebten wir aber auch große Armut. Wirtschaftlich ist es in Rumänien weiter bergab gegangen. Wir bekamen nicht einmal Brot überall zu kaufen. Manche leben in unvorstellbaren Hütten. In Städten sahen wir auch einige Bettler. Die Preise sind sehr hoch und zu kaufen gibt es nicht viel. Für Benzin mußten wir z.B. 4,30 M bezahlen. 3-5 mal teurer als bei uns war vieles. Viele können auch damit leben. Manche sollen aber auch nicht genug zu essen haben. Mit unserer Ernährung hatten wir keine Probleme. Wir hatten viel mit. Im August gab es auch immer etwas Obst. Außerdem setzten uns einige Familien Festessen vor. In der Nähe von Kronstadt waren wir bei paar Familien. Das war sehr interessant. Ein Pfarrer fuhr mit uns auch noch etwas in der Umgebung herum. Mit einem guten Führer sieht man natürlich noch viel mehr. Man hört vor allem auch von den Problemen, die man im Vorbeifahren oft nicht sieht. Es waren jedenfalls ausgefüllte Tage.

Eine Frau, die wir besucht haben, will in die DDR reisen. Wir haben sie zu uns eingeladen. Ihr Antrag läuft schon 6 Monate. Ob es etwas wird, ist fraglich. Z.Zt. dürfen die Rumänen auch kein Geld tauschen. Wenn sie kommt, möchte sie sich gerne mit einer Lübecker Bekannten in Schwerin treffen. Ob sie bei Dir (*Mutter in Schwerin*) dann übernachten kann? Es ist eine nette und unkomplizierte Frau, Deutsche. Von Lübeck kann man doch mit einem Tagesvisum nach Schwerin kommen?“ (Brief vom 27. 8. 1983) Die Rumänin kam nicht in die DDR.

Auch meine Frau schrieb über diese Reise. „Die Deutschsprachigen dort verstehen nicht unsere ‚Verliebtheit‘ in Rumänien u. daß wir mehrmals wiederkommen. Sie würden gerne mit uns die Plätze tauschen (was ich nicht möchte!). Auch das ist gut verstehbar. Unser Trabant machte sich wieder bestens u. bewältigte pannenfrei die ca. 5000 km. Einen Anhänger hatten wir nicht mit, u. auch den Dachgepäckträger ließen wir meist leer u. nahmen alles irgendwie ins Auto herein, um sparsamer zu fahren. Hinrich hat allerlei Dias gemacht, auch Tonbandaufnahmen von orthodoxem u. siebenbürgischem Gottesdienst u. Folkloremusik.. ... Eine Kassette (leer gelöscht) rettete übrigens unsere Heimkehr. Hinrich

hatte auf der Landkarte einen Eisenbahngrenzübergang mit einem Auto-Grenzübergang verwechselt. Unser Benzin reichte also nicht für die fehlenden 100 km. An den Tankstellen gibt's nur für Ausländer Benzin gegen Coupons. Die Einheimischen verkauften keinen Liter gegen Lei, verlangten Dollar usw. Gegen eine Philips- oder Sharp-Kassette opferte uns dann schließlich jemand (per Schlauch u. Mund) 8 Liter. In Ungarn ging es dann wieder problemlos.“ (8. 9. 1983)

Bei dieser Fahrt lernten wir Siebenbürger Sachsen kennen. Eine Familie lud uns in ihr Haus in Brenndorf ein. Wir haben sie dann bei späteren Reisen immer wieder besucht. Eigentlich durften wir nicht als deutsche Ausländer, auch nicht als DDR-Deutsche, bei rumänischen Staatsbürgern übernachten. Diese Familie wollte das aber. Ein Polizist, den sie wohl gut kannten, wurde zum Grillen eingeladen. Mit ihm verabredeten sie, wenn die Staatspolizei aus der Stadt zur Kontrolle in das Dorf kommt, dann wird eine bestimmte Straßenlampe angemacht, damit wir wussten, dass die Gefahr einer Kontrolle bestand. Es hätte ja sein können, dass jemand den Besuch der Ausländer angezeigt hat. Eines Abends brannte diese Lampe. Wir verließen sofort die Wohnung. Der Hausherr ging mit uns auf die Dorfstraße, damit wir bei einer Kontrolle nicht bei ihnen entdeckt wurden. Die Securitate (Geheime Staatspolizei = Stasi) ging grausam gegen die eigene Bevölkerung vor. Die Angst vor ihnen spürten wir beim Weg durch das nächtliche Dorf. Aber uns hatte keiner angezeigt und es ging alles gut.

Bei unserem ersten Besuch bei dieser Familie baten sie uns um Geld für den Einkauf in einem Intershop. Wie in der DDR gab es in Rumänien Geschäfte, in denen man nur mit Westgeld einkaufen konnte. Sie wollten einwecken und hatten keinen Zucker. Ihn gab es nur für Westgeld. Wir erklärten ihnen, dass wir kein Westgeld haben. In der DDR hatte man Ostgeld. Sie glaubten uns das nicht. Sie dachten wir seien Geizkragen. Beim nächsten Besuch entschuldigten sie sich. Sie wussten nicht, dass Deutschland durch Grenze und Mauer völlig geteilt war. Den deutschen Staatsbürgern und ihren Regierungen trauten sie solche Dummheit nicht zu.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse verschlechterten sich in Rumänien von Jahr zu Jahr. Es wurden Häuser vom Staat gebaut, in denen keine Heizung vorgesehen war. Kalte Winter gab es trotzdem. Als das Lebensmittelangebot immer schlechter wurde, sahen wir in Städten zwischen den Häusern und sogar auf Balkonen Schweine, Ziegen und Schafe.

In Geschäften für Industriewaren und auch für Fliesen wunderten wir uns, dass an den Kassen Eierkartons aufgestapelt waren. Rumänen, die Hühner hielten, sollten Eier abliefern. Weil sie das nicht taten, bekam man in diesen Geschäften bestimmte Waren nur bei Abgabe von Eiern. Eier wurden zum Zahlungsmittel. Das bekam ihnen allerdings nicht. Diese Eier waren nicht mehr essbar. Sie stanken.

Die Familie erzählte uns eine andere „nette“ Geschichte. In ihrem Dorf gab es ein staatliches Landwirtschaftsunternehmen mit Milchkühen, die aus Holland eingeführt waren. Das Unternehmen hatte immer Erfolgszahlen mit diesen Kühen an ihre Regierung gemeldet. Wie in der DDR wurden Wirtschaftspläne von der Regierung gemacht und überprüft. Nach oben wurden in der Regel nur Erfolge gemeldet, egal wie die Wirklichkeit aussah. Die Holländer wollten mal hören, wie es ihren Kühen ging. Ihnen wurden die guten Milchleistungen der Kühe mitgeteilt. Das machte die Holländer wohl neugierig und sie wollten sich das vor Ort ansehen. In Wirklichkeit waren viele der holländischen Rinder krepirt. Für den Besuch der Holländer wurden Rinder, die aus Holland stammten, aus dem ganzen Land nach Brenndorf gebracht. Die Holländer erlebten eine beeindruckende Herde. Sie waren so begeistert, dass sie eine weitere Herde in einem anderen Dorf sehen wollten. Die Holländer wurden zunächst mit gutem Essen und Slibowitz (rumänischer Pflaumenschnaps, ein Nationalgetränk) bewirtet. Die Kühe wurden in ein anderes Dorf transportiert. Denn eine andere vollständige Herde gab es im ganzen Land nicht. Dann wurden die Holländer dorthin gefahren und waren beeindruckt von den rumänischen Bauern, die verstanden, aus ihren Rindern mehr herauszuholen. Die Brenndorfer freuten sich über diesen „Spaß“.

Schlimm mussten die Verhältnisse in Heimen für Behinderte sein. Man erzählte uns, wenn Angehörige in so ein Heim kamen, folgte bald eine Todesnachricht. Wir sahen manchmal behinderte Bettler auf rollenden Brettern. Nach 1990 kamen erschreckende Bilder aus diesen Heimen über das Fernsehen zu uns.

Wir wollten unsere Bekannten in Rumänien durch kleine Geschenke erfreuen. Aber die Herrschenden

unserer Bruderstaaten wollten keine Freundschaften zwischen ihren Bürgern. „Von Rumänien bekam ich jetzt mein 2. Paket zurück. Sie hatten 265 Lei (fast 100 Mark) Zoll zahlen sollen, obwohl es bloß 20 Mark wert war. Sie ließen es zurückgehen an mich. Ich hatte es ihnen in einem Eilbrief geraten, nachdem sie mir mittelten, daß sie 465 Lei für mein 1. Paket hätten zahlen müssen. Eine verrückt hohe Summe. Nun mußte ich für das zurückgeleitete Paket noch mal 21,75 Mark zahlen. Diesen Betrag fordert Rumänien für die Bearbeitung. Unseren Postbeamten hier tat ich recht leid. In die SU soll es mit Zoll genauso sein. Bücher nahmen sie mir für Rumänien überhaupt nicht ab. Unsere Bekannte hatte sich 2 Wörterbücher gewünscht, die ich hier kaufte. Rumänien schirmt sich ab nach allen Seiten.“ (Brief meiner Frau vom 1. 2. 1982)

„Für den Sommerurlaub haben wir nichts bekommen. Auch übers Reisebüro konnte man uns nur eine Möglichkeit für 4 Pers anbieten, einen Zeltplatz in Südböhmen, sündhaft teuer. In Ungarn überhaupt nichts, kein Zeltplatz mehr für 4 Pers. So sind wir noch gut dran, daß wir die Möglichkeit in Hinrichs Heimen haben. ... So machen wir eben 1984 mal richtig braven Urlaub wie brave Bürger in einem biederen, pieksauberen, braven Heim in Lohme auf Rügen. Das Fernweh u. die Reiselust würgen wir hinunter u. verträsten uns auf 1985, - ,aber nächstes Jahr geht's wieder nach Rumänien' (unser Slogan). Irgendwie scheinen wir da alle stillschweigend übereinzustimmen, daß ein Urlaub, der nicht nach Rumänien führt, nur ein Notbehelf ist.“ (Brief meiner Frau vom 23. 1. 1984)

1985 wollten wir wieder über die Sowjetunion nach Rumänien fahren. „Für die SU haben wir jetzt schon beantragt. Es dauert immer furchtbar lange. Für eine Nacht muß man ein Hotel haben, sonst bekommt man keine Transitgenehmigung.“ (Hinrich 13. 1. 1985) Mit der Durchreise durch die Sowjetunion klappte es dann nicht. Sie wurde nicht bewilligt.

Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse in Rumänien hatten sich weiter verschlechtert. Das Porto für eine Postkarte von Rumänien in die DDR kostete 7 Lei = 2,66 M. „Wir haben uns manchmal gesagt, in welch guten Verhältnissen wir in der DDR leben. In Rumänien herrscht eine Diktatur, wo der einzelne Bürger nicht viel zählt. Es wird ein Personenkult betrieben wie zu Zeiten von Stalin. Öffentliche Kritik oder auch nur vorsichtige Anfragen an die politische Linie sind nicht denkbar. Dazu kommt eine komplizierte wirtschaftliche Lage. ... Da die Spitze wohl in Saus und Braus lebt, weiß sie vielleicht auch gar nicht, wie es der Bevölkerung geht. ... Die Grundnahrungsmittel sind nicht mehr für alle da. Fleisch, Zucker, Butter, Milch sind rationiert. Selbst die vorgesehenen Mengen sind nicht da. ... Nach allem muß man stundenlang anstehen. Wenn z.B. mal Fleisch kommt, muß die Polizei einschreiten, weil anders kein ordnungsgemäßer Verkauf möglich ist. ... Das Fernsehprogramm läuft am Alltag nur von 20 - 22 Uhr. Zum Heizen gibt es keine Kohlen mehr. Im Dorf wurde Holz angeliefert. Die Mengen waren aber nicht ausreichend. In den Städten ist viel Fernheizung. Die vorgegebene Temperatur für den nächsten Winter wurde mit 12 Grad angegeben. Im letzten Winter hat man schon überall gefroren. Die Neugeborenen werden erst nach 12 Tagen ins Geburtsregister eingetragen. Die Sterblichkeit in den ersten Tagen ist groß, und die Statistik soll stimmen. Wegen der Stromsperrungen sollen viele Säuglinge in Brutkästen gestorben sein. Zum Autofahren erhält man monatlich 30 l Benzin. Die Ration soll auf 20 l im Herbst gesetzt werden. Von Januar bis März war das Fahren mit privaten PKW's ganz verboten. Auch darf man nur jeden zweiten Sonntag fahren. Wenn man Benzin haben will, muß man oft einen ganzen Tag an der Tankstelle anstehen, wo man eingetragen ist. Die Tankstellen haben oft nichts. Für die ev. Kirche in Siebenbürgen ergaben sich daraus viele Probleme. Aber auch Krankenwagen fahren einfach nicht. Oder es fallen Busse aus. Menschen kommen dann nicht zur Arbeit. Sie erhalten für diesen Tag keinen Lohn. Dazu kommt, daß manche Betriebe Materialmangel haben. Wenn keine Arbeit da ist, gibt es auch keinen Lohn. So kommen manche mit wenig Geld nach Hause. Das ist der richtige Nährboden für Korruption. Überall wird geschmiert. Viele Ärzte behandeln erst, wenn vorher gezahlt wurde. Wer nichts hat, erhält nichts. Wir waren bei einem Pfarrerehepaar, die aus diesem Grund völlig fertig waren. Die Umwelt meint, ihnen geht es gut. Als Pfarrer erhält man viele Geschenke. An dem Sonntag, als wir bei ihnen waren, hatte er eine Taufe. Die Eltern hatten die Geburtsurkunde dem Pfarrer zur Einsicht mitgebracht. Der Vater gab sie ihm mit einem 100 Lei-Schein (= 40 M). Der Pfarrer hat ihn zurückgegeben. Er war verbittert über diese Handlung. Wer hier nicht mitmacht, geht unter. Denn das, was er verdient, reicht nicht zum Leben. Mit normalen Preisen ist nichts zu machen. Bedingt durch die starke Auswanderung gibt es unter den Deutschen auch immer mehr alleinstehende alte Menschen. Für sie ist die Not groß. Sie können weder anstehen noch haben sie etwas anzubieten. Altersheime sollen so katastrophal sein, daß man es dort nicht lange lebend aushält. Es ist schon eine große Not. Wenn man dann über die Grenze nach Ungarn fährt, wird einem die Not noch besonders bewußt. In Ungarn ist plötzlich alles in Fülle.

Ein Rumäne darf aber nur alle 2 Jahre ins Ausland fahren. Auch ist es nie sicher, daß sein Antrag genehmigt wird. Wir wollen mit anderen überlegen, ob es Hilfsmöglichkeiten für uns gibt.

Wir haben auch viel Schönes in Rumänien erlebt. Die Gastfreundschaft der Menschen ist groß. Überall, wo man hinkommt, wird man mit offenen Armen empfangen. Und die Natur ist wunderschön und vielseitig. Im Donaudelta erlebten wir sehr viele Vögel. In der Nähe unseres Zelttes schliefen rd. 1.000 Pelikane. Ein Ornithologe, der neben uns zeltete, stellte die Anzahl fest. Das ist schon ein erhebendes Gefühl, ihnen zuzusehen. Mit unserem Schlauchboot haben wir schöne Touren auf der Donau unternommen. Auch besahen wir die Ausgrabungen einer alten Stadt Nistria. Die Stadt wurde Mitte des 7. Jh.v.Chr. von Griechen gegründet. Im 7. Jh.n.Chr. wurde die Stadt aufgegeben. Sie hatte schon eine Wasserleitung, was die Dörfer der Umgebung heute noch nicht kennen. Das Wasser wurde aus 30 km Entfernung herangeführt. Man konnte viele alte Sachen bewundern. Die Ausgrabungen laufen noch immer.“ (Brief vom 1. 9. 1985)

Mit drei Mitarbeitern des Diakonischen Werkes und einem meiner Söhne fuhren wir mit zwei PKWs im nächsten Jahr zu einer Gemeinde in Sighisoara (Schäßburg). Wir hatten vor allem Babynahrung im Gepäck. Das war ein besonders schlimmer Engpass. Probleme machte manchmal der Grenzübergang nach Rumänien. Dort wurde man oft stundenlang kontrolliert. Lange Schlangen warteten am Grenzübergang. Wenn man es eilig hatte, half eine westliche KENT. Diese Zigarette war ein beliebtes Bestechungsmittel.

Ende der 1980er Jahre verließen unsere Bekannten Rumänien und siedelte um nach Baden-Württemberg wie viele ihrer Landsleute. 2004 machten wir noch einmal Urlaub in Rumänien. Unsere alten Bekannten waren alle nach Deutschland ausgewandert.

Der Personenkult wurde in Rumänien immer unerträglicher. In der deutsch-rumänischen Zeitung vom Juli 1987 hieß es unter der Überschrift „Vielgeliebter und geschätzter Genosse Nicolae Ceausescu! Im Namen der Millionen von Pionieren und Falken unseres Vaterlandes sowie aller Kinder Rumäniens möchten wir, die Teilnehmer der Nationalversammlung der Pioniere, mit besonderem Respekt und tiefer Bewunderung die erlesensten Gefühle der innigen Liebe und übergreifenden Anerkennung aus tiefstem Herzen entgegenbringen, welche die jungen Nachkommen unseres Vaterlandes Ihnen, liebster Genosse Nicolae Ceausescu - geliebter und geschätzter Führer unserer Nation, Held unter den Helden unseres Volkes, einsichtsvoller Lenker des neuen Schicksals Rumäniens - bezeugen. Wir danken für die wundervollen Lebensbedingungen, für Arbeit und Unterricht, die uns gesichert sind, für die Aufmerksamkeit und väterliche Sorge, mit der Sie ständig über unserem mannigfaltigen Wachstum und Fortschritt wachen, um als Mensch den Anforderungen von wahren revolutionären Kommunisten gerecht zu werden.“ Diese Huldigung erstreckte sich noch über drei weitere Absätze. Sie hatte mit der Realität nichts gemein. Solche huldvollen Worte gab es in der DDR nur zur Stalinezit.



Blick aus dem Fenster unseres Hotels in Kischinew, das für die Olympischen Spiele 1980 gebaut worden war.

Foto 1981 Hinrich Kuessner

## **Greifswalder Körperbehindertentreff „Teilen macht reich“**

1981

In der DDR wurden Menschen gefördert, die arbeiten konnten, von denen der Staat etwas hatte. Zu den Benachteiligten gehörten behinderte Menschen. Im UN-Jahr der Behinderten 1981 führten wir in den Züssower Diakonieanstalten eine Veranstaltung durch. Dazu holte ich eine körperbehinderte Frau mit meinem Auto ab. Sie erzählte mir von ihren Problemen, vor allem dass sie kaum Kontakte hat, weil sie alleine nicht aus dem Haus kommt. In Greifswald haben viele Häuser Stufen am Eingang. In der DDR gab es kaum Hilfsmittel. Der Rollstuhl aus DDR-Produktion hatte vorne kleine Räder, die in den vielen Löchern auf den Fußwegen stecken blieben. Hohe Bordsteinkanten waren ein weiteres Hindernis. Wir verabredeten auf der Fahrt, dass wir einen Treff für körperbehinderte Menschen gründen. Ich besprach das mit einigen Gemeindegliedern. Wir trafen uns mit zwei körperbehinderten Frauen in einer Pfarrwohnung zu einer Vorbesprechung. Die Wohnung war im 1. Stock. Wir hatten nicht bedacht, dass das für die beiden Frauen ein Problem ist. Sie saßen im Rollstuhl, konnten aber etwas gehen. Sie kämpften sich mühsam die Treppe hoch und runter. Das war für uns eine wichtige Lehrstunde.

Wir fragten in den Kirchengemeinden nach Adressen von körperbehinderten Menschen. Die Pastoren kannten keine körperbehinderten Gemeindeglieder. Diese Menschen lebten so versteckt, dass viele dachten, in der DDR gibt es nur sehr wenige behinderte Menschen. Im Statistischen Jahrbuch der DDR hatte ich gelesen, dass es anders war. Eine Pfarrfrau stellte sich auf den Greifswalder Marktplatz und hielt Ausschau nach Menschen mit Beeinträchtigungen und lud sie ein zu einem Treffen am 1. Advent 1981 in einen Gemeinderaum. Zu diesem ersten Treffen kamen sieben. Von Treffen zu Treffen wurden es mehr. Der schöne und warme Gemeinderaum in der Bugenhagenstraße hatte auch eine Treppe. Deshalb mobilisierten wir Mitglieder der Jungen Gemeinde als Helfer. So trugen vier Leute die Rollstühle samt Insassen die Treppe hoch.

Aus dieser Aktion entstand der Körperbehinderten Treff „Teilen macht reich“. Ihm folgten an anderen Orten der Greifswalder Landeskirche weitere Treffs. Unser Ziel war, die Lebensbedingungen für Behinderte zu verbessern. In unserer Gruppe verabredeten wir, wem wir zunächst helfen wollten. Eine Frau lebte mit ihren zwei Töchtern und einem Sohn in einer sogenannten behindertengerechten Wohnung in Schönwalde II. Sie war Krankenschwester bei der Reichsbahn. Nach einem Verkehrsunfall war sie gelähmt und konnte keinen Schritt gehen. Ihr Mann hatte sich scheiden lassen. Sie blieb allein mit drei Kindern. Eine Wohnung war für sie in einem Plattenbau im Keller ausgebaut worden. Aber selbst in den Keller kam man nur über Stufen. Nach hinten auf den Wäscheplatz war eine Rampe mit einem Gefälle von rund 10 % gebaut worden. Die Frau hatte über die Kasse einen westdeutschen Elektrorollstuhl der Firma Meyra bekommen. Sie konnte aber nicht alleine über diese steile Rampe nach draußen fahren. Auch die Kinder konnten das nicht bewältigen. Darum wollten wir über die Gebäudewirtschaft, der das Haus gehörte, erreichen, dass eine Rampe mit einem Gefälle von 6 % zur Straße gebaut wird. Die Gebäudewirtschaft stimmte dem Vorhaben sofort zu, als wir die Sache vortrugen. Der Bau begann. Mitbewohner des Hauses waren empört und zerstörten die Rampe. Es kam zu einer Hausversammlung. Die Stimmung im Haus war angespannt. Die behinderte Frau war in heller Aufregung. Sie wollte auf keinen Fall an der Versammlung teilnehmen. Meine Frau und ich vertraten sie. Eine Ärztin und ein Polizist waren die Wortführer der Hausgemeinschaft. Sie sprachen sich energisch gegen die Rampe aus. Sie wollten in keinem Haus mit Merkmalen für Behinderte wohnen. Wenn es der Familie hier nicht gefällt, dann soll sie ausziehen. Diese Meinung vertraten sie und keiner außer uns widersprach.

Nach der Versammlung reichten die Ärztin und der Polizist Klage gegen die Gebäudewirtschaft beim Gericht ein und verlangten den Abriss der Rampe. Das Gericht gab ihnen Recht. Die behinderte Frau wurde nicht gehört. Wir erfuhren erst von dem Prozess, als das Urteil schon gesprochen war. Wir beauftragten Rechtsanwalt Schnur mit der Vertretung der Behinderten. Er sollte Berufung einlegen. Er schickte seinen Mitarbeiter, Rechtsanwalt Raitor, zur Akteneinsicht in das Gericht. Das löste dort Unruhe aus. Der Gerichtsdirektor rief mich an und fragte, ob wir das nicht anders lösen können. Er schlug vor, dass in der

gleichen Instanz der Prozess noch einmal durchgeführt wird. Nach DDR-Recht war das eigentlich nicht möglich. Aber ein langer Berufungsprozess wäre für die behinderte Frau eine große Belastung geworden. Darum stimmte ich dieser Lösung zu. Der Prozess fand dann im Trockenraum des Wohnhauses statt. Alle Bewohner wurden gefragt, ob sie für oder gegen die Rampe sind. Alle waren jetzt für die Rampe. Sie waren wohl vorher eingenordet worden, wie man das so in der DDR machte, wenn man eine Zustimmung von 100 % erreichen wollte. Als wir das hörten, bekamen wir einen Schreck und dachten, dass die Familie der behinderten Frau jetzt nicht mehr in diesem Haus wohnen kann. Schon vorher waren die Batterie von ihren Elektrorollstuhl geklaut und die Reifen zerschnitten worden. Wie soll es zu einem vernünftigen Miteinander in so einer Hausgemeinschaft kommen? Das konnten wir uns nicht vorstellen. Aber es kam anders. Auf einmal entstand ein freundliches Miteinander. Man redete miteinander. Sie halfen der Familie. Es gab keine Probleme mehr. Die Rampe entstand. Auch für Mütter mit Kinderwagen war das eine Hilfe.

Mit der behinderten Frau war ich einmal, als es die Rampe nach vorne noch nicht gab, in die Stadt gefahren. Sie wollte Schaufenster besehen. Bei einem Schuhgeschäft blieben wir länger stehen. Plötzlich strahlte sie und sagte: „Meine Kinder haben mich wirklich nicht belogen.“ Die Frau war mehrere Jahre nicht in die Stadt gekommen. Allen Einkauf mussten die Kinder alleine machen. Auch ihre Schule mussten sie selbst kaufen. Im Laufe der Jahre forderten sie für ihren Schuhkauf immer mehr Geld. In der Zeitung stand nichts von Preiserhöhungen, im Gegenteil, nach den Berichten in der Zeitung waren alle Preise stabil. Die Wirklichkeit war eine andere. Schuhe waren teurer geworden und die Frau freute sich, dass ihre Kinder ehrlich waren, was sie auch immer geglaubt, aber etwas bezweifelt hatte.

In dem Treff „Teilen macht reich“ waren wir nachher bis zu 80 behinderte und nichtbehinderte Teilnehmer. Wir machten Ausflüge und gingen in Gaststätten. In Stralsund wollte man uns nicht in einer Gaststätte essen lassen. Rollstuhlfahrer verderben das Essvergnügen der Gäste, war die Meinung des Wirtes. Erst nach einer längeren Diskussion konnten wir bleiben. In Greifswald wollten wir in das Theater. An der Theaterkasse bestellte ich Karten und sagte, dass wir mit rund 10 Rollstühlen kommen wollen. Wenn es dabei Probleme gibt, bat ich um eine Nachricht. Es kam keine Nachricht. Festlich gekleidet zogen wir an einem Sonntagnachmittag zur Theatervorstellung. Einige waren noch nie in ihrem Leben im Theater, andere vor vielen Jahren. Alle freuten sich auf diesen Besuch. Ich wollte die Karten von der Kasse holen. Die Frau an der Kasse erklärte mir, dass ein Besuch mit Rollstühlen nicht möglich sei. Wie sich nachher herausstellte, sie hatte vergessen, die Sache zu besprechen. Nun wollte sie uns einfach wegschicken. Das ließ ich mir nicht bieten und forderte ein sofortiges Gespräch mit der Leitung. Ich wurde zum Technischen Leiter geschickt. Als er hörte, wer wir sind, meinte er, dass er das aus Brandschutzgründen nicht erlauben kann. Ich sagte ihm, dass er das unseren Besuchern selbst sagen muss. So gingen wir zusammen zu unseren Leuten, die von den Schwierigkeiten nichts mitbekommen hatten und in freudiger Erwartung waren. Wir kamen vom Theaterraum. Unsere Leute standen im Vorraum. Dazu geht es einige Stufen runter. Als der Technische Leiter die Tür zum Vorraum öffnete, sah er auf eine Gruppe, die sich freute und ihn mit großen Augen ansah. Sie dachten wohl, dass er sie begrüßen wollte. Für sie war es ein ganz besonderer Tag. Der Technische Leiter hielt kurz inne und begrüßte die Gruppe freundlich. Er konnte nicht anders auf diese erwartungsvollen Menschen reagieren. Wir überlegten zusammen, wie die Rollstuhlfahrer im Zuschauerraum platziert werden konnten. Für alles fand sich eine Lösung. Es war ein schöner Nachmittag. Später trafen wir uns wieder und besprachen mit der Theaterleitung, was getan werden muss, damit auch körperbehinderte Menschen zu den Vorstellungen kommen können. Es wurde eine Rampe gebaut, eine behindertengerechte Toilette eingerichtet und einige Theatersitze konnten künftig leicht entfernt werden, damit Platz für Rollstühle war. Das wurde alles kurz vor der Friedlichen Revolution fertig. Rollstuhlfahrer konnten aber schon vorher und auch allein das Theater besuchen.

In der Johanna-Odebrecht-Stiftung hatten wir eine Tagesstätte für geistig behinderte Kinder und Jugendliche. Ich fragte die Theaterleute, ob sie auch mal ins Theater kommen dürfen. Wir verabredeten, dass sie zu einer Generalprobe kommen. Das war für beide Seiten ein sehr erfreuliches Erlebnis. Die Kinder und Jugendlichen waren ein sehr aufmerksames Publikum. Die Schauspieler waren über ihre Reaktionen erstaunt und überrascht. Sie durften künftig immer zu Generalproben kommen.

Im Feierabendheim in Pasewalk hatten wir einen Hausmeister, der viele gute Ideen für die Herstellung von Hilfsmitteln für behinderte und alte Menschen hatte. Wir richteten ihm auf seinem Grundstück in Boock eine Werkstatt ein und er begann mit der Produktion von Hilfsmitteln. Vorher hatte ich mehrere Werkstätten in der DDR besucht, in denen Hilfsmittel hergestellt wurden. Das waren meist private Initiativen von Vätern oder Angehörigen von behinderten Kindern oder von alten Familienangehörigen. In der staatlichen Planung war nur ein Werk für eine Rollstuhlproduktion vorgesehen. Die kleinen Werkstätten waren weithin unbekannt. Sie produzierten zunächst für ihren Bekanntenkreis. Durch Mundpropaganda wurde dann der Kundenkreis größer. Viel produzieren konnten sie nicht, weil nur wenige einen zusätzlichen Mitarbeiter hatten. Ein Handwerker aus Erfurt erzählte mir, dass er vorher in einem Volkseigenen Betrieb (VEB) tätig war. Im Auftrag seines Betriebes konnte er in den Westen reisen. Dort hat er sich Hilfsmittel für Kinder angesehen und sie für seinen Sohn nachgebaut. Andere sahen das und baten ihn, für ihre Kinder solche Hilfsmittel herzustellen. Als das immer mehr Eltern taten, machte er sich selbständig.

Ab 1984 konnte ich dienstlich und privat in den Westen reisen. In Kiel besichtigte ich das Werk von Ortopedia, das viele Hilfsmittel im Angebot hatte. Wir wollten mit den DDR-Möglichkeiten eigene Produkte herstellen. Werkzeugmaschinen schenkte uns das Diakonische Werk in Rendsburg. Zusammen mit Behinderten entwickelten wir Hilfsmittel. So entstand das Gehrad „James“ oder der Kindertoilettensitz „Königstuhl“, auch eine Einstieghilfe in den engen Trabant und manches mehr. In den letzten DDR-Jahren arbeiteten 10 Leute in der Werkstatt in Boock bei Löcknitz. Wir gaben einen Katalog heraus, den ich Kreisärzten vorlegte. Sie dachten, dass das ein Westkatalog sei. Denn Hilfsmittel aus DDR-Produktion kannten sie nicht. Und Kataloge waren eine Seltenheit.

Wir wollten unsere Produkte und die der kleinen Handwerksbetriebe bekannt machen. Werbung in Zeitungen oder im Radio und Fernsehen war in der DDR nicht möglich für uns. Darum organisierten wir in einem neu gebauten Gemeindehaus der evangelischen Kirche in Berlin-Lichtenberg eine Ausstellung. Das Gemeindehaus war behindertengerecht gebaut. Die privaten Betriebe, die ich besucht hatte und noch einige mehr, kamen. Das wurde ein großer Erfolg. Es hatte sich einfach herumgesprochen, dass diese Ausstellung stattfindet. Werben konnten wir für diese Ausstellung nur im kirchlichen Bereich. In Berlin gab es eine staatliche Spezialschule für körperbehinderte Schülerinnen und Schüler. Sie stand unter der Obhut von Volksbildungsministerin Margot Honecker. In dieser Schule hing ein Aushang mit Unterschrift der Ministerin, in dem der Besuch der Ausstellung für die Lehrer verboten wurde. Einige Lehrer kamen trotzdem und gaben sich auch zu erkennen. Sie zeigten uns sogar die Schule spät abends im Dunkeln. Diese Kinder hatten Westrollstühle, auch Spezialrollstühle für den Sport. In der Schule wurden die Vorzeigesportler der DDR für internationale Wettkämpfe trainiert. Es war die Elite- und Vorzeigeschule für einige wenige behinderte Kinder.

Im nächsten Jahr organisierten wir eine zweite Ausstellung im Oberlinhaus in Potsdam. Die dritte Ausstellung wurde dann vom Staat in Magdeburg durchgeführt mit Übernachtung der Teilnehmer auf Kosten des Staates in einem Interhotel. Das waren die teuersten Hotels, die es in der DDR gab. Eine Briefmarke wurde zur Ausstellung herausgebracht. Somit hatten wir ein wichtiges Ziel erreicht. Der Staat übernahm endlich die Verantwortung für etwas, was seine Aufgabe war.

Unsere Werkstatt richtete in Berliner Museen Toiletten behindertengerecht ein. Es hatte sich etwas verändert in der DDR. Elektrorollstühle wurden vom Staat vermehrt aus dem Westen eingeführt. In unserer Region gab es für diese Westrollstühle keine Servicestation. Als einmal Harald Kuck, zuständiger Mitarbeiter im Diakonischen Werk in Rendsburg für die Partnerarbeit mit uns, nach einem Besuch wieder nach Hause fahren wollte, schlitzte ein auf der Straße liegendes Metallstück seine Ölwanne auf. Er rief mich an. Wir überlegten, wie der Schaden schnell repariert werden konnte. Seine Aufenthaltsgenehmigung für die DDR lief ab. An der Straße war eine Werkstatt für Mopeds. Der Meister war sofort bereit, den Schaden zu beheben und er machte das sehr gut. Mit Herrn Schmittendorf entstand ein schöner Kontakt. Ich fragte ihn, ob er die Servicestelle für Elektrorollstühle der Firma Meyra übernehmen kann. Er tat es und wurde für viele Rollstuhlfahrer ein beliebter und geschätzter Anlaufpunkt. Er war NDPD-Mitglied. In der Zeitung

seiner Partei erschien ein Artikel über seine Arbeit. Im März 1984 hatte Herr Schmittendorf seine Arbeit für Rollstühle aufgenommen. „Als Partner der Sozialversicherung betreut er rund 120 Rehabilitanden aus 15 Kreisen des Bezirkes Rostock und Neubrandenburg.“ Das konnte man in der Zeitung lesen. Seine Partei rühmte sich mit seiner Arbeit: „Für sein Engagement als privater Handwerksmeister und NDPD-Mitglied spricht außerdem, daß er im Rahmen der Planinitiative seiner Partei auch den Vertrieb der Rollstühle übernimmt. Fachliche Anleitung erhält er, wie die neun anderen Betriebe der Republik, die sich auf die Reparatur von Elektrorollstühlen spezialisiert haben, auf Lehrgängen in Magdeburg.“ Vor dem Einsatz von Herrn Schmittendorf gab es für die Bezirke Rostock und Neubrandenburg keine Servicestelle. Die staatlichen Stellen hatten sich darum nicht gekümmert. Private Initiative war nur innerhalb der staatlichen Planwirtschaft erwünscht. Darum blieb manches liegen und klappte nicht im Zusammenleben der Menschen.

Einmal wurden wir zu einer Ausstellung des Rates des Bezirkes nach Neubrandenburg eingeladen. Das Bürohaus teilte sich der Rat mit der SED-Bezirksparteileitung. Heute ist dies Haus das Rathaus der Stadt. Uns wurde ein Platz in einer hinteren Ecke zugewiesen. Aber dort war nicht genug Platz für unsere Produkte. Wir hatten inzwischen eine ganze Anzahl von Produkten und sie waren nicht ganz klein. Wir brauchten ausreichend Platz und den gab es nur direkt am Haupteingang, den auch die Mitarbeiter der SED-Leitung benutzen mussten. Dort stand nun unser großes Firmenschild mit dem Hinweis, dass dies eine Werkstatt des Diakonischen Werkes der Evangelischen Landeskirche Greifswald ist. Das gefiel den Genossen von der SED überhaupt nicht. Aber sie konnten es nicht ändern.

Anlass für diese Einladung war, dass eine Mitarbeiterin des Rates des Bezirkes durch einen Verkehrsunfall querschnittsgelähmt war. Durch Hilfsmittel unserer Werkstatt bekam sie Bewegungsmöglichkeiten. Das brachte uns hohe Anerkennung und der Rat plante uns mit Material ein. So bekamen wir vor allem Edelstahlrohre, mit denen Ausrüstungen wie Haltestangen in Bädern hergestellt werden konnten. Die Materialbeschaffung war vorher sehr aufwendig. Der Leiter der Werkstatt fuhr persönlich zu VEB-Betrieben, die das Material herstellten und erzählte ihnen, wofür er die Materialien brauchte. Er bekam dann in der Regel, was er wollte. Die Betriebe durften das eigentlich nicht. Sie durften Material nur aus Planüberständen frei herausgeben. Diese Planüberstände gab es nicht. Aber in der DDR-Wirtschaft war vieles bei gutem Willen oder mit Hilfe von Gegenleistungen möglich. Manches würde man heute als Bestechung brandmarken. Aber anders ging es nicht. Wir hatten bei der Gründung der Werkstatt keine Chance, in eine staatliche Planung aufgenommen zu werden. Erst durch den Unfall der Mitarbeiterin des Rates des Bezirkes kamen wir in die Planung und sogar in die Auslieferung von Materialien. Ich konnte beim Rat des Bezirkes im Herbst für das nächste Jahr eine Liste einreichen und damit rechnen, dass sie bewilligt und das Material auch geliefert wird. Der Mitarbeiter des Bezirkes, der dies vermittelt hat, war nach der Friedlichen Revolution als Dezernent für Soziales im Rathaus von Neubrandenburg tätig. Als Sozialminister traf ich ihn wieder.

Bei meiner ersten Westreise 1984 besuchte ich einen befreundeten Heimleiter in Hamburg. Er zeigte mir seine Alteneinrichtung. Ich hatte ihm bei seinen Besuchen bei uns einige Einrichtungen gezeigt. Nun konnte ich endlich einmal sehen, wie sein Heim aussah. Als er mir alles gezeigt hatte, bat ich ihn, dass er mir auch seine Vorratsräume zeigt. Wenn wir in unseren Heimen nicht Lebensmittelvorräte anlegten, dann hätten wir keine Abwechslung in den Speiseplan bringen können. Das galt auch für vieles andere. Wenn wir bauen wollten, sammelten wir Monate vorher die notwendigen Materialien. Über die staatliche Planwirtschaft bekamen wir selten etwas. Man musste manches kaufen, wenn es das gab, nicht wenn man es brauchte.

Der Hamburger Heimleiter erklärte mir, dass das im Westen anders ist. Vorräte für den Speiseplan brauchten sie nicht. Sie konnten einkaufen, wenn sie es brauchten und bekamen es dann auch. Das war für mich eine neue Erkenntnis. Aber dann fiel ihm ein, dass er im Keller noch einen Raum hatte, den er mir nicht gezeigt hat. Dort standen Rollstühle, die nicht mehr gebraucht wurden. Da bekam ich große Augen. Hier standen Rollstühle herum, die keiner braucht und die bei uns so dringend gebraucht wurden. Nur ganz wenige Rollstuhlfahrer hatten einen Faltrollstuhl, der in den Trabant passte. Hier standen sie herum. So entstand der Gedanke, dass wir gebrauchte Rollstühle aus dem Westen einführen. Eigentlich war das nicht

erlaubt. Wir durften nach den staatlichen Vorgaben nur bisher ungenutzte Waren einführen. Bei unseren Anträgen schrieb ich nur „Rollstühle“ auf, nicht alt oder neu. Und das klappte auch. Wir konnten so weit über 100 Behinderten ein großes Geschenk machen. Behinderte wurden mobil und konnten ganz anders am Leben teilnehmen. Wir ließen die Rollstühle in unserer Werkstatt durchsehen und reparieren. So konnten wir vielen Behinderten Rollstühle schenken, die sie wesentlich beweglicher machten als die aus der DDR-Produktion. Der große Vorteil war, dass diese Rollstühle zusammengeklappt werden konnten und in einen Trabant passten. Das ging mit den DDR-Rollstühlen nicht.

Viele körperbehinderte Menschen waren Invalidenrentner und durften in den Westen reisen. Jetzt, als sie beweglich wurden, taten das einige. Wir hatten Kontakte zu Kirchengemeinden in Westdeutschland, in Holland und Schweden. Besonders ein Behinderter aus Greifswald, Herr Schmidt, wurde unser Verbindungsmann zu diesen Gemeinden. Herr Schmidt nahm andere in seinem Trabant mit. Die Schweden luden Rentner aus dem Ostblock zur Erholung ein. So saßen in Schmidts Trabant gesunde Rentnerinnen und fuhren mit der Fähre nach Schweden. Rollstuhlfahrer fuhren zu Veranstaltungen von Rollstuhlfahrern nach Schleswig-Holstein. Eine junge Frau fand dabei ihren Partner und verzog in den Westen. Rentner ließ die DDR gerne ziehen. Die DDR sparte eine Rentenzahlung.

Wir wollten die Stadt behindertenfreundlicher gestalten. Bordsteinkanten sollten abgesenkt werden. Wir besprachen unsere Vorhaben in großer Runde. Das sprach sich in Greifswald bis zu den staatlichen Organen herum. Sie setzten eine FDJ-Initiative in Gang und so wurden in der Innenstadt Bordsteinkanten ohne unser Mittun abgesenkt. Man wollte nicht, dass die kirchlichen Leute so etwas taten.

Dem Kreisarzt gefielen unsere Aktivitäten nicht. Ich bekam vom Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Innere Angelegenheiten, Herrn Dr. Schulz, eine Einladung zu einem Gespräch. Zu solchen Gesprächen mit staatlichen Vertretern gingen wir immer zu zweit. So konnten Aussagen nicht so leicht verdreht werden. Bei dem Gespräch war auch der Kreisarzt. Für die Kontakte mit der Kirche war die Innere Abteilung zuständig. Darum war das Gespräch wohl bei ihm. Der Kreisarzt kritisierte unsere Aktivitäten mit den Behinderten. Er meinte, die Kirche sei nur für die Seele zuständig und habe alles andere zu lassen. Dr. Schulz ließ sich erzählen, was wir taten und meinte, dass das gut sei, was wir tun. Der Kreisarzt wurde abgesetzt. Der neue Kreisarzt, bisher Militärmediziner, entwickelte selbst Aktivitäten für Behinderte. Es wurde ein staatlicher Rolliclub gegründet. Ein behinderter Genosse, der leitend am Aufbau des KKW beteiligt war, wurde der Leiter. Sie entwickelten viele gute Initiativen in der Stadt. Sie durften der Stadtverwaltung und der Volksvertretung Vorschläge machen, die ihre Lebenssituation verbesserten. Sie bekamen ein Mitspracherecht bei Vorgängen, die sie betrafen. Auch Mitglieder unserer Gruppe „Teilen macht reich“ beteiligten sich aktiv in dem staatlichen Rolliclub. So wurde z.B. in Schönwalde II ein Haus für Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen gebaut.

Mit dem Kreisarzt war ich regelmäßig im Gespräch. Auch der Leiter des Rolliclubs wollte mich sprechen. Als SED-Mitglied traute er sich nicht, das an einem Ort zu machen, wo wir beobachtet werden konnten. Also verabredeten wir uns bei einer Familie, die sich sowohl bei unserem Treff als auch beim staatlichen Rolliclub beteiligte. Ich sollte nicht mit meinem Auto vorfahren, damit man nicht erkennt, dass ich dort bin. So lernten wir uns kennen und hatten ein nettes Gespräch. Später hörte ich, dass er im Krankenhaus ist und dass es Probleme bei der Versorgung mit einer neuen Beinprothese gibt. Der Prothesenhersteller hatte keinen hautverträglichen Farbstoff für die Stelle, die mit dem Beinstumpf in Berührung kam. Dieser Farbstoff musste aus dem Westen eingeführt werden. Der Staat stellte dafür keine Devisen zur Verfügung. Für uns war es kein Problem, so etwas von unseren diakonischen Partnern im Westen zu besorgen, zumal die Kosten auch nicht hoch waren. So konnten wir einem Genossen helfen. Er war empört, dass seine führenden Genossen ihm nicht halfen. Er hatte als Genosse früher viel geleistet. Er war in den 1950er Jahren Delegierter bei SED-Parteitag. Das alles zählte nicht mehr. Jetzt, wo er behindert und verrentet war, war er ihnen nichts mehr wert.

Der Rolliclub organisierte ein Treffen in Greifswald mit anderen Körperbehindertengruppen aus den drei Nordbezirken. Eines Tage bekam ich einen Anruf von Herrn Macht, der beim Rat des Bezirkes Rostock für Kirchenfragen zuständig war. Er fragte mich, ob wir nun nicht etwas zu weit gegangen seien mit einer

Einladung an alle Gruppen und nicht nur an kirchliche Gruppen. Ich wusste von dem Vorhaben. Wir waren daran aber nicht beteiligt. Es war klar, dass wir bei einer Einladung, die mit der Unterschrift des Greifswalder Oberbürgermeisters verschickt wurde, nicht zu den Veranstaltern und schon gar nicht zu den Einladenden gehören durften. So gut war das Verhältnis Staat und Kirche nicht. Herr Macht konnte sich wohl nicht vorstellen, dass auch staatliche Vertreter so gute Initiativen auf den Weg brachten. Ich tat so, als wenn ich von nichts wusste. Der Kreisarzt erzählte mir später, dass er bald nach meinem Telefongespräch Besuch von zwei Vertretern aus Berlin bekam. Sie ließen sich erzählen, was er vorhatte und verboten das Treffen. Wenige Tage vor der Veranstaltung mussten alle ausgeladen werden. Das war eine große Enttäuschung und verstärkte die schlechte Stimmung gegenüber den staatlichen Organen. Der Kreisarzt sollte auch den Rolliclub auflösen. Dazu sagte er mir, dass er das nicht tut. „Später, wenn die Genossen erkennen, was er Gutes tut, wird er dafür einen Orden bekommen“, sagte er mir. Der Kreisarzt bekam nach der Friedlichen Revolution leider keine Chance. Er musste seinen Posten räumen. Er verdiente sein Geld als Medikamentenverkäufer. Wir trafen uns manchmal auf der Straße. Für ihn persönlich war das keine schöne Entwicklung.

Die Körperbehinderten wurden selbstbewusster und wollten in Neubrandenburg einen eigenen Verein gründen, so wie es einen Verein für Blinde gab. Das wurde aber vom Staat nicht erlaubt. Die Blinden und Sehschwachen und die Gehörlosen und Schwerhörigen hatten in der DDR ihre Verbände, aber für andere wurden solche Organisationen nicht erlaubt. Selbsthilfegruppen waren für das System der DDR eher gefährlich, weil sie Menschen zu selbständigen Denken und Tun aktivieren. Das entsprach nicht dem Prinzip der Lenkung und Leitung durch die Parteiführung der SED.

Zu unserer Gruppe „Teilen macht reich“ gehörten MS-Kranke. Über diese Krankheit gab es in der DDR nur sehr wenige Informationen. Selbst Ärzte informierten Patienten nicht immer über ihre Krankheit. Zusammen mit der Diakonie in Berlin-Brandenburg gaben wir ein Informationsheft zur MS heraus, auch mit Erlebnisberichten von MS-Erkrankten. Wir luden zu einem Informationswochenende nach Greifswald ein. Dazu schrieb ich einen kurzen Artikel in der Kirchenzeitung. Eine MS-Betroffene erzählte, dass sie erst durch meinen Artikel erfahren hat, was für eine Krankheit sie hatte. Meine Schwägerin, die im Westen lebte, war an MS erkrankt. Bei einem Besuch bei ihr las ich die Zeitschrift der westdeutschen MS-Gesellschaft. Über das Diakonische Werk in Rendsburg kam ich in Kontakt mit der Gesellschaft. In Karlsruhe konnte ich einmal an einem Behindertenkongress teilnehmen und mich mit dem Geschäftsführer der Gesellschaft treffen. Von ihm bekam ich Informationsblätter und auch die MS-Zeitschrift. Die DDR-Post-Kontrollen ließen diese Informationen durch. Das Greifswalder Treffen führten wir jährlich einmal durch. Es war offen für MS-Betroffene und ihre Angehörigen. Es war ein wichtiger Austausch für diese Menschen.

Ein Betrunkener grölt auf der Straße: „Scheiß Staat! Scheiß Staat!“  
 Da kommt ein Polizist daher und sagt: „Ich muss Sie festnehmen wegen Staatsbeleidigung!“ Der Betrunkene wird vor Schreck sofort nüchtern und meint:  
 „Aber Sie wissen doch gar nicht, welchen Staat ich meine.“  
 „Da haben Sie recht“, sagt der Polizist und geht weiter.  
 Dann dreht er sich aber um und sagt: „Ich muss Sie doch festnehmen.  
 Es gibt nämlich nur einen Scheißstaat.“

## Jurafernstudium in Rostock

1982

1982 wurde mir vom Bund der Evangelischen Kirchen in Berlin angeboten, an einem Jurafernstudium der Humboldt-Universität in Rostock teilzunehmen. Das war für mich verlockend, zumal ich sehen konnte, ob man mich als ehemaligen Ausreisearbeitgeber wirklich zum Studium zulässt. Bei den Bewerbungsunterlagen musste ich neben dem Lebenslauf und einer Beurteilung durch die Dienststelle auch eine Liste mit meinen Auslandsaufenthalten angeben. Das stellte ich gerne zusammen. Auch die Westverwandtschaft musste man in der Regel bei solchen Bewerbungen aufzuführen.

Ich musste zunächst in Rostock zu einem Aufnahmegespräch. Dort empfing mich der Leiter dieses Studienganges. Er stellte mir seltsame Fragen. Ich verstand nicht, was er wollte. Er musste die Toilette aufsuchen. So konnte ich mir einen Brief ansehen, den er vor sich liegen hatte und auf den er immer mal wieder sah. In dem Brief wurde ihm mitgeteilt, dass er mich zu prüfen und mich zum Studium zuzulassen habe. Jetzt verstand ich, was er wollte. Er wollte herausfinden, wer ich bin. Für ihn war wohl nicht klar, warum ich an dem Studium teilnehmen durfte. Vielleicht hat er gedacht, dass ich von der Stasi bin. Möglich war auch so etwas in der DDR. Ich wurde zugelassen und konnte das Studium beginnen.

Im Zulassungsbescheid ging es auch um die Stärkung der DDR: „Ich bin überzeugt, daß Sie das mit der Zulassung in Sie gesetzte Vertrauen jederzeit durch sehr gute Leistungen und tatkräftige aktive Mitarbeit zur allseitigen Stärkung unserer sozialistischen Deutschen Demokratischen Republik rechtfertigen werden.“ (Humboldtuniversität Berlin 25. 5. 1982)

Im Studium kam ich mit Menschen zusammen, mit denen ich sonst keinen oder nur sehr oberflächlichen Kontakt hatte. Alle anderen Teilnehmer waren SED-Genossen, einige waren Parteisekretäre. Damals war die Zufriedenheit der Genossen mit den DDR-Verhältnissen im Sinken. Für die Mitstudenten war ich kein politischer Gegner. Bei meinen Diskussionsbeiträgen, die nicht der offiziellen SED-Linie folgten, wurde aufmerksam zugehört. Widerspruch kam fast nur von den Dozenten, nicht von den Studenten. Mit Studenten gab es manchmal hinterher Gespräche zu den Themen. Dabei kritisierten sie nicht meine Position. Sie stellten mir Fragen. Als ich 1984 zum ersten Mal in Westdeutschland war und das auch erzählte, wurde ich viel gefragt, allerdings meistens nur, wenn ich mit einem alleine war.

Leider wurde für uns Ablauf und Inhalt des Studiums verändert. „Das Studium ist um 6 Monate auf 6 Jahre verlängert. Auch soll es interessant werden, d.h. es soll mehr Prüfungen geben. Auch werden die Fächer nicht mehr einzeln abgeschlossen, sondern nach 4 Jahren ist eine ausführliche Prüfung mit Schwerpunkt Ideologie, die über die Zulassung zu dem Diplomverfahren entscheidet. Mir ist doch sehr zweifelhaft, ob ich das Studium lange betreibe. Das Zusammensein mit den Genossen ist ganz interessant. Der Zeitaufwand ist nur zu groß.“ (Brief vom 4. 12. 1982)

Wir starteten mit den Pflichtfächern marxistische Philosophie und sozialistische Ökonomie. So mussten wir Seminararbeiten z.B. mit folgendem Thema schreiben: „Begründen Sie die Aggressivität als Wesensmerkmal des Imperialismus, zeigen Sie die Aktualität für die Gegenwart und erläutern Sie notwendige Konsequenzen für die sozialistische Staatengemeinschaft.“ Ich äußerte mich kritisch zu Monopolen: „Das alleinige Streben nach Profit zerstört Umwelt, menschliche Beziehungen und Menschen. Sie stärkt das Wolfsgesetz und damit Aggressionen.“ Nach diesem Schlusssatz zu der Kritik setze ich mich kritisch mit der Hetze der SED gegen den Westen auseinander: „Trotzdem kann man heute m.E. nicht davon sprechen, daß von imperialistischen Staaten eine dauernde Kriegsgefahr ausgeht. In den Gesellschaften der hochentwickelten Industrieländer haben sich heute starke Gegenkräfte aufgetan. Als Reagan vor kurzem eine neue Welle des Wettrüstens ausrufen wollte, wurden ihm zur selben Zeit Gelder aus dem Rüstungsetat vom Senat gestrichen. In der BRD sind seit dem 6. 3. 83 die Grünen im Bundestag.“ Die Bewertung der Arbeit war sicher für den Dozenten schwierig. Er gab mir eine 4 und damit eine positive Note. Wenige Zeit danach sprach mich OKR Harder vom Greifswalder Konsistorium an und riet mir, mich doch angepasster zu verhalten. Meine Arbeit und meine Diskussionsbeiträge waren also weitergemeldet und die Leitung des

Konsistoriums war wohl gebeten worden, auf mich einzuwirken. Auch OKR Harder war ein IM der Stasi, was er allerdings vehement bestreitet.

„Mein Studium ist z.Z. sehr interessant. Es geht um die theoretischen Grundlagen der DDR-Wirtschaft. Es gibt jetzt einige Änderungen, die aber wohl nicht konsequent genug durchgeführt werden und wohl auch zu spät kommen. Die wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen aber zum Nachdenken. Wenn nicht die Rüstungsspirale in Ost und West so angezogen wird, könnte man vielleicht guter Hoffnung sein.“ (Brief vom 10. 4. 1983) „Das neue Fach, der sogenannte wissenschaftliche Kommunismus, ist schwer zu ertragen. Zum Glück ist damit schon Mitte Januar Schluß.“ (Brief vom 26. 11. 1983) Ab und an gelang es doch, sachlich über politische Probleme zu diskutieren. „Wir hatten gute Diskussionen zur Friedensfrage. Es gibt hier doch viel gemeinsame Ängste, auf die man vielleicht aufbauen kann. Schwer ist der erste Schritt, daß man überhaupt in ein sachliches Gespräch kommt.“ (Brief vom 18. 12. 1983)

Als Fernstudenten mussten/sollten wir uns mit der aktuellen Politik der SED befassen. Einmal bekam ich folgendes Schreiben von unserem Ausbildungsleiter: „Werter Fernstudent der XI. Matrikel Hinrich Kuessner! Ein wichtiges Ereignis der Gesellschaftswissenschaft, das auch für Ihr erfolgreiches Studium von großer Bedeutung ist, steht jetzt in Veröffentlichungen zur Auswertung zur Verfügung. Sicher haben Sie die Presseveröffentlichungen zu der am 15. und 16. Dezember 1983 durchgeführten gesellschaftswissenschaftlichen Konferenz des ZK der SED gelesen. Da Sie von der Russischausbildung befreit sind, möchten wir Sie bitten und beauftragen, die Materialien dieser Konferenz, die im Dietz-Verlag erschienen sind ... , zu studieren. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die Materialien unter dem Gesichtspunkt, welche Schlußfolgerungen sich daraus für Ihr Fernstudium ergeben, auswerten. Dabei kommt es darauf an zu untersuchen, ob die bisherige Ausbildung in den Grundlagenfächern den auf der Konferenz formulierten Anforderungen entsprach und welche Schlußfolgerungen es für das weitere Studium zu ziehen gilt. Auf einer der nächsten Seminarveranstaltungen werden wir dazu in einer Lehrgangs- bzw. Parteigruppenversammlung die Gelegenheit haben, die anderen Fernstudenten über die gewonnenen Erkenntnisse zu informieren.“ (6. 2. 1984) Fernstudenten mussten für eine Fremdsprache einen bestimmten Abschluss nachweisen. Da ich beim Theologiestudium den Nachweis für Latein, Griechisch und Hebräisch hatte, wurde ich von Russisch befreit. Beim Fernstudium war ich der einzige Nicht-Genosse der SED. Die Genossen hatten neben den Veranstaltungen des Studiums auch noch Parteiversammlungen. Schwänzen durften sie solche Veranstaltungen nicht.

Zum Abschluss des Faches Marxistische Philosophie gab es eine mündliche Prüfung. Ich wurde zusammen mit einem Politoffizier der Nationalen Volksarmee geprüft. Ich bekam eine bessere Note als er. Das machte ihn wohl nachdenklich. Wochen später lud er mich zu einem Essen ein. Er war überzeugter Marxist. Nach seiner Auffassung stand der Marxismus auf einem wissenschaftlichen Fundament. Er war der Meinung, wenn man diese Philosophie verstanden hat und ein einigermaßen ehrlicher Mensch ist, dass man dann Marxist wird. Er hatte mich nach der Prüfung beobachtet und fand mich einigermaßen ehrlich. Aber ich wurde nicht zu einem Marxisten, wie er erwartet hatte. Er hat sich darum in der Universitätsbibliothek in Rostock theologische Bücher ausgeliehen und wollte so ergründen, woran das lag. Aber er kam nicht weiter. Nun wollte er von mir hören, warum ich nicht vom Christen zum Marxisten wurde, obwohl ich die marxistische Philosophie in der Prüfung so gut wiedergegeben hatte. Ich versuchte ihm zu erklären, dass das mit der Wissenschaft und dem Marxismus nicht so einfach ist. So richtig überzeugen konnte ich ihn nicht.

Ein anderes Ereignis veränderte seine politische Einstellung. 1983 fädelten Franz Josef Strauß und Alexander Schalk-Golodkowski einen Milliardenkredit der Bundesregierung für die DDR ein. Am 29. 6. 1983 wurde das bekannt. An diesem Tag belehrte der Politoffizier seine Soldaten darüber, warum die DDR-Führung mit Politikern des Westens verhandelt, aber mit dem Revanchisten Strauß dies nicht tut. Seine Soldaten lächelten ihn an. Er verstand nicht warum. Nach der Stunde ging er in sein Arbeitszimmer und fand eine neue Instruktion vor, in der begründet wurde, warum auch Strauß jetzt ein Verhandlungspartner der SED ist. Seine Soldaten hatten wohl Westsender gehört und wussten, dass Strauß gerade die DDR besucht. Der Politoffizier hörte keinen Feindsender und war auf die Medien der DDR angewiesen und hatte so noch nichts von diesem Besuch gehört. Er erzählte mir diesen Vorgang empört. Er blieb Politoffizier, aber

seine sozialistische Moral war im Keller. Er sagte mir, dass er jetzt vor allem „Sachsen züchten“ werde. Das war der Ausdruck dafür, dass man in privaten Räumen Urlaubsplätze an die DDR-Bürger aus dem Süden vermietete. Das war eine lukrative Einnahmequelle. Er hatte ein schönes Gartenhaus, mit dem er viel Geld machen konnte.

Ein anderer Parteisekretär eines großen Volkseigenen Betriebes erzählte mir, wie er zu dieser Funktion gekommen war. Er war zusammen mit seiner Mutter als Flüchtling in ein vor allem katholisches Dorf gekommen. Sein Vater war im Krieg als Soldat umgekommen. Seine Mutter arbeitete als Magd bei einem Großbauern. Er war Messdiener, wurde aber von den Bauernkindern gehänselt. Eine Pionierleiterin und ein FDJ-Sekretär förderten ihn. So machte er Karriere in der FDJ und später in der SED. Eigentlich war er ein frommer Katholik. Aber die Umstände haben ihn zum Parteisekretär gemacht.

Nach zwei Jahren Studium kostete es mir zu viel Zeit, die mir bei der Arbeit fehlte. Inhaltlich brachte es für meine Arbeit nicht viel. Für meine Karriere in der DDR brauchte ich es nicht. Ich schob gesundheitliche Gründe vor und ließ mich zunächst beurlauben. 1988 erklärte ich dann, dass ich das Studium nicht fortsetzen will und wurde exmatrikuliert.

Welche Systeme sind miteinander unvereinbar?  
Das sozialistische System und das Nervensystem.

Warum gab es in der DDR schon immer zweilagiges Klopapier?  
Weil eine Kopie nach Moskau ging.

Das Programm des IX. Parteitages:  
1. Hereintragen des Präsidiums  
2. Synchronisieren der Herzschrittmacher  
3. Absingen des Liedes „Wir sind die junge Garde des Proletariats“

Flug 130 von Tokio in die DDR. Der Pilot setzt zur Landung an.  
Die freundliche Durchsage ertönt: „Sehr geehrte Damen und Herren,  
bitte stellen Sie das Rauchen ein, legen Sie die Gurte an  
und stellen Sie Ihre Uhren um 30 Jahre zurück!“

Um den Mangel an Südfrüchten in der DDR zu beseitigen,  
werden zum XX. Jahrestag in Ostberlin Bananenautomaten aufgestellt:  
Einwurf: 4 Bananen. Ausgabe: 4 MDN.

Kennen Sie den Unterschied zwischen der sozialistischen Kaderpolitik und der  
Champignonzucht? Es gibt keinen.  
Sobald sich ein helles Köpfchen zeigt, wird es sofort abgeschnitten.

## Besuch im Westen

1984

Vor dem Bau der Mauer war die Grenze nach Westberlin offen. Man konnte mit S- und U-Bahn einfach von Ostberlin nach Westberlin fahren. Es konnte passieren, dass man aus der Bahn zur Kontrolle im Osten herausgeholt wurde. Als mein Vater Direktor des Michaelshofes war, passierte es ihm einmal. Der Michaelshof war eine diakonische Einrichtung in Rostock. Geistig behinderte Kinder und Jugendliche waren hier zuhause. In den 1950er Jahren gab es keine staatlichen Pflegesätze. Ein Bauernhof und eine Gärtnerei waren wichtige Betriebe zur Eigenversorgung. Kirchengemeinden übergaben Spenden. Aber das reichte nicht immer. Die Westkirche finanzierte mit. Dieses Geld holte mein Vater aus Westberlin. Das war illegal. Darum musste man beim Grenzübergang aufpassen. Einmal, als er solches Geld bei sich hatte, wurde er kontrolliert und in einen Raum geführt. Vater zog sich sofort ganz aus und sagte: „Sie können alles sehen.“ Die Polizisten, die schon festgestellt hatten, dass er Pastor war, sagten: „Ziehen sie sich an, Herr Pastor!“ Und er konnte mit seinem Geld nach Hause fahren.

Ab 1958 bin ich oft nach Westberlin mitgefahren, wenn mein Vater dort zu tun hatte. Zusammen gingen wir ins AKI (Aktualitätenkino) in der Nähe vom Bahnhof Zoo. Er hatte in Westberlin beruflich zu tun. Ich sah mir noch einen Film an. Kinokarten gab es für Ostgeld zum Kurs von 1 : 1. Und eine Coca Cola leistete ich mir immer. Manchmal trafen wir uns in Westberlin mit meinem Westbruder, der nicht immer in die DDR reisen durfte, weil er die DDR illegal verlassen hatte.

Im Juli 1961 war ich zum Kirchentag in Westberlin. Ich übernachtete in einer westberliner Turnhalle. Dort waren wir, junge Männer aus der DDR, unter uns. Abends wurde lange diskutiert, ob man im Westen bleiben oder zurück in die DDR gehen soll. Einen Mauerbau ahnten wir nicht. Aber man hatte ein schlechtes Gefühl. Ich wollte erst in 18 Monaten in den Westen gehen. Drei Semester wollte ich in Rostock Theologie studieren und dann im Westen eine andere berufliche Richtung einschlagen. Nach drei Semestern im Osten wurde im Westen das Ost-Abitur anerkannt. Das ging dann nicht mehr, weil am 13. August 1961 die Mauer gebaut wurde und damit dieser Weg verschlossen war.

Nach Westdeutschland bin ich vor dem Mauerbau zweimal zu Verwandten gereist. Als ich Oberschüler war, durfte ich das nicht mehr. Und ab 1961 war auch diese Grenze für mich und viele andere verschlossen. 1984 bekam ich zum ersten Mal dienstlich die Erlaubnis für eine Westfahrt. Ich besuchte auch die Familie meines Bruders in der Nähe von Bonn. Seine Kinder spielten mit Freunden. Wir kamen ins Gespräch. Die Freunde fragten mich, gehört die DDR auch zu Deutschland? Die Kinder waren schon in Spanien, Italien und anderen westlichen Ländern. Von Osteuropa und der DDR hatten sie keine Vorstellung. Meine Kinder fragten mich nach der Rückkehr, wie es im Westen aussieht. Besonders aufgefallen war mir, dass dort alle Dächer heil waren und dass man im Westen Mauern zum Schutz vor Lärm baut. Diese Mauern versperren den Blick, aber nicht den Durchgang.

Zu meinem Bruder war ich von Hamburg mit dem Zug gefahren. Ich wunderte mich über die lange Fahrtdauer. Mir war nicht bewusst, wie weit es von Hamburg nach Bonn ist. Wir hatten nur kleine Landkarten von Westdeutschland. Im Schulatlas sah die DDR größer aus. Ich wusste, dass wir kleiner waren. Aber dass Westdeutschland so groß war, war eine neue Erkenntnis. Im Zug hatte ich noch eine neue Erkenntnis. In meinem Abteil waren drei Frauen. Sie waren Rentnerinnen, eher Ende 60. Sie kamen von einer AWO-Veranstaltung und überlegten, zu was für einer Veranstaltung sie sich nun verabreden wollten. Nach und nach stiegen sie aus. Jede hatte ein Auto am Bahnhof stehen. Frauen in diesem Alter sind mobil und unternehmungslustig. Solche Möglichkeiten gab es in der DDR nur für wenige. Und anders als bei uns in einem Zug der Deutschen Reichsbahn war, dass die Leute ungehemmt miteinander redeten. In unseren Abteilungen unterhielt man sich nicht so, schon gar nicht mit Fremden.

Ich konnte dann mehrmals privat und dienstlich reisen, sogar mal mit meinem Auto. Auf der Autobahn wurde ich mit meinem Wartburg ständig überholt. Vor Osnabrück fuhr ich wohl zu schnell. Jedenfalls wurde meine Zylinderkopfdichtung undicht und ich verlor das Kühlwasser. Als DDR-Autofahrer konnte ich manches an meinem Auto selbst reparieren. Aber für diese Reparatur brauchte ich ein Ersatzteil. Auf einem Parkplatz fragte ich, ob in der Nähe eine Werkstatt ist. Die Wessis fragten: „Für welche Werkstatt?“ Ich antwortete: „Für mein Auto gibt es hier keine Werkstatt.“ Die Wessis: „Für jedes Auto gibt es eine Werkstatt.“ Ich zeigte auf mein Auto und sie mussten mir Recht geben. Langsam fuhr ich nach Osnabrück.

An einem Taxistand fragte ich einen älteren Taxifahrer, ob er mir einen Rat geben könnte, zu welcher Werkstatt ich sinnvoll fahren kann. Er führte mich zu einer Werkstatt, die früher DKW-Autos reparierte und verkaufte. Dort war ein alter Meister, der mit Begeisterung mein Auto besah. Er freute sich über manche Teile, die dem seiner ehemaligen Autos glichen. Vor allem hatte er Zylinderkopfdichtungen, die für mein Auto passten und die er nicht mehr brauchte. Er reparierte meinen Schaden kostenlos und gab mir Ersatzteile mit. Diese Dichtungen gehörten in der DDR zur Mangelware. Ich und meine Bekannten hatten in den letzten Jahren mit diesem Ersatzteil keine Probleme mehr.

1988 wurde in Greifswald die Fernheizung umgestellt. Für die Johanna-Odebrecht-Stiftung bedeutete das, dass wir eine andere Umwälzpumpe brauchten. Das hörten wir erst sehr spät. Zu kaufen bekamen wir die Pumpe nicht. Damals gehörten zur Stiftung ein Krankenhaus, eine Alteneinrichtung und eine Tagesstätte für geistig behinderte Kinder und Jugendliche. Sie hätten ohne Heizung auskommen müssen. Es war schon in der kalten Jahreszeit, als die Umstellung geschah. Zum Glück hatten wir Partner im Westen, die helfen konnten und wollten. Die Umwälzpumpe musste in einem kurzen Zeitraum da sein. Das ging nur, wenn ich mit dem Auto fahren durfte und die Genehmigung schnell bekam. Das gelang sogar. So konnte ich drei Tage nach Rendsburg fahren. In Hamburg hatte ich eine Cousine, die ich dabei aufsuchen wollte. Sie liebte sehr das raue DDR-Klopapier. Meine Frau war eine gute Einkäuferin und hatte schon für Vorräte gesorgt. Selbst Klopapier bekam man nicht immer. Also konnte ich einen Koffer Klopapier mitnehmen. An der Grenze wurde ich kontrolliert. Der Koffer wurde geöffnet. Ich erzählte von meiner Cousine. Das glaubten sie wohl nicht und fingen an, das Klopapier aufzuwickeln. Da musste doch irgendetwas versteckt sein, war wohl ihre Meinung. Ein Windstoß erfasste eine ziemlich weit aufgewickelte Rolle und blies das Papier in die Luft. Die Zöllner gaben auf und ich konnte weiter fahren. Als ich kurz nach der Maueröffnung wieder mit meinem Auto in Richtung Hamburg fuhr, begegneten mir die gleichen Zöllner. Wir kamen ins Gespräch. Sie hatten die Klorollen noch gut in Erinnerung und fragten, ob ich wirklich nichts darin versteckt hatte. Ich konnte es bestätigen und wir lachten gemeinsam.

Bei einem Besuch in Westberlin führte mich eine Verwandte zu einem Hundefriedhof. Ich staunte über die vielen ordentlich angelegten Gräber mit Grabsteinen. Ich dachte zuerst, dass das Kindergräber sind. Die Grabsteine hatten liebevolle Inschriften. Auf mehreren Gräbern brannten Kerzen, wie ich es nur auf Gräbern von Katholiken kannte. Als ich das in Greifswald erzählte, glaubte mir keiner. Aber ich konnte es mit Fotos beweisen. Mancher dachte darüber nach, was die Wessis doch für seltsame Menschen sind.

Warum gibt es in der DDR nur raues Klopapier?  
Damit auch der Hintern der DDR-Bürger rot wird.

Gespräch in der DDR.

„Was würden Sie tun, wenn morgen die Mauer abgerissen würde?“

Antwort: „Auf einen Baum klettern.“

„Warum?“

„Meinen Sie, ich möchte totgetrampelt werden?“

Honecker und Mielke unterhalten sich über ihre Hobbys.

Honecker: „Ich sammle alle Witze, die über mich im Umlauf sind.“

Mielke: „Mensch Erich, da haben wir ja fast das gleiche Hobby.

Ich sammle nämlich alle, die sie in Umlauf bringen.“

Gestern standen wir vor dem Abgrund, heute sind wir einen Schritt weiter.

## Egon Kranz macht das Licht aus

1989

Das Ende der DDR begann für mich mit der Kommunalwahl am 7. Mai 1989. Wir beschlossen zur Wahl zu gehen. Für meine Frau und mich war es das zweite Mal, dass wir zu einer Wahl gehen wollten. Wir hatten den Eindruck, dass es dieses Mal mehr NEIN-Stimmen geben könnte. Ich ging in die Wahlkabine und strich alle Namen einzeln durch. Nur so konnte man zu einer NEIN-Stimme kommen. Am Abend ging ich mit meinem Sohn zur Auszählung der Stimmen. Als die Auszähler einen Stimmzettel mit durchgestrichenen Namen begutachteten, diskutierten sie, ob wirklich alle Namen durchgestrichen sind oder ob einer auch unterstrichen ist. Vielleicht wollte der Wähler einen Namen besonders hervorheben und das wäre dann doch eine JA-Stimme. Wenn ich nichts gesagt hätte, wäre wohl schon hier das Ergebnis gefälscht worden. Wir gingen zum Rathaus. Wir wollten uns ansehen, wie die ausgezählten Stimmen weiter verarbeitet werden. Vor der Rathhaustür standen drei Männer. Sie wiesen uns ab. Dies sei kein öffentlicher Akt. Wir können darum nicht zusehen. Die Zeitungen berichteten am nächsten Tag von einer großen Wahlbeteiligung und einer überwältigten Zustimmung zu dem Wahlvorschlag der Nationalen Front. Unser Gefühl war ein anderes. In mehreren Wahlbüros hatten Leute das Auszählen beobachtet. Auch in Greifswald taten das Studenten. Sie kamen zu einem anderen Ergebnis. Einige reichten Beschwerden ein. Der Wahlbetrug wurde nicht mehr so einfach von allen hingenommen. Aber eine erneute Auszählung gab es nicht. Bei unserer Stasiüberprüfung 1989/90 in Greifswald wurde dann klar, dass das Ergebnis in Greifswald gefälscht wurde.

Anfang 1989 hatte ich die Leitung der Johanna-Odebrecht-Stiftung in Greifswald übernommen. Im Jahr davor hatte die Uniklinik endlich das Gelände der Stiftung verlassen. Nach dem Krieg fehlten der Uniklinik Räume und sie hatte mit der Orthopädie unsere Gebäude belegt. Der seit Jahren geplante Neubau der Uniklinik verzögerte sich immer wieder. Nun war er fertig. Wir konnten endlich eigene Pläne entwickeln. Schwerpunkt sollte die Behandlung von Alkoholkranken werden. Die Not war groß und die Kapazität staatlicher Behandlungen war sehr gering. Es sollten umfangreiche Um- und Neubauten erfolgen. Dafür wurden neue Mitarbeiter gebraucht. Mitarbeiter bekam man fast nur, wenn man Wohnungen anbieten konnte. Darum gehörte zu meinen ersten Aktivitäten in der Stiftung der Bau von vier Reihenhäusern mit sechs Wohnungen. Für den Bau hatte ich einen ehemaligen Stasimitarbeiter eingestellt. Er bewarb sich um die Stelle des Bauleiters und erzählte unglaubliche Geschichten. Angeblich hatte er Probleme mit der Stasi. Seine Frau, auch eine Stasi-Mitarbeiterin, hatte ihn ermorden wollen. Als er in der Badewanne saß, warf sie ihm einen Haarfön mit Anschluss an die Stromleitung ins Wasser. Er zeigte mir Verletzungen. Das war unglaublich, aber in meiner Vorstellung auch möglich. Er war ein Bauleiter, der was zustande brachte, mit dem ich aber auch seltsame Geschichten erlebte. Nach der Friedlichen Revolution verschwand er sehr bald in den Westen, so wie es manche taten, die untertauchen wollten.

Im Herbst 1988 wurde ein Mitarbeiter der Stiftung zur Armee eingezogen. Er wohnte bei seiner Mutter in der Odebrecht-Stiftung. Im Sommer 1989 hieß es, dass er mit einem Kameraden in den Westen abgehauen sei. Sein Einsatzort war der Hafen in Saßnitz. Die beiden Soldaten hätten gesoffen und seien in einem Güterwaggon eingeschlafen und so versehentlich in Schweden gelandet, so wurde erzählt. Nun wollten sie dort bleiben. Diese Geschichte glaubte keiner. Denn in den Grenzbereich, wo die Güterzüge auf die Fähre warteten, kam man nicht so ohne weiteres. Dieses Gelände wurde streng bewacht. Wohl darum kam eine neue Version in Umlauf. Nun sollten sie ein Boot an die Schwedenfähre gebunden und so die DDR illegal verlassen haben. Auch das klang sehr unglaubwürdig. Unser Eindruck war, dass die beiden Soldaten von staatlichen Stellen in den Westen geschleust worden waren.

Unser Mitarbeiter landete in einem Aufnahmelager in Schleswig-Holstein. Sein Kamerad kehrte zurück in die DDR. Seine Mutter bekam eine Reiseerlaubnis in den Westen, damit sie ihren Sohn zurück in die DDR holt. Der Sohn wollte nicht zurück in die DDR. Die Mutter schien auch im Westen bleiben zu wollen. Der Schwager, ein Pastor, durfte nun in den Westen reisen, um beide zu überzeugen, damit sie zurückkommen.

Nach und nach kamen die Mutter und ihr Sohn aus dem Westen zurück. Bevor der Ex-Soldat sich bei uns wieder zur Arbeit meldete, bekam ich Besuch von zwei Stasimitarbeitern. Sie erklärten mir, dass er seinen Wehrdienst nicht fortsetzen muss und dass er ein Recht hat, seinen bisherigen Arbeitsplatz als Hausmeister fortzuführen. Ein Soldat der NVA, der illegal in den Westen abgehauen war, wurde nicht eingesperrt? Er musste auch nicht seinen Wehrdienst beenden. Das war für uns völlig überraschend und warf einige Fragen auf. Er erschien dann einige Tage später in einem nagelneuen West-Nietanzug, was von Mitarbeitern sehr aufmerksam wahrgenommen wurde. So ein Nietanzug war der Traum von manchem DDR-Bürger. Er erzählte keinem, was wirklich vorgefallen war. Wir wollten ihn möglichst schnell loswerden. Ich gab ihm nur Arbeit, die er nicht gerne machte. Auch die anderen Handwerker gingen nicht nett mit ihm um. Er sah sich sehr schnell nach anderer Arbeit um und kündigte.

Ende September wollten wir mit unserem Wartburg zu einer Hochzeit nach Thüringen fahren. Das Auto war vorher zur Durchsicht in der Werkstatt. Trotzdem hatten wir große Probleme, das Ziel zu erreichen. Kühlwasser trat aus, ein Rad war nicht fest angeschraubt, ein Reifen musste ausgewechselt werden. Immer wieder musste ich anhalten und prüfen, was nun wieder nicht funktioniert. Es waren politisch unruhige Zeiten. Mit einem Brief an ein Gründungsmitglied des NEUEN FORUMS hatte ich meine Mitgliedschaft erklärt. Hatte die Stasi sich am Auto zu schaffen gemacht? Den Verdacht hatten wir. Beweisen konnten wir es nicht. In der Nacht erreichten wir unser Ziel.

Einer meiner Söhne hatte 1989 die Schule beendet und wollte Mathematik studieren. Zunächst musste er zur Armee. Er hatte sich zu den Bausoldaten mustern lassen. Am 2. November 1989 sollte er um 10 Uhr in einer Prenzlauer Kaserne antreten. Am 29. Oktober 1989 stellte er beim Wehrkreiskommando in Greifswald den Antrag, dass er „seinen Wehrdienst in einer Einrichtung des Gesundheitswesens“ ableisten kann. Damals gab es erste Aussagen des DDR-Gesundheitsministers zu einem zivilen Ersatzdienst.

Anfang November musste er aber erst einmal in einer Kaserne in Prenzlau antreten. Er beschrieb uns am 8. November 1989 seinen Einstieg bei den Bausoldaten: „Ich erzähle am besten chronologisch der Reihenfolge nach. Am Dienstag gehörten wir zu den ersten 14, die dort ankamen. (Wir hatten uns noch extra 16 Minuten Zugverspätung von der Bahn bescheinigen lassen, wonach keiner fragte.) Zunächst wurden Personalien erfasst sowie Mitgliedschaft in CDU (keiner), FDJ (2 von 14) usw. (Manche waren im Herbst noch aus der FDJ ausgetreten). Danach Einkleidung und Versand der Zivilsachen. Danach zu einer weiteren Kleiderkammer und später noch zu einer dritten. Vor einer der Kleiderkammern waren Tafeln, auf denen zu guter Pflege der Kleidung aufgerufen wurde usw. und wo der Gesamtwert der erhaltenen Kleidung mit 2750,- angegeben wurde. Dann Einräumen der Schränke, Bettenmachen usw. Wenn einmal ein Unteroffizier vorbei kam, zeigte er, wie der Schrank einzuräumen, auf welche Uniform Schulterstücke bzw. Spaten anzubringen seien usw. Jeder Unteroffizier hatte eine andere Meinung, so daß wir die ersten beiden Tage ständig umgeräumt haben. Überhaupt herrscht hier ziemliches Chaos. Keiner weiß, was passiert. Die meiste Zeit liegt man nur auf dem Bett.“

Den Vorgesetzten hier scheint überhaupt das Herz ziemlich in der Hose zu sitzen. Vielleicht haben sie Angst vor irgendwelchen Aktionen. Zuerst dachte ich, wir hätten zufällig besonders schüchterne Offiziere erwischt, aber wenn man erlebt, wie dieselben Leute mit den normalen Soldaten umgehen ...

Einige Beispiele:

- Gestern Abend war ‚zentrales Duschen‘, freiwillig, ‚sonst würde es Leute geben, die sich genötigt fühlen‘ sagte der Unteroffizier völlig ernst, man kommt sich schon fast verarscht vor.
- Heute morgen fiel Frühsport aus ‚wegen Regen‘.
- Heute kam ein Unteroffizier ins Zimmer und begann sich dann aufzuregen, daß der Stubenälteste bei seinem Eintreten nicht ‚Achtung‘ gesagt hatte. Dieser erwiderte, daß er das nicht gewußt habe. Darauf begann der Uffz. dann plötzlich einzulenken, ihm käme es ja nicht darauf an, ‚wir sind ja alle gleich‘ (!); der Stubenälteste fing an zu erklären, er würde ‚Achtung‘ rufen, er wußte das bloß noch nicht, aber der Uffz. ließ ihn gar nicht zu Wort kommen, wir müßten doch Verständnis haben, wenn mal ein Major oder dgl. mit ihm käme, dann müsse das klappen.

Überhaupt wird ziemlich oft an unser Verständnis appelliert.

Hier in Prenzlau sind zum ersten Mal Bausoldaten untergebracht. Es sind 150. ...

Wir sollen ab 12. 11. im Betonwerk Milmersdorf bei Templin eingesetzt werden. Ein Drittel kommt ins PCK Schwedt.

Am Anreisetag, am späten Nachmittag, kamen ungeplant 3 hohe Offiziere, um nach uns zu sehen. Sie waren sehr um einen guten Eindruck der Armee bemüht, unterhielten sich mit uns über die gegenwärtige Lage. Verzweifelt wehrten sie sich gegen Zivildienst. Wir wären schon eingeplant in der Volkswirtschaft, diese Planungen könne man nicht umstoßen, außerdem müßten alle Bürger gleiche Pflichten haben; auch auf Traditionen beriefen sie sich („das war schon unterm Kaiser so“). Sie waren aber sehr freundlich und ließen sich durch keinerlei Kritik aus der Ruhe bringen, versprachen gute Lebensbedingungen.

Gestern Abend auf dem Appell wurde dann angekündigt, daß heute eine Abordnung des Ministeriums einen Dialog mit 25 ausgewählten Bausoldaten führen würde. Am Abend gab es dann auf allen Zimmern Diskussionen. Etwa 120 – 130 der 150 Leute werden das Gelöbnis (am 11. 11.) nicht sprechen. Zum einen wegen der Passagen ‚unbedingter Gehorsam‘, ‚... zum Sieg verhelfen.‘ usw. , zum anderen, wenn wir das Gelöbnis abgeleistet haben, sind wir Armeeinghörige und kommen nicht mehr los. Die Einführung des Zivildienstes ist natürlich ständiges Thema. Als Termin gilt allgemein der 1. 12. und wir wollten natürlich gerade bei dem Dialog auch mit durchsetzen, daß auch wir noch mit darunterfallen.

Dazwischen kam dann gestern 21.15 die Rede Krenz (wir können hier fernsehen). Seine Befürwortung des Zivildienstes ging in Beifall unter, der dabei stehende Uffz. konnte nur fassungslos stottern, das betrifft sie sowieso nicht mehr‘. Heute morgen im Politunterricht dagegen wurde schon gesagt, daß die Übergangslösungen im Gesetz festgelegt würden und man nichts wüßte. Dasselbe dann auch heute nachmittag im Dialog. Es wurde aber zugesichert, daß noch vor dem 11. 11. ein neues Gelöbnis ohne die kritischen Passagen kommt.

Heute morgen war der Politoffizier schon ziemlich ins Schwimmen gekommen, vor allem als nach seinen Ausführungen über die neue Ausrichtung der NVA als Defensivarmee jemand sich meldete und fragte, ob wir denn vorher eine Angriffsarmee gewesen seien. Der Dialog (nachm.) soll dann teilweise schon recht unsachlich geworden sein, einer bezeichnete die DDR als nicht verteidigungswürdig usw. Einer meinte auch, wenn wir ohnehin später in Zivildienst wechseln, wäre es Verschwendung uns hier kostenlos auszubilden, unterzubringen, zu beköstigen ... und man sollte uns doch Montag gleich zurückschicken. Natürlich wurde auf solche Angebote nicht eingegangen.

Ansonsten ist die Stimmung gut, sehr lustig, ständig Witze über die vorsichtige Art der Vorgesetzten und das (hoffentlich) baldige Ende unserer Armeezeit.

(Übrigens scheinen solche Bemühungen wie in Greifswald in den anderen Orten nicht gelaufen zu sein. Es geht hier das Gerücht um, daß aus Greifswald ans ZK geschrieben worden wäre.)

Auch das Essen ist gut. Geschlafen habe ich lange nicht mehr so viel wie in den beiden Tagen. Es ist schon fast langweilig. Wenn ein Offizier kontrollieren kommt, fragt ihn einer nach Kleiderbügel (die nicht ausreichend vorhanden sind) und er geht von selbst unter irgendwelchen Ausflüchten. Es tut uns schon fast leid, überhaupt keine preußische Ordnung und Schikanen kennengelernt zu haben.“

Einige Tage später kam er nach Götschendorf zur Arbeit in ein Betonwerk. Aus einem Wochenendurlaub kamen fünf Bausoldaten nicht zurück. Aus Pasewalk kamen weitere Bausoldaten. Er schrieb am 5. November 1989: „Die größte Überraschung war aber, daß diese Bausoldaten von ihrem Glück noch gar nichts wußten und dachten, sie würden hier in Götschendorf nur Mittagessen und dann weiterfahren. Man hatte ihnen nämlich von Anfang an (ab 2. 11.) gesagt, sie würden im Gesundheitswesen eingesetzt, deshalb hatten sie auch keine Anträge usw. geschrieben, hatten die letzten Wochen in der Kaserne abgesehen und sollten nun (so war ihnen gesagt worden) nach Prenzlau gefahren werden, um von dort auf medizinische Einrichtungen aufgeteilt zu werden. Die LKW's fuhren dann auch nach Prenzlau, bogen dort ab nach Götschendorf, was mit dem Mittagessen begründet wurde. Im Betonwerk wurden sie dann auch in den

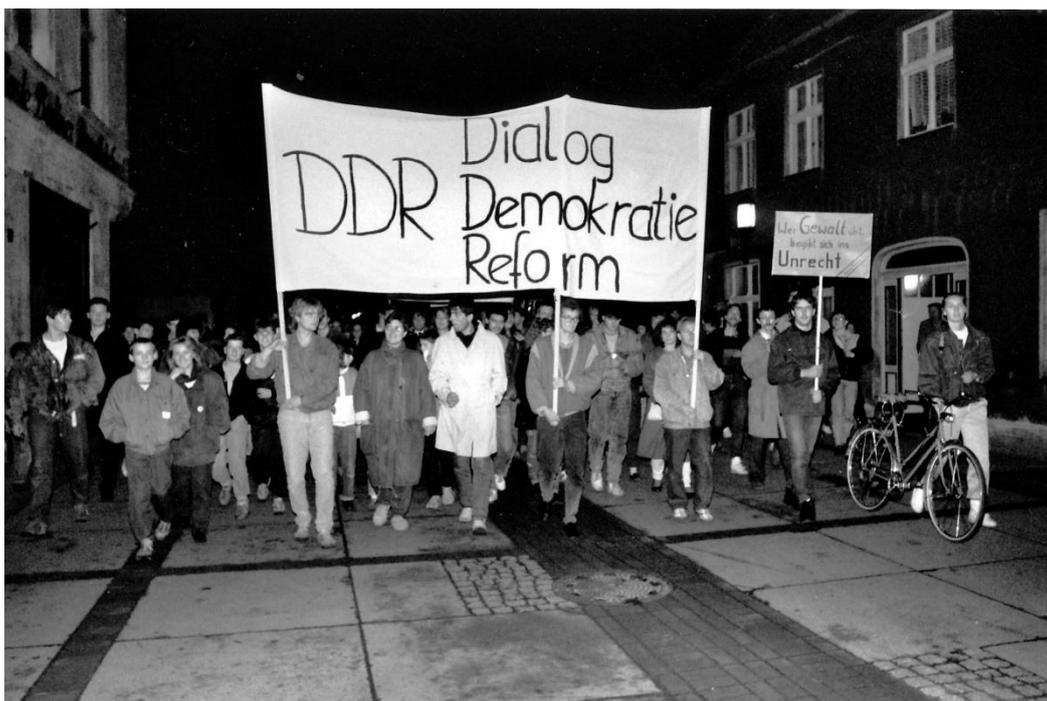
Speisesaal geführt und nachdem der Pasewalker LKW-Konvoi nebst Offizieren wieder abgefahren war, erfuhren sie, daß sie zum Arbeiten hierher verfrachtet worden waren. ... 20 der 60 Bausoldaten führen jetzt einen ‚Sitzstreik‘ im Speisesaal durch, d.h., sie übernachteten dort auch. Heute vormittag waren zwei Majore hier, wichtigste Ereignisse des Gesprächs: wir sind jetzt dem Betrieb, nicht der NVA unterstellt (mit der wesentlichen Feinheit, daß das Geld weiterhin der NVA übereignet wird), nur einige Offiziere bleiben da, um nach dem Rechten zu sehen.

Konsequenzen: wir können beliebig in Ausgang (wovon wir in diesem weltabgeschiedenen Gebiet natürlich wenig haben) und für Urlaub brauchen wir nur die Erlaubnis des Meisters.“ So konnte mein Sohn am nächsten Wochenende nach Greifswald kommen. Die Verhältnisse für die Bausoldaten wurden nachher immer besser. Am 12. November 1989 schrieb er: „Wenn man beliebig in Urlaub fahren könnte und nicht das Bewußtsein hätte, Geld für die Armee zu erarbeiten, wäre es wie in einem Ferienlager für Arbeit und Erholung.“

Seine Bausoldatenbriefe haben wir dem DDR Museum in 10178 Berlin, St. Wolfgang Str. 2 gegeben.

Im Dezember wurden Stellen für den Zivildienst eingerichtet. Er kam nach Greifswald und arbeitete in der Uniapotheke. Später stellte ich den Antrag, dass er seinen Zivildienst in der Berliner Geschäftsstelle der Multiple Sklerose Gesellschaft leistet. Das wurde auch bewilligt. Im Herbst 1990 begann er dann sein Mathestudium in Berlin.

In der Johanna-Odebrecht Stiftung hatte sich im August eine Gruppe von Mitarbeitern und ihren Freunden und Angehörigen gebildet, die über die politischen Ereignisse diskutierte und sich für Reformen einsetzte. Ein Brief an die Synode der Greifswalder Landeskirche entstand unter dem Namen „Gewaltloser Dialog“. Am 18. Oktober 1989 hörten wir uns gemeinsam die Rede von Egon Krenz an. Er war an diesem Tag zum Staatsratsvorsitzenden von der Volkskammer gewählt worden. Er begann seine Rede mit den Worten: „Liebe Genossinnen und Genossen!“. Das war seine erste öffentliche Rede an das Volk der DDR als unser Staatsoberhaupt. Es gab sehr viele Genossinnen und Genossen in der DDR. Aber noch mehr Bürgerinnen und Bürger der DDR waren keine Genossinnen und Genossen. Mit dieser Anrede disqualifizierte er sich als Staatsoberhaupt und schaltete damit das Licht des Staates DDR aus. Es ging dann schnell. Am 18. März 1990 fand die erste freie Wahl zur Volkskammer statt. Am 3. Oktober 1990 feierten wir die Einheit Deutschlands.



Herbst 1989 in Greifswald

## Nachtrag: Untersuchungsausschuss der Stadt Greifswald

1990

Am 4. Dezember 1989 haben wir in Greifswald in den Kreisverwaltungen der SED und Stasi und beim Rat der Stadt Akten gesichert. Am nächsten Tag wurde ein Untersuchungsausschuss gebildet. Am 11. Dezember startete der Runde Tisch in Greifswald.

Einige Daten, die uns damals bekannt wurden:

- Ordnung zur Arbeit mit der Kadernomenklaturliste der SED-Kreisleitung Greifswald vom 4. 8. 1989: „Nomenklaturkader dürfen nur mit Zustimmung des für die Nomenklatur verantwortlichen Parteiorgans bestätigt oder abberufen werden.“
- 500 leitende Stellen in Greifswald konnten nur mit Zustimmung der SED-Kreisleitung besetzt werden. Oberbürgermeister, Mitglieder des Rates der Stadt und Kreises, Richter, Leiter von Betrieben, auch Professoren der Universität gehörten dazu. Studenten, die später im Außenhandel oder der Außenpolitik tätig sein wollten, brauchten für die Zulassung zum Studium die Zustimmung der SED. Diese Personalpolitik zeigt, dass die SED das Sagen in der DDR hatte.
- 21 der 22 Greifswalder Schuldirektoren waren Mitglied der SED.
- Ein Schüler mit 22 Einsen und einer Zwei auf dem Zeugnis wurde wegen „unzureichender Leistung“ nicht zur Erweiterten Oberschule zugelassen. Er war nicht Mitglied bei den Pionieren und der FDJ und hatte nicht am Wehrkundeunterricht teilgenommen.
- Beim Kreisschulrat gab es Pläne zu einer Atomschlagsübung in Greifswald, Akten über die Einsatzbereitschaft in Kriegsgefahr und ein mit Stundenangaben detaillierter Auskunftsbericht des Kreisschulrates vom 4. 3. 1987 bis zum 14. 3. 1987 über „den realen Stand der Vorbereitung meines Verantwortungsbereiches auf den Verteidigungszustand“. Es ging dabei um Urlaubssperren, Rückdelegierung von Schülern in ihre Heimattorte, Überweisung der Schüler ab Klasse 9 zum Amt für Arbeit, Schließung der Volkshochschule, Einstellung der Tätigkeit von Jugendausschüssen und dem Vormundschaftsrat, Übergabe von Turnhallen und des Pionierhauses an die NVA.
- Die Stasi hatte in Greifswald 58 hauptamtliche Mitarbeiter und rund 500 Informanten. Auf 186 Einwohner kam ein Informant.
- Bei der Besetzung der Stasi fanden wir in der Waffenkammer 45 Pistolen, 33 Maschinenpistolen, 4 Panzerfäuste, 1 Kleinkaliber-Gewehr, 1 Luftgewehr, 20 Handgranaten und Munition.
- Für die Telefonüberwachung standen der Stasi in Greifswald vier Kabel der Deutschen Post mit einer Gesamtkapazität von 235 Amtsadern zur Verfügung. Davon waren 98 Adern noch nicht genutzt. Die Überwachung konnte und sollte wohl auch noch erheblich erweitert werden.
- Bei der Polizei waren 307 Polizisten und 39 Zivilangestellte beschäftigt. Die Planstelle Grenzzoffizier mit dem Aufgabenbereich „Illegaler Grenzübertritt“ wurde im Januar 1990 gestrichen. Für die Anstellung eines Polizisten war die Zustimmung der Stasi Voraussetzung. Polizeioffiziere mussten Mitglied der SED sein.
- Das Greifswalder Untersuchungsgefängnis hatte 160 Plätze und war Ende 1989 zu 75 % ausgelastet.
- In Greifswald gab es jährlich 2000 bis 2500 Fahrraddiebstähle
- Greifswald hatte 1989 26000 Häuser. 16000 wurden von der Gebäudewirtschaft, 7000 der AWG und nur 3000 privat bewirtschaftet. Die Miete betrug 6 M/m<sup>2</sup>.
- In Greifswald gab es 7 Taxiunternehmen mit 11 Fahrzeugen.
- Vom 1. Januar 1989 bis zum 19. Januar 1990 verließen 496 Greifswalder die DDR.
- Die Kommunalwahl am 7. Mai 1989 wurde auf Anordnung aus der Bezirksverwaltung gefälscht. Die Wahlergebnisse wurden vor der Wahl festgelegt. Bürgermeister a.D. Ewald berichtete, dass es bei der Wahl davor auch so war.
- Durch den Untersuchungsausschuss wurde mir ein erstaunliches Naturschauspiel erklärt, das ich vor Jahren auf meiner Fahrt von Greifswald nach Neu Boltenhagen oft erlebt habe. Es entpuppte sich jetzt als ein Privileg der SED-Funktionäre. In einer Kurve kurz vor Neu Boltenhagen hatte ich im Dunkeln nicht nur einmal eine große Hirschherde im Scheinwerferlicht. Die Hirsche wurden dort gefüttert, damit die Genossen schöne Exemplare zum Abschuss vorfanden.